

Volkswacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expedition, Kurlstraße 4/6, durch die Ausgabestellen des „Volkswacht“, Neue Hauptstraße Nr. 5 und Neue Hauptstraße 11, durch die Zweigstellen, Altkönigsplatz 14, durch die Postämter, sowie durch alle Anzeiger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.40 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: Dresden 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3142
Postfach-Konto: Postfach-Num. Dresden Nr. 4852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschaltete Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Siebenangebot 10 Pf. Familienanzeigen, Stedengeluche, Versteigerungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf. Das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurlstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Neue Mietsserhöhungen!

Die Bürgerblockregierung erhöht die Miete ab 1. April um 10 Prozent.

Am 1. Oktober um weitere zehn Prozent.
Am 1. März wird gemeldet: Durch das Gesetz über den Geldwertausgleich bei bebauten Grundstücken vom 1. Juni 1926 war die gesetzliche Miete bis zum 31. März 1927 auf 100 v. H. der Friedensmiete begrenzt. Nach § 3 dieses Gesetzes setzt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats die Mindesthöhe der gesetzlichen Miete im Reich einheitlich fest. In Anwendung dieser Bestimmung hat das Reichskabinett in seiner Sitzung am Mittwoch dem Entwurf einer Verordnung zugestimmt, wonach die gesetzliche Miete vom 1. April 1927 um 10 vom Hundert und vom 1. Oktober ab um weitere 10 vom Hundert erhöht wird. Die Verordnung geht sofort dem Reichsrat zu.

Diese Maßnahme des Bürgerblockkabinetts kennzeichnet die heutige Regierungsmehrheit im Reich deutlicher als alle schönen sozialen Versprechungen ihrer Minister. Sie erfolgt wenige Tage nach der Ablehnung der von den Sozialdemokraten beantragten Aufhebung der Höchstpreis-Verordnung über Freigabe der gewerblichen Räume im Landtag durch die bürgerlichen Parteien. Diese haben sich dadurch an der Lockerung der Mietenzwangswirtschaft ausnahmslos mitschuldig gemacht und können die Verantwortung dafür nicht mehr auf den einen zuständigen Zentrumsminister allein abschieben, der seine endgültige Entscheidung erst von dieser Abtötung abhängig machte. Trifft die Höchstpreis-Verordnung direkt immerhin nur die kleinen Gewerbetreibenden, Ladeninhaber, Künstler mit Ateliers usw. und nur teilweise auf dem Wege der Abwälzung auch breitere Kreise, so belastet die neue allgemeine gesetzliche Mietsserhöhung der Reichsregierung die ganze Masse der besitzlosen Bevölkerung.

Schon heute bilden die Mieten angesichts der niedrigen Löhne eine harte Belastung des schwerwiegenden Arbeiterhaushalts. Die Arbeitslosen, die Kriegssopfer und die Sozialrentner, für deren Unterstützung die bürgerliche Reichstagsmehrheit jeden annemehlichen Zulage, den wir Sozialdemokraten beantragen, zehnmal umdreht, wissen schon heute die Mieten auch für die elendesten Proletarier-Quartiere vielfach überhaupt nicht mehr aufzubringen. Jetzt kommen trotz der Fortdauer der Massenarbeitslosigkeit und des Lohnendrucks als Geschenk der Regierung Marx-Heigt-Curtius-Brauns zwei neue Mietsserhöhungen!

Die erste „Tat“ der neuen Rechtsregierung war die „Aussetzung“ der Wirtschaftsverhandlungen mit Polen mit dem Zweck der Absperrung von den billigen polnischen Agrarprodukten und mit der Wirkung verschärfter Dröselung des Arbeitsmarktes besonders im deutschen Osten. Die zweite „Tat“ ist die Mietsserhöhung. Als dritte winkt bereits die Kürzung der ohnehin schmalen Beihilfen für soziale und kulturelle Einrichtungen im Osten. Wenn die Herren des Reichskabinetts so fortfahren, werden sie sich alle weiteren schönen Worte bald schenken können. Wir Sozialdemokraten haben nichts Besseres vom Bürgerblock erwartet — aber was sagen die Millionen von proletarischen Wählern, die bisher noch den Parteien der Reichsregierung nachsahen, zu diesen „Geschenken“ ihrer Erwählten?

Die Neuregelung der Arbeitszeit.

Amtlich wird gemeldet: Die Reichsregierung hat nunmehr den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Arbeitszeitverordnung — Arbeitszeitnotgesetz — dem Reichsrat vorgelegt. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat ist mit Rücksicht auf den nur vorläufigen Charakter der Regelung und auf die große Eilbedürftigkeit mit dem Gesetzentwurf nicht beauftragt worden. Inhaltlich bringt der Gesetzentwurf eine Abänderung der geltenden Arbeitszeitverordnung in denjenigen Punkten, die besonders zu Klagen über zu lange Arbeitszeit Anlaß gegeben haben. Zu § 6 der Arbeitszeitverordnung wird vorgeschrieben, daß nach Wegfall eines Tarifvertrages die Behörde noch während dreier Monate keine längere Arbeitszeit genehmigen kann, als sie nach dem Tarifvertrag zulässig war. Ferner wird für behördlich zugelassene Mehrarbeit von Arbeitern ein angemessener Lohnzuschlag vorgeschrieben, um auf diese Weise entbehrlicher Mehrarbeit entgegenzuwirken. Eine Änderung des § 9 macht die Verlängerung der Arbeitszeit über

zehn Stunden hinaus, die aus Gründen des Gemeinwohls ausnahmsweise zulässig ist, von einer behördlichen Genehmigung abhängig, während bisher dem Ermessen der Beteiligten nach dieser Richtung freier Spielraum gelassen war.

Die wichtigste der im Entwurf vorgesehenen Änderungen ist wohl die Aufhebung des § 11 Abs. 3 der Arbeitszeitverordnung, der eine an sich ungeschickliche, aber von den Arbeitnehmern freiwillig geleistete Mehrarbeit unter gewissen Voraussetzungen für straffrei erklärt. Diese Bestimmung hat die Durchführung der Arbeitszeitvorschriften ungünstig beeinflusst und ist unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr haltbar.

Nach den bisherigen Leistungen der Bürgerblockregierung wird man diese ihre neue Ankündigung mit Vorbehalt aufnehmen und zunächst den Wortlaut der neu vorgeschlagenen Paragraphen über die Arbeitszeit prüfen müssen. Schon der erbitterte Kuhhandel, der zwischen den Regierungsparteien um diese Frage geführt wurde, gibt allen Anlaß zum Mißtrauen gegen das Kompromiß, das schließlich dabei herauskam, und das in der vorliegenden amtlichen Notiz empfohlen wird. Offenbar wollte man der wirkungslosen Propaganda der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie für die Wiederherstellung des Achtstundentages irgendwie entgegenkommen — ohne doch andererseits die Unternehmervertreter in den Parteien des Bürgerblocks allzu sehr zu belasten. Mit einem halben Erfolg wird sich aber die „Kuhhandlungs“-Kampagne wenigstens der sozialistischen Arbeiterorganisationen nicht zufrieden geben.

Bürgerliche Einheitsfront gegen Ersparnisse bei der Reichswehr.

Der Hauptausschuß des Reichstages setzte die Debatte über den Etat der Reichswehr zunächst in einer Nachsitzung am Dienstag fort, um dann am Mittwoch früh zum Schluß zu kommen. Die bürgerliche Einheitsfront verhärtete ihre Abwehr gegen die sozialdemokratische Opposition, indem sie den Beschluß durchsetzte, alle Kapitel, bei denen Anträge vorlagen, ohne Debatte dem Unterausschuß zu überweisen. Außerdem antworteten die Sprecher der bürgerlichen Parteien nicht mehr auf die sozialdemokratischen Angriffe. Ueberweisung — Ablehnung — Ueberweisung — Ablehnung! So ging die Beratung schnell vorwärts.

Eine kurze Aussprache gab es nur bei der Pferdebeschaffung, wobei die große Zahl von 40 000 Pferden für die kleine Reichswehr allgemein als zu groß erklärt wurde. Dann aber kam das wichtigste Kapitel des gesamten Etats: Waffen und Munition. Der Abg. Dr. Leber (Soz.) wies hierbei auf die unverhältnismäßig hohen Summen hin, die dieses Kapitel beanspruchte. Das frühere preussische Heer habe für den Sammeltitel „Artillerie und Waffentwelen“ 63 Millionen gebraucht. In diesem Sammeltitel seien enthalten gewesen neben Waffen- und Munitionsbeschaffung die dazu gehörigen Beschreibungen, die Waffen- und Artilleriedepots. Der gegenwärtige Etat der Reichswehr fordere für Waffen und Munition allein 69 Millionen; nach Zuzählung der genannten Nebentitel ergebe sich gar eine Vergleichssumme von 85 Millionen. Die kleine Reichswehr gebrauche also 85 Millionen für die Zwecke, für welche die große preussische Armee nur 63 Millionen ausgegeben habe. Das sei unverständlich, da inzwischen die gesamte schwere Artillerie weggefallen sei. Insbesondere sei es geradezu unerkennbar, weshalb heute sieben Artillerieregimenter mehr für Munition ausgeben müssen, als früher 77. Die sozialdemokratische Fraktion könne solchen Summen ihre Zustimmung nicht geben.

Der Vertreter des Reichswehrministeriums antwortete mit allgemeinen Ausführungen. Die bürgerlichen Parteien — einschließlich der Demokraten — verhielten sich völlig passiv, während die Debatte im Hektotempo weiterging. Auch am Mittwoch früh gab es größere Zwischenfälle nicht mehr. Die Abgeordneten Schöppin (Soz.) und Stücken (Soz.) bemängelten eine Reihe von einmaligen Ausgaben. Dann kamen auch die Demokraten mit einigen verspäteten Anträgen auf Streichung von rund 5 Millionen in nebensächlichen Kapiteln. Alles ging in den Unterausschuß. Die Debatte war zu Ende.

Wenn das Zentrum nicht in letzter Stunde seine Taktik ändert, so wird der ungeheuerliche Wehretat von insgesamt über 700 Millionen ohne jede Kürzung angenommen. Daran werden selbst die Hilferufe des Reichsfinanzministers voraussichtlich nichts mehr ändern. Unterdessen aber debattiert man im großen Sitzungssaal über die Frage ob man den notleidenden Schwerindustriebedürftigen monatlich einige Mark mehr geben kann oder nicht.

Die Einheitsfront in Mecklenburg funktioniert nicht. Die Haushaltsberatungen des Mecklenburgischen Landtages im Ausschluß endigten am Mittwoch mit einer Ablehnung des Haushaltsplanes in seiner Gesamtheit. Es stimmten für den Haushaltsplan nur die Regierungsparteien, dagegen die Rechte, die Wirtschaftspartei und die Kommunisten. (1) Das Plenum des Landtages wird sich am kommenden Dienstag mit der Situation befassen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bis dahin eine Einigung mit der Wirtschaftspartei erzielt und der bereits fest von rechts frohlockend angekündigte Rücktritt der mecklenburgischen Regierung verhindert wird.

Granaten und Politik.

Aus Berlin wird uns geschrieben:
Die Mittwochssitzung des Auswärtigen Ausschusses, die sich mit den deutsch-russischen Beziehungen beschäftigt hat und in der, wie alle Welt im voraus wußte, die russischen Munitionslieferungen an Deutschland zur Sprache gekommen sind, war vertraulich. Wir sind daher nicht in der Lage, über den Verlauf der Verhandlung im einzelnen etwas zu sagen. Aber das eine können wir wohl feststellen: Die Kommunisten werden es nicht mehr wagen dürfen, unsere Behauptung, daß bis in das letzte Jahr hinein in Rußland hergestellte Granaten nach Deutschland geschickt und in deutschen Häfen ausgeladen worden sind, als Schwindel zu bezeichnen. Sollten sie wirklich die Stirn besitzen, wie bisher auch jetzt noch wider besseres Wissen ihre Ableugnungsmethoden fortzusetzen, so würden wir nicht umhin können, das Thema, das am Mittwoch hinter verschlossenen Türen erörtert worden ist, im Plenum des Reichstages zur Sprache zu bringen.

Die sozialdemokratischen Vertreter haben im Ausschluß gegen den kommunistischen Antrag auf Veröffentlichung der Öffentlichkeit nicht nur deshalb gestimmt, weil sie befürchten mußten, daß im Falle der Annahme die Regierung überhaupt keine Erklärung abgeben werden, sondern auch, weil sie den Rückstehen Rechnung trugen, die die diplomatischen Beziehungen zu Rußland den Mitgliedern der deutschen Regierung auferlegen. Wir werden diese Zurückhaltung auch weiter beobachten, so lange man auf der anderen Seite darauf verzichtet, die Wahrheit zu entstellen. Die Affäre kann in jeder Beziehung als abgeschlossen gelten. Unsere Schuld wird es nicht sein, wenn sie auf's neue in die öffentliche Diskussion gezogen werden sollte.

Nun hat man in der letzten Zeit versucht, die Beweggründe unseres Vorgehens zu diskreditieren, und das verlangt ein paar Worte der Abwehr. Die Kommunisten haben es so dargestellt, als ob unsere Veröffentlichung über die „Sowjetgranaten“ den Zweck gehabt hätte, die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu fördern oder gar den britischen Imperialismus, der nach kommunistischer Behauptung Sicherheit und Bestand der Sowjetrepublik bedroht, zu unterstützen. Das ist eine Darstellung, deren Unwahrhaftigkeit den Kommunisten ebenso bekannt ist als uns. Die wahren Motive unseres Vorgehens lagen auf ganz anderem Gebiete.

Es ging uns zunächst darum, festzustellen, daß für die russische Munition Beiträge aufgewendet waren, die kein Etat aufgewiesen hatte. Eine Zustimmung zu ihrer Verausgabung war durch die parlamentarischen Instanzen nicht erfolgt. Das Budgetrecht des Reichstages war verletzt, und es wäre für uns unmöglich gewesen, eine solche Uebergehung des Parlaments stillschweigend zu dulden.

Es ging uns des Weiteren um den Nachweis, daß die Kommunisten, die die Reichswehr in der schärfsten Weise angreifen und sie zum guten Teil mit Recht als eine antirepublikanische und arbeiterfeindliche Institution hinstellen, nichts einzuwenden haben, daß sie von dem ihnen so nahe stehenden Rußland mit Kriegsmaterial versehen wird, das unter Umständen gegen das deutsche Proletariat Verwendung finden kann.

Endlich aber — und das war das Wichtigste — wir sind dagegen angegangen, daß die großen Linien der deutschen Politik durch vor dem Parlament geheim gehaltene Abmachungen mit Rußland in Verwirrung gebracht werden. Man mag den Wert dieser Abkommen beurteilen wie man will, sie mußten, nachdem ihr Vorhandensein einmal über den Kreis der unmittelbaren Beteiligten und Eingeweihten hinaus bekannt geworden war, das stärkste Mißtrauen bei anderen Staaten erregen, mit denen wir in Vertragsbeziehungen stehen und deren Vertrauen in die Ehrlichkeit der deutschen Diplomatie Voraussetzung für noch zu lösende Probleme bildet.

Wir Sozialdemokraten haben es wahrhaftig nicht nötig, uns gegen den kindischen Vorwurf zu verteidigen, als könne mit unserer Zustimmung Deutschland in eine Kombination hineingemantelort werden, die sich den Kampf gegen Rußland oder auch nur gegen seine derzeitige Staatsform zum Ziel setzte. Wir sind die ersten gewesen, die für die Anknüpfung normaler Beziehungen zum Sowjetstaat eingetreten sind, und wir halten die unbedingte Notwendigkeit eines guten und freundschaftlichen Verhältnisses nach wie vor für gegeben. Doch dieses Verhältnis soll, um eine in den letzten Tagen geprägte Charakterisierung zu gebrauchen, „klar und geordnet“ sein. Klar und geordnet ist es aber nicht, wenn neben den bekannt gewordenen Verträgen Abmachungen einhelfen, von denen nicht einmal alle Regierungsmitglieder rechtzeitig in Kenntnis gesetzt werden und wenn man im Zweifel darüber sein kann, ob das, was uns mit Rußland verbindet, nicht derjenigen Politik zuwiderläuft, die offiziell als diejenige der deutschen Regierung verkündet wird. Wenn versucht wird, uns glauben zu machen, wir hätten von Frankreich immer dann am meisten erwartet, wenn unsere Freundschaft mit Rußland am härtesten gewesen ist, so brauchen wir nur auf die Befehle des Führers zu hören, die nicht sehr lange nach dem Abschluß jenes Abkommens erfolgt ist.

die jetzt Gegenstand der Debatte gewesen sind. Wir fürchten gerade im Gegenteil, daß die Zusichten auf eine für Deutschland günstige Verständigung mit Frankreich deshalb verringert worden sind, weil jetzt in der Regierung Leute sitzen, denen man in Paris mit Recht oder mit Unrecht zutraut, sie streben, um sich gegen Polen stark zu machen, eine weitgehende Vereinbarung mit Rußland an. Der in Moskau so lebhaft begrüßte Abschluß der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen hat sicher nicht dazu beigetragen, diesen Mißtrauen, das die Befreiung der Rheinlande aufs neue in die Ferne rückt, zu beseitigen.

Was uns not tut, ist eine einfache und offene Politik. Wir haben Locarno, wir haben die Schiedsgerichtsverträge, wir haben den Völkerbund, und wir haben den Vertrag mit Rußland. Auf dieser Basis ist weiter zu arbeiten. Jede Komplizierung der Situation durch geheime Abmachungen, durch versteckte Zusicherungen und Versprechungen, durch halbe oder ganze militärische Bindungen könnte für unsere Zukunft verhängnisvoll werden.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht in seiner Donnerstags-Ausgabe über die gestrige Sitzung des Auswärtigen Ausschusses unter dem Hinweis auf Indiscretions eines Mittwochs-Abendblattes einen ausführlichen Bericht über den Gang der gestrigen Verhandlungen. Dieser Bericht ist nach unseren Informationen in seinen wesentlichen Teilen zutreffend. Er hebt vor allem die Erklärung der Reichsregierung hervor, daß das über die Beziehungen von Reichswehrstellen und der Somierregierung veröffentlichte Material im großen und ganzen richtig ist.

Der „Vorwärts“ schreibt zu der gestrigen Ausschusssitzung: „Versuche der Kommunisten, jetzt noch von den entscheidenden Punkten abzulassen, werden vergeblich bleiben. Entscheidend ist das: zur selben Zeit, da die KPD verkündete, in Deutschland bestrebe eine „revolutionäre Situation“, da sie von der Reichstagsfraktion bei jeder Gelegenheit rief: „Es lebe der bewaffnete Aufstand!“ — zu der Zeit waren die Vereinbarungen über die Bewaffnung der Reichswehr aus Rußland schon getroffen. Sie waren schon getroffen, als die Reichswehr in Sachsen und Thüringen einrückte, sie waren schon im Gange, als der Hamburger Aufstand ausbrach. Es läßt sich nicht mehr einwenden gegen unsere Feststellung, daß Moskau die Revolution predigte und die Gegenrevolution bewaffnete.“

Die englische Note an Rußland.

Protest gegen englandfeindliche Propaganda — aber kein Ultimatum.

London, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die britische Regierung hat am Mittwoch abend nach einer neuen Kabinettsitzung die angekündigte Note an Moskau in der Sowjetrepublik überreichen lassen. Die umfangreiche Note enthält eine große Anzahl von Zitaten aus antirussischen Äußerungen russischer Staatsmänner, um die fortwährende antirussische Politik der Sowjetregierung zu belegen. Die Note schließt mit der Feststellung, daß es für die öffentliche Meinung Großbritanniens Grenzen des Erträglichen gäbe und eine Fortsetzung solcher Verletzungen früher oder später eine Beendigung des Abkommens und sogar den Abbruch der diplomatischen Beziehungen notwendig machen werden.

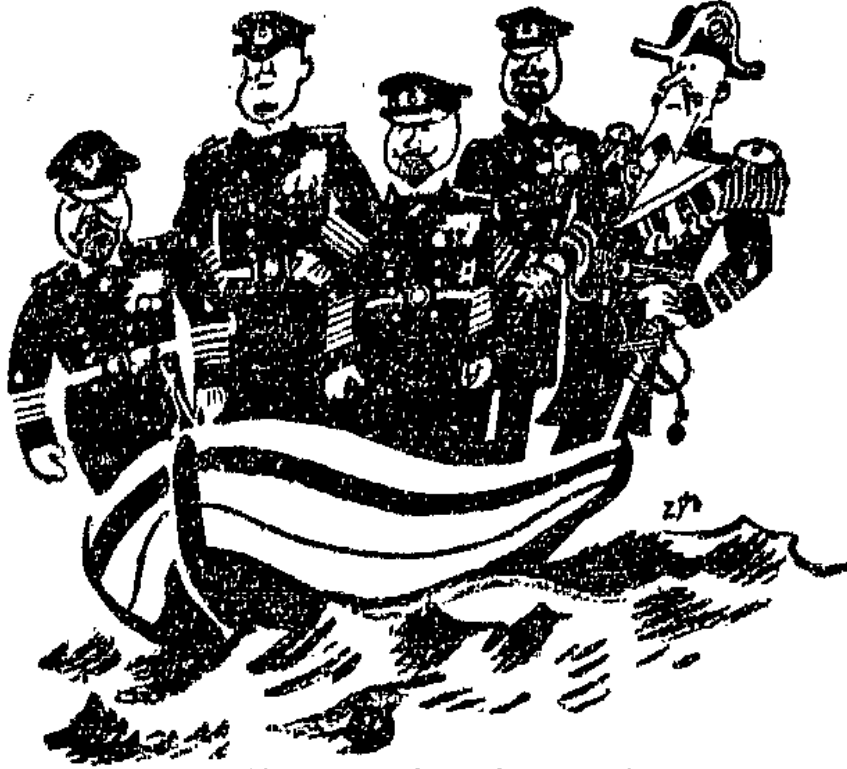
Fachpolitische Entrüstung über die Sozialistische Internationale.

Sofia, 23. Februar. (Eigener Bericht.) Die von dem Exekutivauschuß der Sozialistischen Internationale im Pariser Manifest aufgestellte Forderung, den Kampf gegen den italienischen Faschismus sowie gegen seine Vasallen Ungarn, Rumänien und Bulgarien aufzunehmen, hat in den hiesigen politischen Kreisen starken Widerhall gefunden. Die gesamte Presse der Linkspolition zitiert beifällig den Inhalt der Entschließung und stellt in Uebereinstimmung mit der zweiten Internationale fest, daß das heutige Regime in Bulgarien das reaktionärste und gewalttätigste sei, das das angrenzende Land je gehabt habe.

Die bulgarischen Regierungskreise tun natürlich entrüstet und greifen die Arbeiterinternationale in der gehässigsten Weise an. Der offizielle „Svobodna Retsch“ (Freies Wort) erklärt unter anderem, daß die Entschließung der Sozialisten von einer grenzenlosen Unkenntnis der Dinge zeuge. Wenn sie schon glaubten, sich in die inneren Angelegenheiten der Staaten mischen zu dürfen, dann sollten sie sich zuvor genauer über die eigentlichen Zustände unterrichten. (Das ist geschehen — und darum die Entschließung. Red.)

Deutsche Marine.

Auf jeden deutsche Kriegsflotte kommen 1 Admiral und 4 Kapitäne.



„Nun fehlt bloß noch einer, der uns führt...“

Otto Braun gegen Groß-Hamburg.

Die Mißtrauensvoten gegen Dr. Beder und Hirtfelder abgelehnt.

Im Landtag begann die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Vonderung der Kommunalbezirke im Unter-Elbe-Gebiet.

Ministerpräsident Braun benutzte die Gelegenheit zu einer Antwort auf die letzte Rede des Hamburger Bürgermeisters Petersen in der Hamburger Bürgerzeitung. Er bezeichnete es als groß unwahr, daß es sich bei der ganzen Frage um das Bestreben Preußens handle, Hamburg zu verschlucken. Die ganze Groß-Hamburg-Frage sei dadurch ins Rollen gekommen, daß Hamburg von Preußen eine Fläche von 137 000 Hektar mit rund einer halben Million preußischer Einwohner haben wollte. Wenn Petersen meine, der Weg zum deutschen Einheitsstaat gehe nicht über Groß-Preußen, dann jedenfalls über Groß-Hamburg erst recht nicht. Preußen denke nicht daran, ohne gleichwertige Gegenleistung preußisches Gebiet an Hamburg abzutreten und den Hamburger stadtstaatlichen Partikularismus (?) zu küssen. Preußen beabsichtige auch nicht, die Tür zu Verhandlungen wieder aufzumachen, nachdem hinter der Tür Hamburg solchen Spektakel inszeniert hätte.

Innenminister Grafsmann begründete anschließend die Eingemeindungsvorlagen für Altona, Harburg, Wilhelmshagen und Wandsbek im einzelnen und befürwortete die 10-Millionen-Subvention an die preußischen Gemeinden im Unter-Elbe-Gebiet. Die Vorlage wurde nach Zustimmungserklärungen aller Parteien außer Weissen und Kommunisten — für die Sozialdemokratie sprach Abg. Leinert — schließlich an einen Ausschuß von 29 Mitgliedern überwiesen.

Es folgten dann die namentlichen Abstimmungen über die kommunizistischen Mißtrauensanträge gegen den Wohlfahrtsminister Hirtfelder und den Kultusminister Dr. Beder. Die Kommunisten versuchten dabei noch einmal mit der Lüge haushieren zu gehen, als wolle die Sozialdemokratie, die selbstverständlich das Mißtrauensvotum gegen Hirtfelder ablehnte, damit seine Verordnung vom 11. November 1923 billigen. Demgegenüber stellte

Abg. Heilmann (Soz.) fest, daß die Sozialdemokratie im Interesse des Mittelstandes und der Gewerbetreibenden diese Verordnung stets nachdrücklich bekämpft hat. Aber nachdem sämtliche bürgerlichen Parteien den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung dieser Verordnung abgelehnt haben, könne der Wohlfahrtsminister gar nichts anderes tun, als sie aufrechterhalten. Wenn ihn die Kommunisten gleichwohl stürzen wollten, so suchten sie nur als Agenten der Deutschnationalen der Reaktion in Preußen zum Triumph zu verhelfen.

Bei dem Mißtrauensvotum gegen den Wohlfahrtsminister machten nur die Volklichen mit, während Deutschnationale und Volkspartei sich der Stimme enthielten. Das Mißtrauensvotum wurde infolgedessen mit 224 gegen 47 Stimmen abgelehnt. Der kommunizistische Mißtrauensantrag gegen den Kultusminister Beder fiel gleichfalls mit 210 gegen 194 Stimmen. Hier hatten sich die Kommunisten zum Sturz der preußischen Regierung wieder mit allen Rechtsparteien zusammengesunden.

Dann überwies das Haus nach einigen Abstimmungen zum Domänenetat den Entwurf der neuen Grund- und Gebäudesteuer, der diese Steuer an das Reichsbewertungsgesetz anschließt, dem Hauptausfluß. Anschließend wurde die Beratung des Landwirtschafsetats fortgesetzt und auf Donnerstag vertagt.

Fortgesetzte Justizdebatte im Reichstag.

Das Abkommen über den Keinen Grenzverkehr Luxemburg wird in der gestrigen Reichstagsitzung in allen den Lesungen ohne Ausprache angenommen. Das Haus leitete die zweite Lesung des Haushalts 1927 beim Etat des Reichsjustizministeriums fort.

Abg. Dr. Everling (Dnat) hofft von dem neuen Justizminister, dem ersten aus dem Kreise der Deutschnationalen, daß es ihm gelingen wird, die Rechtsprechung auch fernerhin in der Volksherrschaft frei zu halten. (Lachen links.) Staatssekretär Jodel habe das Vertrauen seiner Partei. So lange die Eherechtsreform nur auf Erleichterung der Ehescheidung hinausläuft, wehren wir uns dagegen. Amnestie darf man nicht übersteigern, sonst wird das Schwert der Gerechtigkeit stumpf. So lange eine Liste von Menschenrechte eine Liste sogenannter deutscher Verfehlungen die in- und ausländische Presse verendet und fremde Staatsmänner den Druck auf das deutsche Volk mit Material aus deutscher Quelle begründen können, so lange bedarf es gegen Landesverrat durchgreifender und scharfer Strafbestimmungen. Leider lassen auch die Sozialdemokraten, die so viel von Solidarität reden, es an der einfachsten nationalen Solidarität fehlen. (Lachen b. d. Soz.)

Abg. Dr. Bodius (Ztr.) sagt, daß es sich bei der Rechtsprechung handle, die wiederum eine Folge der Wirtschaftskrise sei. Die Aufwertungsgeheißung wäre nicht nötig gewesen, wenn die Richter rechtzeitig, ebenso wie die Wirtschaft, den Grundlag „Mari gleich Mark“ aufgegeben hätten. Nach dem Kasseler Beschluß der Richter könne man auch nicht mehr von einer politischen Vertrauenskrise reden. Wenn die Anwendung des Hochverratsparagrafen nicht mehr dem allgemeinen Rechtsempfinden entspricht, so muß das Staatsgesetz geändert werden. Auch das Zentrum sehe die Not, aber mit der Behandlung der wirtschaftlichen Verhältnisse würden auch die Voraussetzungen für die eheischen Schwierigkeiten wegfallen. Deshalb lehne das Zentrum die Erleichterung der Ehescheidung ab, die der christlichen Ethik und auch der natürlichen Ethik widerspreche. Bei der Beurteilung der moralischen Verhältnisse dürfe man nicht immer von der Großstadt ausgehen, auf dem Lande und in den kleineren Städten wehe eine reinere Luft. Die Abtreibung gähen in der letzten Zeit zugenommen; dieser Mord an dem ungeborenen Menschen müsse unbedingt verhindert werden.

Abg. Dr. Kahl (D Sp.) widmet einige Worte des Gedächtnisses dem jetzt fünfzigjährigen Tätigkeit des Reichsjustizministeriums. Leider ständen den 8 Staatssekretären, die in diesem Ministerium in den 40 Jahren bis 1918 gewirkt haben, schon 15 verbrauchte Justizminister in den 8 Jahren nachher gegenüber. Staatssekretär Jodel habe oft genug Beweise seiner absoluten politischen Zuverlässigkeit gegeben. Das Justizministerium dürfe in die Rechtsprechung gar nicht eingreifen und vor Verallgemeinerung solle man sich hüten. Nicht die Gesinnung, sondern die Tat werde von den Gerichten bestraft. (Widerpruch links.) Die Hochverratsurteile entsprächen durchaus dem geltenden Recht. Die Staat könne gegenüber den kommunistischen Idealen auf sein Selbstbehaltungsrecht nicht verzichten. Der Uebergang der Justizhoheit von den Rändern auf das Reich sei unbedingt notwendig. Die Ehescheidungsreform sei noch nicht reif für die Behandlung im Plenum des Reichstags. Man könne die tiefe Kluft zwischen Recht und Gerechtigkeit nicht leugnen. Die Presse müsse sich am Kampfe für die deutsche Justiz beteiligen.

Abg. Hosenberg (Komm.) erklärt, daß seine Partei dem Krate seines Vorredners nicht folgen könne, auf dem Boden der Verfassung zu treten, damit das Reichsgericht freundlich behandle. Es stehe fest, daß Kommunisten nur wegen ihrer Ueberzeugung verurteilt werden. Besonders trage sie die Verantwortung von Vätern und Söhnen durch das Reichsgericht zu werden. Die zunehmende Zahl der Ehescheidungen werde nicht durch die wachsende Unstetigkeit, sondern durch das Erstarken des Kapitalismus verursacht, der die Frau vom Herde reißt und in die Fabrik treibe. Der Reichspräsident müsse sich Kritik gefallen lassen, denn er sei kein Monarch, sondern habe sich als Parteipolitiker betätigt.

Staatssekretär Jodel behauptet, daß der kommunistische Redner eine Sache aus Urteilen des Reichsgerichts herausgerissen habe, um damit seine Zuhörer irrezuführen. Es sei festgestellt worden, daß Sprengstoff zentnerweise durch lärmere Einbruchsdiebstahl entwendet und Handgranatenfabriken übergeben worden sei. Das Reichsgericht trete den Kommunisten vorurteillos gegenüber. Es habe ihnen in weitestem Umfang den politischen Charakter ihrer Tat zuerbilligt. Kein Staat könne dulden, daß an seinem eigenen Ruin gearbeitet werde. Bei dem Prozeß gegen die Verleger und Drucker der Bürgerkriegshefte sei festgestellt worden, daß dieses Material in Geheimdruckereien hergestellt und die Angeklagten von dem hochverräterischen Inhalt dieser Druckschriften unterrichtet gewesen seien. Der Reichsjustizminister werde in nächster Zeit die Öffentlichkeit über den wirklichen Tatbestand in diesem Prozeß unterrichten.

Dann vertagt sich das Haus auf Donnerstag.

Der Tod eines Millionärs.

Von G. D. H. Cole und Margarete Cole.

Autorisierte Uebersetzung von Mathilde Weitzelmer.

31]

Arthur setzte ihn dort hin nach und nannte Robertson heimlich in einem Berliner Hotel zu Boden. Aber es erwartete ihn nachmalig Enttäuschung. Robertson kannte Pasqueti und war tatsächlich am Tage von Arthurs Ankunft in Warschau gewesen; aber er hatte Pasqueti nicht gesehen und wußte nichts von einer Anwesenheit Pasquetis dortselbst. Er konnte für Arthur nichts anderes tun, als ihm Empfehlungen an mehrere Warschauer Kaufleute zu geben, die Pasqueti vielleicht aufgesucht haben konnte. Er selbst hatte ihn vor zwei Monaten in Neval zum letztenmal gesehen. Radlett kannte er nicht persönlich, aber Pasqueti hatte ihm oftmals von Radlett erzählt. Er drückte seine Befürchtung über die Umstände von Radletts Tod aus. Ein genauer Kenner der russischen Verhältnisse, verwarf Robertson gänzlich die Theorie, Radlett könnte von Bolschewiken ermordet worden sein.

Versuchen mit Robertsons Empfehlungen fuhr Arthur wiederum nach Warschau zurück und drängte neuerdings an Lord Gilling seine Erben. Trotz dieses tagelangen, fruchtlosen Suchens hatte ihm kein Onkel eine Depesche nach der anderen geschickt, er möge keine Tätigkeit fortsetzen und er wiederum hatte ihm Schritt für Schritt von seinen Mißerfolgen berichtet. Sein zweiter Warschauer Aufenthalt ermöglichte es ihm, Genaueres in Erfahrung zu bringen. Der Kaufmann, den er interpellierte, erzählte ihm, daß Pasqueti ihn am selben Tage, als Arthur zum erstenmal nach Warschau gekommen war, besucht habe. Er habe in einer geschäftlichen Angelegenheit der Pariser Firma Culpepper vorgesprochen und sich, als dies erledigt war, verabschiedet, ohne sein Reiseziel anzudeuten. Arthur drängte diese Lössche seinem Onkel und setzte seine Nachforschungen fort. Er eruierte schließlich nach zwei Kaufleuten, die Pasqueti am nämlichen Tage geschäftlich angeheuchelt hatte, aber von keinem konnte er über dessen Verbleib Näheres erfahren. Es schien erwiesen, daß Pasqueti Warschau verlassen hatte, aber es war nicht festzustellen, wo er während seines Aufenthaltes in der Stadt gewohnt hatte.

Arthur schickte an seinen Onkel ein verzagtes Telegramm und leitete ins Hotel zurück. Hier erwartete ihn folgende Depesche von Lord Gilling: „Pasqueti hier eingetroffen, Rap komme zurück, Rap C.“ Als war kein ganzes Herumreisen gänzlich nutzlos ge-

wesen. So wie er vermutet hatte, war Pasqueti gerademwegs von Warschau nach London gefahren. Vielleicht hatte er von der Ermordung seines Partners gehört und war an die Stätte des Verbrechens geeilt. Vielleicht hatte er damit nur sein ursprüngliches Vorhaben vollführt. Wie dem auch sei, er — Arthur — hatte keine Zeit vergeudet.

Arthur reiste gemächlich nach London zurück und gestattete sich auf dem Heimweg einen freien Tag in Paris. Dasselbe fuhr er per Bahn und Schiff. Eine ganze Woche war seit seiner Abreise verstrichen, als er sich wieder in den Büros der Anglo-Atlantic meldete. Er hatte zwar nichts erreicht, doch diese Jagd ohne Ziel war für ihn ein Genuß gewesen. Der Mißerfolg schabete nichts mehr, da ja Pasqueti auf eigene Faust in London aufgetaucht war. Er behauerte einzig und allein, verläumt zu haben, mit diesem sympatischen Menschen, der mit ihm von Paris nach Warschau gereist war, Namen und Adresse ausgetauscht zu haben. Dieser Mann haßte in seinem Gedächtnis: Arthur hegte den Wunsch, ihn wiederzusehen.

Dreizehntes Kapitel.

In welchem ein Brigadegeneral sein Scherflein beiträgt und Rosette Birt als sehr mittelmäßig erweist, die Politik aber eigentlich gewinnt.

Die Tage während Arthur Wharton's Abwesenheit von London waren unglücklich für die politische Verdächtigen dieser Stadt gewesen. Inspektor Blaikie hatte von seinem Vorgesetzten bekanntlich freie Hand bekommen und die politische Polizei zu Hilfe gerufen, welche zur unendlichen Begeisterung des Brigadegenerals Sir Conan Bunter ihre Leute auf Rosenbaums Fährte bezog. Bunter war kein Geisteskranker — man erzählte sich, daß sein Knecht an Verstand mehreren tauelnd Mann während des Krieges das Leben gelostet hatte — aber er war dafür ungeheuer energiegel. Seit kurzem hatte sich die politische Polizei nicht gerade ausgezeichnet und die Jagd nach Rosenbaum bot für die Entfaltung von General Bunters Fähigkeiten eine prächtige Gelegenheit. Bunters Methode war nicht sehr subtil. Unter seiner Leitung wurde jede Stätte in oder nahe der Hauptstadt, welche ob ihres fortschrittlichen Denks verdächtig war, plötzlich überfallen und vom Boden bis zum Keller durchsucht. Ein General-Majors auf des Hauptquartier der kommunistischen Partei in der Kings-Street führte lebhaft eine Menge „sachverständiger“ Literatur-utensile. Der Liberts-Klub in Clerkenwell, das Lager einer Gruppe anarchistischer Führer, wurde zweimal überfallen, trotz der Tatsache, welche allerdings der politischen Polizei verborgen ge-

blieben, daß seine Mitglieder in den Volkswillen ein weit größeres Uebel erblickten als in Königen und Kapitalisten. Und gar der Osten Londons wurde vollends nach verdächtigen gehalten durchstreift, eine ganze Armees Rosenbaums wurde gestellt und einigen von ihnen mehrere Stunden zurückgehalten, bis sie ihre Identität nachweisen konnten. Keiner von ihnen war der Gekuchte. Selbst der 1917 Klub wurde in höflicher Form heimgeführt, gerade als Mr. Ramsay Mac-Donald einen Vortrag über die Greuel des Bolschewismus hielt.

Alles vergeblich. Weber Radletts Leiche, noch Radlett lebendig — konnte gefunden werden. Rosenbaum schien sich in Luft verwandelt zu haben. Jeder Mißgriff entschafte General Bunter zu neuen, gewaltigeren Anstrengungen.

Blaikie ging mittlerweile seinen Recherchen in weniger kraftstrotzender Weise nach. Es gelang ihm nach einigem Bemühen, den Führer jenes Taxi, das Rosenbaum an der Victoria-Station genommen hatte, aufzufinden. Das bedeutete zwar einen Fortschritt, brachte jedoch die Sache nicht sonderlich vom Fleck. Rosenbaum war von der Victoria- zur London Bridge-Station gefahren, wobei sich, wie Nachfragen bei den Trägern schließlich ergaben, beinahe unnerändert dieselbe Szene wie an der Victoria-Station abgespielt hatte. Rosenbaum hatte einen Träger beordert, sein Gepäck für einige Augenblicke zu übernehmen und war in die Bahnhofshalle eingetreten. Nachdem er den Fahrplan studiert hatte, kam er zurück, erklärte, seinen Zug vermissen zu haben und nach Charing Cross fahren zu müssen. Wieder wurde ein anderes Taxi herbeigeholt und Rosenbaum war mit seinem Koffer weggefahren. Hier verließ sich die Fährte, denn Blaikie konnte weder das Taxi, das er an der London Bridge-Station aufgenommen hatte, entdecken, noch irgend etwas von den Trägern der Charing Cross-Station erfahren. Vermutlich war Rosenbaum gar nicht dorthin gefahren, sondern hatte den Fahrer später ein anderes Ziel genannt. Blaikie forschte erfolglos alle Stationen an der Hauptstrecke ab.

Der Inspektor verkehrte am Tage nach der Aufdeckung des Verbrechens nochmals Mr. Culpepper und mußte zu diesem Zwecke nach Enfield reisen. Er wurde in einem dumpfen Salon im victorianischen Stil von Miß Culpepper empfangen, die ihm erklärte, ihr Bruder habe sich infolge der Erschütterung seines Erlebnisses zu Bett legen müssen. Blaikie trat als einige Ueberebungsanstöße, die Dame von der Notwendigkeit, seines Befehls beim Kranken zu überzeugen, denn sie beharrte darauf, daß er sehr „entkräftet“ sei und keinesfalls neu erschüttert werden dürfe.

(Fortsetzung folgt.)

Die Lage in China.

Rede des Genossen Pang Kantao von der Chinesischen Sozialdemokratischen Partei in der Pariser Sitzung der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Wir danken zunächst allen Genossen unserer Internationale die Hilfe, die sie uns in dem Kampfe für die Unabhängigkeit und die Befreiung der chinesischen Arbeiter gewährt. Sei uns erlaubt, ganz besonderen Dank an die englischen und französischen Genossen zu richten, die Gelegenheit haben, einen mutigen Kampf gegen den Imperialismus ihrer Regierungen zu führen.

Was macht die Stärke des auswärtigen Kapitalismus aus und verlegt ihn in die Lage, die Arbeiterklasse ausbeuten, indem er aus den ungeheuren natürlichen Schätzen, die China birgt, Profit zieht? Daran sind vor allem die verletzten Verträge schuld, die in der Folge der Kriege von 1842 und 1856 abgeschlossen wurden. Sie haben zur Folge:

Erstens: die fremde Kontrolle der Zölle und die zwangsweise Begrenzung der Zolltarife. Zweitens: die Konzessionen der Extraterritorialitätsprivilegien.

Die Kontrolle über die Zölle versperrt den Weg zur Entwicklung der Produktivkräfte von 400 Millionen Menschen und bringt das Volk zur Armut und Elend. Die Arbeitskraft ist einem so dicht besiedelten Lande natürlich in Überflutungen zu überhand und trotzdem kann das chinesische Volk seine Rohstoffe nicht mittels industrieller Produktion verarbeiten. Die ausländischen Kapitalisten widersetzen sich nämlich im Wege der Kontrolle und der Beschränkungen der Tarife einer Ausdehnung des chinesischen Außenhandels. Sie schaden damit nicht nur den Interessen des chinesischen Volkes, sondern auch denen der eigenen Volksgenossen, da unter normalen Bedingungen der Konkurrenz zwischen zwei Ländern für beide nützlich ist. Das, was sie im Auge haben, ist aber ein eingeschränkter Handel, den sie unter Überprofiten für sie monopolisieren, an Stelle des ausgebreiteten Handels, der nur mäßige Gewinne ergäbe. Die Extraterritorialität stellt die Ausländer außerhalb der chinesischen Gesetze und außerhalb der Kontrolle durch die chinesischen Behörden. Dort, wo die für ein bestimmtes Gebiet geltenden Gesetze und außerhalb der Kontrolle durch die chinesischen Behörden zum Zwecke des Aufenthaltes und des Handels zugestanden Konzessionen ihren alten Charakter behalten, wie in Tien-Tsin, Hankau, Kanton und in anderen Städten, bleiben wenigstens die chinesischen Gesetze für die in den Konzessionen wohnhaften Chinesen anwendbar.

Andererseits steht es aber in der internationalen Konzession von Shanghai. Infolge der Revolution von 1911 ernannten die chinesischen Konsuln selbst, unter offensichtlicher Verletzung der Bestimmungen der Verträge, die Richter für den Gemischten Gerichtshof, der bestimmt war, die Streitfälle, in denen Ausländer als Kläger gegen Chinesen auftraten und jene, die zwischen Chinesen selbst bestanden, zu schlichten. So ist die Konzession in Shanghai ein souveräner Staat geworden, der von einer Oligarchie lediglich im Interesse der Ausländer mittels einer Beamtenherrschaft regiert wird. Die Person des Sekretärs des Gemeinderates wird durch die chinesischen Gesetze nicht mehr für die Chinesen anwendbar. Die Vorteile, die das Untertunertum daraus zieht, um die Arbeiter zu unterdrücken, sind leicht verständlich.

Die von den Ausländern errichteten Fabriken, errichtet, nicht die chinesische Industrie zu entwickeln, sondern um der Konkurrenz ihrer Länder Konkurrenz zu machen, arbeiten daher unter den schrecklichsten Arbeitsbedingungen, wie sie vor einem Jahrhundert in Europa bestanden. Darüber unterrichtet der Bericht der „Shanghai Child Labour Commission“ (Shanghai Kinderarbeitskommission) von 1924, der zum Beispiel die außerordentlich große Anzahl von Kindern unter 12 Jahren, die in den von Engländern, Amerikanern, Franzosen und Italienern geleiteten Fabriken beschäftigt sind, zeigt.

Der Kampf, der in Zentral- und Nordchina vor sich geht, ist als ein Kampf um den Einfluss zwischen Amerika und England einerseits, Japan andererseits angesehen werden, wobei die Offensiv vom anglo-amerikanischen Kapital ergriffen wurde. Die Details darüber sind täglich in den Blättern zu lesen. Sie

sind gezwungen, oft gegen ihren Willen zu publizieren, daß die Armee von Kanton die großen Fortschritte auf einem Großteil des chinesischen Gebietes, die bekannt sind, nur infolge der Sympathie, die sie bei der Bevölkerung genießt, machen kann. Die Armee von Kanton repräsentiert den im chinesischen Volk existierenden Willen, die nationale Selbständigkeit und die Freiheit des Volkes zu fordern.

Nach den schmerzlichen Ereignissen des Jahres 1925 in Shanghai, hat sich die Konföderation der Arbeitergewerkschaften fest gegründet, und haben sich auch die Bauernvereinigungen organisiert. Sie bilden eine Quelle der Kraft für die Regierung von Kanton. Die Regierung von Kanton ist weder eine fremdenfeindliche, noch eine bolschewistische Regierung, sie ist eine demokratische Regierung, die vom Kouo-Min-Tan beherrscht wird.

Was ist der Kouo-Min-Tan? Er besteht in Wahrheit aus drei Gruppen:

1. die nationalistische Gruppe, der rechte Flügel des Kouo-Min-Tan.

2. die demokratische Gruppe, der linke Flügel des Kouo-Min-Tan, der in diesem Augenblick den größten Einfluß auf die Politik ausübt, weil er das Zentrum für alle zugleich gegen die Regierung von Peking und gegen den fremden Imperialismus gerichteten Forderungen bildet.

3. die bolschewistische Gruppe, die, da die Russen nicht nur auch Fremde sind, sondern die zahlenmäßig stärkste Gruppe von Fremden auf dem Gebiete Chinas bilden, das Vertrauen des chinesischen Volkes weder hat, noch haben kann, in daß der Einfluß, den sie, abgesehen von einigen Vertrauten oder Werkzeugen ausübt, als null angesehen werden kann. Der Bolschewismus dient den Fremden ganz besonders als Vorwand, um ihre Haltung zu rechtfertigen.

Der Kouo-Min-Tan hat zunächst den Widerstand gegen die Annäherung der fremden Mächte verkörpert, die unter dem Vorwand, die Ordnung, die sie am meisten zu stören beigetragen haben, indem sie den einen Führer im Kampf gegen den anderen hielten, wiederherzustellen, eine Ausdehnung der neutralen Zone verlangten, oder mit anderen Worten, eine Ausdehnung der Konzessionen und die Errichtung einer besonderen Ueberwachung der Eisenbahnen, was die fremde Kontrolle über das ganze Eisenbahnnetz bedeutet hätte.

Gegenwärtig verkörpert der Kouo-Min-Tan die Forderungen nach Unabhängigkeit, an die sich stets mehr oder weniger die inneren Freiheiten knüpfen. Diese Parole sammelt heute so verschiedene Tendenzen. Sicherlich wird man in mehr oder weniger langer Zeit innerhalb des Kouo-Min-Tan schwere Spaltungen erfolgen sehen, weil er eine Vereinigung mehrerer Parteien darstellt, wo die Ideen und der Wille zur Tat häufig in Gegensatz geraten. Die Uebereinstimmung kommt durch den Kampf in der Gegenwart zustande.

Selbstverständlich unterstützen wir mit allen unseren Kräften den gemeinsamen Kampf für die Eroberung der Unabhängigkeit und der Freiheit des Volkes und unsere Genossen nehmen mit allen ihren Kräften an dem Kampf in allen Provinzen Chinas teil. Aber in diesem Kampf selbst wollen wir uns nicht mit jenen vermengen, die, sei es aus Interesse, sei es infolge von Illusionen, nicht sehen können oder sehen wollen, daß die Elemente, die in China zugunsten der Unterdrückung durch die Fremden im Felde stehen, innerhalb Chinas selbst bestehen und die Selbstbestimmung nach außen hin nur zugunsten der Unterwerfung eines großen Teiles des Volkes in anderen Formen oder für andere Nutznießer der Ausbeutung gewährt würden.

Wir wollen angesichts aller Schwierigkeiten unsere marxistische Einstellung bewahren. Wir wollen offen kämpfen, um die Lehre von Marx zu verbreiten und die proletarischen Kräfte in Uebereinstimmung mit der Taktik unserer sozialistischen Internationale zu organisieren. Das ist das einzige Mittel, das wir besitzen, um all dem entgegenzutreten, was das Streben nach Unabhängigkeit nach außen und nach Freiheit im Innern zu

einem „Klassenkampf“ erstarren lassen will, der nichts anderes wäre, als den „Klassenkampf“ in gefährlicher Weise zu verzerrten, der immer mehr in das Bewußtsein der Arbeiterklasse übergehen muß, damit sie in ihrem Lande und vereint in der internationalen Aktion der Arbeiterklasse führe.

Das ist unsere Arbeit und unser Ziel. Die Genossen aus allen Ländern können auf unsere Treue, unsere Ergebenheit und Ausdauer unter den Bedingungen, die wir soeben in aller Kürze angegeben haben, zählen.

Ein Fortschritt ist uns nur dann möglich, wenn die Internationale uns dazu verhilft, das Vertrauen des chinesischen Volkes und der chinesischen Arbeiter zu verdienen.

Wir glauben das Recht zu haben, daß den Proletariaten und den sozialistischen Parteien aller Länder, die in der Internationale organisiert sind, zugestanden ist, den Kampf zu beginnen, indem wir die nächsten Forderungen des chinesischen Volkes tatkräftig und ausdauernd unterstützen. Diese Forderungen lauten:

1. Sofortige Zurückziehung der fremden Truppen; Verbot, militärische Kräfte nach China zu schicken.
2. Vollständige Selbständigkeit des chinesischen Zollwesens.
3. Abschaffung der Konzessionen und der Extraterritorialitätsprivilegien.
4. Aufhebung der Verträge, die die Unabhängigkeit Chinas beeinträchtigen, und Ersetzung derselben durch neue Verträge, die auf der Gleichheit Chinas mit allen anderen Mächten beruhen.

London, 23. Februar. (Via Drahtbericht.) Der chinesische General Tschang-Tschang befindet sich mit 30 000 von seiner aus insgesamt 65 000 Mann bestehenden Armee von Schantung auf dem Wege nach Shanghai, um gemeinsam mit Sun den Vormarsch der Kanton-Armee aufzuhalten. Einige Tausend seiner Armee, darunter 4000 weiße Russen, sind in Shanghai eingetroffen. In London war am Mittwoch das Gerücht verbreitet, daß Sun zugunsten seines älteren Bruders Tschang-Tschang, den er seinerzeit als Gouverneur abgesetzt hat, abgedankt habe.

Der Streik in Shanghai hat am Mittwoch angehalten. Die Entlassungen wurden auf Grund verschiedener Proteste aus Europa eingestellt.

Aus dem Reich.

Die Polizeibeamten gegen das neue Schuppsgesetz. Der Verband der preussischen Polizeibeamten sollte am Dienstag in einer Vertreterversammlung einen Beschluß, in dem das geplante Schuppsgesetz als unzulässig und verfassungswidrig abgelehnt wird.

Der neue Thüringische Landtag beauftragte heute den Abgeordneten Brühl (Soz.), die Verhandlungen unter den einzelnen Fraktionen, zum Zwecke der Regierungsbildung einzuleiten und vertagte sich dann auf unbestimmte Zeit.

Milde Strafe für Soldatenmißhandlung in der Reichswehr. Der Unteroffizier Hermann Junck vom Reiterregiment 18 in Cannstatt hatte einen Musiker mit dem Namen Leine: Stiefel beauftragt, da er keinen eigenen Pulver hatte. Eines Tages gab er ihm wieder zwei Paar Reittüfel. Der Musiker machte ihn darauf aufmerksam, daß ihm die Schuhwische ausgegangen sei. Aber das berührte den Unteroffizier nicht. Als er die Stiefel nicht nach einiger Zeit gepulvt zurückbrachte, schrieigte er den Musiker an und warf ihn an die Wand, so daß dieser die Flucht ergreifen mußte. Am Abend letzte Junck die Mißhandlungen fort, ließ den Musiker sitzen, schlug ihn mehrmals ins Gesicht und auf den Kopf, daß er taumelte, an einen Kasten fiel und die Brille verlor. Dann ließ er ihn mehrmals mit den Füßen ins Gesicht und schrieigte ihn darauf, daß er an einem Ohr blutete. Der Musiker war infolge der Mißhandlungen einige Tage dienstunfähig. Eine Gerichtsverhandlung vor dem Schöffengericht Stuttgart II bestätigte diese Vorgänge. Der Staatsanwalt beantragte gegen Junck unter Verlesung mildernder Umstände 2 Monate 15 Tage Gefängnis. Das Urteil des Gerichts lautete nur auf einen Monat strengen Arrest, weil es den Fall selbst janzweil als „minder schwer“ ansah.

Eine deutschnationale Stütze der guten alten Sitten. Aus Lippstadt (Westfalen) wird gemeldet, daß der dortige Führer der Deutschnationalen, der Kreisarzt und Notar Dr. Sagemeyer, vom Disziplinarhof zur Dienstentlassung ohne Ruhegehalt verurteilt worden ist. Der Verurteilte hat sich jahrelang in nicht wiederzugegebender Weise an württembergischen Patienten und den ihm untergebenen weiblichen Angestellten vergangen.

Aus aller Welt.

Das große Los.

In der gestrigen Nachmittagsziehung der preussisch-sächsischen Klassenlotterie wurde das große Los gezogen; es fiel auf die Nummer 239 733. Der Gewinn von 500 000 Mark fiel auf die Abteilung I nach Essen, in Abteilung II nach Breslau. In Breslau gehören zu den Gewinnern eine Witwe und ein mittlerer Beamter, in Essen zwei Witwen und zwei kaufmännische Angestellte.

Was wird aus dem Kotor?

Der Kotor als reiner Schiffsantrieb scheint sich entgegen den anfänglichen Vermutungen nicht ausreichend bewährt zu haben. Auf bestimmten langen transatlantischen Linien mit gleichmäßigen Windverhältnissen ist das alte Segelschiff für geringere Ladung immer noch das billigste Transportmittel. Die deutschen Segelschiffreederei haben jetzt sogar einige Neubauten von Viermastern in Dienst gestellt! Der Kotor hat sich aber als Schiffsantrieb bewährt. Das Motorschiff „Sarkara“ schiffte außer seiner Kraftmaschine noch Motoren. Mit seinem 30-PS-Dieselmotor legt es stündlich zehn Seemeilen zurück. Bei halber Motorenleistung beträgt die Geschwindigkeit 5 bis 6 Seemeilen. Herrscht aber Windstärke 4 bis 5 und wird der Kotor angetrieben, so steigt die Geschwindigkeit auf 10 bis 11 Seemeilen pro Stunde, so daß die halbe Kraft gespart wird.

Im Schnee festgeblieben.

Zwischen den ostpreussischen Stationen Leharten und Stillein blieb ein Kleinbahnzug im Schnee fest. Der Zug kam nicht mehr vorwärts noch rückwärts, sodaß von der nächsten Station aus ein Schlitten herbeigefahren werden mußte, um die wenigen Fahrgäste weiterzuführen. Dagegen mußte das Zugpersonal die ganze Nacht im Zuge bleiben. Tags darauf gelang es, die Strecke freizulegen.

Eine ganze Familie auf dem Eise eingebrochen und ertrunken! In dem Dorfe Jitom bei Schwerin in Mecklenburg ereignete sich am Mittwoch ein Unglücksfall, dem innerhalb weniger Minuten die dreiköpfige Familie des Volksschullehrers Carmon zum Opfer fiel. Der Sohn des Lehrers hatte sich nach dem Mittagessen auf einen in der Nähe liegenden zugefrorenen Teich begeben. Er brach ein und als der zu Hilfe eilende Vater den Versuch zur Rettung machte, geriet auch er unter das Eis. Das gleiche

Schicksal traf schließlich auch die Mutter. Alle drei ertranken. Nur die Großmutter ist die einzige Ueberlebende der Familie.

Der Landgerichtsdirektor vor dem Schwurgericht.

Vor einem Berliner Schwurgericht hat sich vom Donnerstag ab — der Prozeß wird etwa vierzehn Tage dauern — der Landgerichtsdirektor Dr. Jürgens und seine Frau gegen schwere Beschuldigungen zu verantworten. Die Anklage erhebt gegen Dr. Jürgens und Frau die Beschuldigung des Meineides in 22 Fällen und außerdem zahlreicher Betrügereien gegen Banken, Geschäftsleute und Versicherungsgesellschaften. Dr. Jürgens war zuletzt Vorsitzender eines Großen Schöffengerichts in Charlottenburg. Hier hatte kurz, ehe seine Betrügereien bekannt geworden waren, ein Urteil von ihm gegen einen Betrüger wegen seiner Schärfe und seiner noch schärferen Begründung Aufsehen erregt. Vor seiner Berliner Tätigkeit wirkte Dr. Jürgens in Stargard i. P. Schon damals gingen Gerüchte um, daß es mit Einbrüchen, die bei Dr. Jürgens vorgekommen sein sollten und wegen deren er Versicherungsgesellschaften in Anspruch genommen hatte, vermutlich eine etwas eigenartige Bewandnis hatte. Der Prozeß bekommt insofern einen politischen Hintergrund, als Dr. Jürgens versuchte, Einbrüche und Diebstähle auf Kommunisten abzuwälzen. Tatsache ist, daß Dr. Jürgens auch als Untersuchungsrichter für den Haß der Kommunisten dadurch zugezogen hatte, daß er mit außergewöhnlichem Schnel gegen sie vorging.

Ein feiner Großhändlermeister.

Eine grenzenlose Schmeichelei auf dem Gebiete der Nahrungsmittelherstellung enthielt eine Gerichtsverhandlung in Leipzig. Wegen Herstellung völlig verbotener und ungenießbarer Würst stand der Großhändlermeister Gustav Rudloff, der in Leipzig fünfzig Geschäfte besitzt, vor den Richtern. Er hat verheimlicht und bereits in Vermehrung übergegangen Würst als Brüh- und Hühnerwürst verkauft und in Gänzen übergegangene Leberwürst nochmals als Zwiebelleberwürst verarbeitet. Vor diesen Fälschungen wichtiger Nahrungsmittel strackte Rudloff nicht zurück, obwohl er bei fünfzig Angestellten ein Jahresinkommen von 20 000 bis 25 000 Mark hatte. Das Urteil gegen Rudloff lautete auf acht Monate Gefängnis, 1800 Mark Geldstrafe und drei Jahre Exzess.

Wiktoralische Kokainmuggler.

Die Schmeichelei des letzten zaristischen Ministerpräsidenten sowie eine Gruppe russischer Exilstrafen sind dieser Tage in Russland wegen Kokainhandels verhaftet worden.

Am 8. Januar ds. Js. ging uns unaufgefordert folgendes Schreiben zu:

„Schon vor dem Kriege gebrauchte ich Ihr vorzügliches Pixavon. Während des Krieges griff ich auch zu anderen, vielfach angepriesenen Haarwaschmitteln. Das hatte zur Folge, daß mein Haar struppig, fettig und glanzlos wurde; Eigenschaften, die sich durch den Bubenkopf, den ich jetzt habe, erst recht unangenehm bemerkbar machen. Ich nahm, um dem abzuhelfen, andere Haarwaschseifen, hatte aber keinen Erfolg. Voller Verzweiflung griff ich wieder nach Pixavon, und schon nach der ersten Wäsche bemerkte ich, daß mein Haar weicher und leichter frisierbar wurde. Nach längerem Gebrauch nun besitze ich wieder wie früher ein weiches, geschmeidiges, glänzendes Haar, was ich einzig und allein Ihrem Pixavon verdanke. In meinem Bekanntenkreise falle ich durch diese vorteilhafte Veränderung auf und habe somit Gelegenheit, Ihr Pixavon zu empfehlen.“

Dieses Schreiben sende ich Ihnen unaufgefordert und gebe Ihnen gern meine Einwilligung zur Veröffentlichung desselben und bitte nur in diesem Falle um Abkürzung meines Namens.

Frau H. H. z. g. in C. b.

Lingner-Werke, Aktiengesellschaft, Dresden
Alleinige Fabrikanten von „Pixavon“

Stadtheater
 Donnerstag 8 Uhr
 11. Mann-Kassellung
 Serie 2
**Sanneles
 Simelefahrt
 Smeheraza**
 Freitag 8 Uhr:
 In vollständig ger
 Neuklassifizierung
„Der Mitado“
 Samstag 8 Uhr
„La Traviata“

Schauspielhaus.
 Operett. abhänd.
 Tel. Stephan 36389.
 Täglich 8 Uhr
 Der große Seiterterserfolg!
**„In der
 Johannisnacht“**
 Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr
**Die
 Sirkusprinzessin.**

Labe-Theater
 Tel. Ring 6774
 Donnerstag, Freitag,
 abends 8 Uhr:
 Zum letzten Male!
Bononarte
Thalia-Theater
 Tel. Ring 6700
 Donnerstag, Freitag,
 abends 8 Uhr:
 Zum letzten Male
Ollapotrada
 Vorher
Minna Magdalena

Liebig Theater
 Nur noch wenige Tage!
 Das sensationelle
 Februar-Programm
 Eintrittspreise v. 50 Pf.
 Jeden Sonntag,
 nachm. 3 1/2 Uhr.
 Familien- und
 Kinder-Vorstellung.
 Das volle Programm
 zu ermäßigten Preisen

Victoria-
 Theater. — Rg. 2297
 Gastspiel Elfriede
Mertens:
**Die Dame mit
 2 Herzen**
 Pikantes Lustspiel.
 Jünglingsverbot

**Buchhandlung
 Volkswacht**
 Modernes Manquant
 Breslau 3. N. Hauptstr. 11

Circus Busch
 Heute Donnerstag, abds. 8 Uhr
Austrag
Landeck — Buchna
2 Autos 95 PS.
 in voller Fahrt
 aufzuhalten.
 Außerdem die
 übigen **Abschieds-Sensationen**
 Schluß 28. Februar.

Zentral-Ballsaal, Westendstr. 50/52
 146 Freitag, den 25. Februar:
Volks-Unterhaltungsabend
 des Orig. russ. Balalacha-Orchesters
 unter Leitung von P. Kurzer
 Eszari, Gesangs. Lesakebaev i Ivan Pawlow
 Einlaß 7 Uhr, Anf. 8 Uhr, Entr. 25 Pf. inkl. Steuer.

Masken
 Theater-Redouten-Kostüme
 sehr billige große Spezialhaus
H. Wiersing
 Messerstraße 56
 Telefon Ohle 995

Biochemie
 Dr. med. Schüller
 Freitag, den 25. Februar, abends 8 Uhr
 bei Weillin-Pöpelwitz, Frankfurter Straße 109:
Mitglieder-Versammlung
 und anschließend Vortrag über
„Frauenkrankheiten“
 Mitglieder frei Gäste 20 Pf.
Biochemischer Verein Breslau, gegr. 1913, R. V.
 Gemeinnütziger Verein zur Hebung der Volkswohlfahrt
 durch Dr. med. Schüllers Mineralstofflehre
 Maschlager, 1. Vorsitzender.

**Jede Dame bekommt
 einen jungen Mann
 auf der Oderstraße**
 sämtliche Haushaltsgüter, Besen, Pinsel, Scheuer-
 tücher, Fußmatten, Abfäuber etc. sowie auch die für
 passenden Kämmen, Spiegel, Seifen, Schwämme, kos-
 metische Artikel in unserem Geschäftslokal
 zweites Viertel vom Ring 6575
London & Co. Oderstraße 5
 G. m. b. H. 2. Viertel vom Ring

Sonnabend, 26. Februar
 ab 10 Uhr
 vor-
 mittags
 schänk!
„Goldener Hekt“
 Reuscherstraße 63.
Brauerei
Freitag, 25. Februar, abends, beschränkte Vorprobe
 Ab Sonntag, 27. Februar
 und folgende Tage: **Das beliebte Fastenbierfest!**
 Erstklassige Musik! Keine erhöhten Preise!

Bländer-Muktion!
 28. Februar. 134
Schneider
 Särenträge 9/2. 12.

David: Referentenföhrer.
 Eine Anleitung für sozialistische Redner
 Preis nur 50 Pf., auswärtig 10 Pf. Porto
Volkswacht-Buchhandlung (Modernes Antiquariat)
 Breslau III, Neue Graupenstr. 5.

Fahrräder
 Teilzahlung
 Herren- u. Dam.-Räder
 Renn-Maschinen
 Anzahlung 10.—
 wöchentlich 5.—
 ohne jede Zinsberechnung
 Sämtliche Ersatzteile vorräthig
Lombard- u. Kredithaus
 Karlsruh. 30 — Schlafplatz 7
 Portal 4, 1

Anzug-Zutaten
 4 bis 12 Wt. Kartr. Str. 48
 bis 90 Wt. Seiwand Str.
 55 40 bis 120 Wt. Hermel-
 inter Str. 48 St. b. 1 40 Wt.
 Garn 1000 Wt. 25—70 Wt.
 Seigarn 20 Gram 10 Pf.
 Stoff-Schnitzerei 100 Paar
 2.00 h. 2.00 Wt. Knöpfe Dgg
 3—10 Pf., Kermelje Regel
 13 Pf., Erdalbeje 15 Pf.
 Dessin aus Chinos
Bertold Lippert
 Heinrichstraße 16
 Billige Oberträge 17.

**Billige Fischwaren
 zur Fastenzeit!**
 Wer seinen Umsatz in Bratheringen
 etc. vergrößern will, kaufe nur
**Anker-Bratheringe
 und
 Anker-Marinaden**

da diese Marke wegen der Vorzüglichkeit
 mit der Staatsmedaille und dem Ehren-
 diplom ausgezeichnet ist und das gesun-
 deste und billigste Volks-Nahrungsmittel
 darstellt. 6650
 Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

Das gute, billige Buch

- Balzac, Große und kleine Welt
- Cervantes, Preziose
- Jörg Wickram, Der Goldfaden
- Basile, Der Pentamerone
- Knigge, Die Reise nach Braunschweig
- Dickens, Der Kampf des Lebens
- Mörke, Historie von der schönen Lou
- Dammier, Naturgeschichte des Rei-senden
- Bredt, Erfolgreiche Künstler
- Hauß, Die Karawane
- Hoffmann, Meister Floh
- Goethe, Empfindsame Geschichten
- Rabel, Varnhagen
- Gavarni, Der Provinzler in der Großstadt.
- Margareta von Navarra
- Boccaccio, Dekameron

Jeder Band illustriert in Halbleinen nur Mk. 1.25

Volkswachtbuchhandlungen Breslau Neue Graupenstr. 5 Neue Taschenstr. 11

MILD AROMATISCH

REEMTSMA CIGARETTEN
GIDON
 4 PFENNIG

Anzeige erzielen in unserer Zeit den größten Erfolg!

Damenkonfektion
 Kleider, Röcke, Blusen, Kasaks
 in allen Ausführungen, nur erstklassige Verarbeitung,
 gegen bequeme Teilzahlung.
 Verlangen Sie sofortigen Vertreterbesuch!
Mücke, Tauenzienstraße 51,
 früher Weidenstraße. 2621

Buchdruckerei Volkswacht
 Flurstraße 4/6

Wohnungen
Best. Logis
 (Dose mit) f. erwerbst. Kränk-
 oder Herrn zu vermieten.
 Off. unter St. 430 an die
 Geschäftsstelle d. Ztg. 110

Fortziehende!
 1-2 Zimmer-Wohnung
 gegen Abstand gesucht.
Kluge & Hartisch,
 Ferdinandstraße 8/16.
 Telefon Stephan : 5711.

Arbeitsmarkt

Schneider für unsere Werkstatt
 auf Großstädte gegen Stücklohn gesucht. Madschold
 welche sich zur Konfektion einrichten wollen, finden dauernde
 Beschäftigung. Nur gute Kräfte wollen sich melden mit
 Probearbeit und Ausweis bei
 2277
 Schlesinger & Grünbaum, Böttnerstraße 32/33.

Junge Borrichterinnen
 (Teilarbeit) sowie geübte
Handbaggerinnen
 zu sofortiger Arbeit sucht
Schuhfabrik Dorndorf
 Breslau, Kentischer Weg. 6651

Brotwucher • Wohnungswucher • Arbeitslosigkeit

wird heut' abend 8 Uhr gesprochen im Zentral-Ballsaal, Westendstraße, Wradslawia, Mauritiusplatz, Bergkeller, Kletschkauerstraße

Stehet Plakate! Redner sind die Genossen Dr. Eckstein, H. Frey, Macho, Winzer, Ziegler Stehet Plakate!

Auf zum gewaltigen Protest! Erscheint in Massen!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 24. Februar.

Die Heilsarmee.

In der „Chemnitzer Volksstimme“ lesen wir: Die Heilsarmee wird wieder einmal mit Hochdruck für die Sache? ... Was ist die Heilsarmee? ... Oberflächlich betrachtet eine Sekte, die — unter scheinbarer Vereinnahmung jeder politischen Beziehung — Hungernde speist, wandernde Kleider, Obdachlose beherbergt, Verkommenen aufzieht, also Pflichten übernimmt, die der Staat gegen seine Bürger hat.

Und trotzdem erfreut sich die Heilsarmee in allen Schichten einer wohlwollenden Duldung. Von den Behörden wird sie in geschwätzig bevorzugt, weil sie ein ideales Ventil für die schützende Empörung über unhaltbare Zustände ist. Mit einem Topf Suppe und den abgelegten Kleidern der Reichen beschwichtigt sie die Hungernden und Verzweifelten und verweist sie wegen weiterer Beschwerden auf das Himmelreich mit seinen Freuden nach dem Tode.

Die Heilsarmee ist eine eminente politische Gestalt. Sie korumpiert das öffentliche Leben, weil sie durch die Bettelhaftigkeit „Wohltätigkeit“ darüber hinwegtäuscht, daß der Staat in seiner Gesamtheit für die Existenzmöglichkeit jedes Bürgers verantwortlich ist. Weil sie dem Bethehenden die Möglichkeit gibt, sich mit einem nichtsagenden Almosen über die Unmoral seines Wohllebens hinwegzusetzen.

Die Behörden werden die Heilsarmee mit ihrem Wohlwollen fördern, bis sie nicht zum Gegenteil gezwungen werden. Der Bethehende wird die christliche Geschäftsgesellschaft unterstützen, solange sie ihn für ein Almosen von 10 Mark nicht überbietet, aus seinen Arbeitern 100 000 Mark Verdienst zu erzielen. Der Arbeiter aber sollte endlich einsehen, daß der Wohlthätiger, den er den Bettelstängeln zuwirft, oder der Suppe, den er von ihnen nimmt, mit die stärksten Feindeskräfte sind, sich durch politischen Kampf ein menschenwürdiges Leben zu erzwingen.

Reform der Getränkesteuer.

Die Breslauer Getränkesteuer wirkt sich schändlich für die Wirtschaft aus. Laut reichsgesetzlicher Bestimmung sollten die Getränkesteuern nur bis zum 31. März dieses Jahres erhoben werden dürfen, bei der herrschenden Finanznot der Städte wird aber zunächst fortbestehen, und wahrscheinlich noch auf sehr lange Zeit. Bei Beratung der geltenden Steuerordnung wünschte die Breslauer Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion die Erhebung der Steuer vom Erzeuger, und bei von auswärts eingeführten Erzeugnissen von dem, der sie einführt.

Das Städtische Säuglingsheim in Breslau.

Noch vor etwa 25 Jahren boten die gesundheitlichen Verhältnisse der der städtischen Armenpflege anheimfallenden Säuglinge ein recht trübes Bild. Ihre Unterbringung im sogenannten Kinderdepot führte in der Regel zu schwerer, meist tödlicher Erkrankung. Im Sommer 1900 wurde das der Stadt gehörige Grundstück Marienstraße 1c, 2 als Kinderstation eingerichtet.

Das heutige Säuglingsheim ist auf dem erwähnten städtischen Grundstück Schulgasse 13b nach Entwürfen des Stadtbaurats Berg unter Leitung des Rathshausmeisters Klimm erbaut. Das Gebäude besteht aus einem Mittelbau und zwei Seitenbauten mit zusammen 914 Quadratmeter Grundfläche und 16 022 Kubikmeter Rauminhalt. Es umfaßt außer dem Keller- und Dachgeschoss drei Geschosse. Im Keller sind die Heiz- und Kohlenräume, die Koch-, Milch- und Waschküchen, die Milch- und Kühlräume, sowie ein Leichen- und Sezierraum untergebracht.

Oben im Dachgeschoss ist — abgesehen von Räumen für das Personal — ein Säuglingskammer, ein Dampfbad, ein Kesselraum, ein Kofferraum und ein Waschlager untergebracht. Bei den Aufgenommenen, zurzeit 155 Säuglinge, handelt es sich zumeist um Kinder in den ersten zwei Lebensjahren, die auf dem Wege der öffentlichen Armenpflege eingeliefert werden. Erweisen sich die Säuglinge bei der Entlassung als gesund, so werden sie sofort oder nach kurzer, nur wenige Tage währenden Beobachtung, in städtische Familienpflege gegeben, da es kostspielig und nicht einmal zweckmäßig wäre, für diese Kinder eine längere Anstaltspflege einzuleiten.

Außer der armenrechtlich hilfsbedürftigen, oder der minderbemittelten Bevölkerung entstammenden Kindern finden selbst-

verständlich auch aus bemittelten Kreisen meist schwererkrankte Säuglinge Aufnahme und zwar gegen Erstattung der tarifmäßigen Kosten. Die Anstalt erfüllt somit im wesentlichen die Aufgaben eines Säuglingskrankenhauses. Der Poliklinik des Säuglingsheims ist angegliedert eine der acht städtischen Säuglingsfürsorgestellen, wo Spezialärzte die Säuglinge sowohl kostenlos untersuchen, als auch die Mütter beraten. In zwei Milchküchen (Matthiasstraße und am Königsplatz) wird Kindermilch, der jeweiligen ärztlichen Verordnung entsprechend, in verschiedenen Mischungen an Unbemittelte kostenlos, an Bemittelte zu mäßigen Preisen abgegeben. Das Säuglingsheim beherbergt zurzeit auch 21 Mütter, die ihre eigenen Kinder und darüber hinaus auch andere Säuglinge stillen, also einen Ammendienst versehen und auch leichte Hausarbeit im Heim verrichten.

Alle Säuglinge werden in Licht und Luft sehr pfleglich behandelt und gut besorgt. In jedem Bettchen ist eine Kurventabelle befestigt, auf der Gewicht, Temperatur und Wachstum des Säuglings genau vermerkt werden.

Einzelne Säuglinge sind durch rote Fäden besonders kenntlich gemacht. Das sind nicht etwa angehende Sozialisten, sondern das rote Fädchen bedeutet: „Besondere Vorsicht.“ In der Tat sind Säuglinge im Heim, die wegen infektiöser Erkrankungen eine mehr als vorzügliche Behandlung erfordern und hinter besonderen Glasbögen liegen. Außer dem ärztlichen Personal versehen junge Mädchen, die sich zwecks praktischer und theoretischer Ausbildung verpflichten, zwei Jahre lang in der Anstalt tätig zu sein, den Säuglingsdienst. Neben den zwei Oberköchinnen sind noch vier männliche und 21 weibliche Angestellte vorhanden, die keine Vorkenntnisse besitzen brauchen, und erst im Betriebe so gut wie möglich angeeignet werden. Die Säuglinge verursachen viel Mühe und Arbeit. Ein Kind braucht pro Tag etwa 30 Wäschestücke.

Die Hauptnahrung bildet Milch als Eiwweißmilch, Buttermilch oder in anderen Mischungen. Täglich abgetrennt vom Säuglingsheim, jedoch unter dessen Leitung, besteht ein Kinderkonditorei, wo Kinder bei der Gabe des Milchpulvers im Alter von drei bis sechs oder sieben Jahren, zumeist Voll- oder Halbwallen, ein vorläufiges Obdach finden. Auch idiotische Kinder verbleiben hier bis zu ihrer Verbringung in besondere Heime oder Anstalten in der Provinz.

Eine Schule im Kinderobdach vermittelt diesen Kindern Kenntnisse in allen Elementarfächern und in ihrer freien Zeit dürfen sie sich auf Spielplätzen innerhalb des Anstaltsgeländes tummeln oder können sich durch Spiele die Zeit vertreiben.

Erwählung verdient noch, daß mit den gesunden Säuglingen gymnastische Übungen nach einem besonderen System vorgenommen werden. Der Säugling wird auf eine gepolsterte Unterlage gelegt und in allen möglichen Lagen bewegte und gebreht. Alles in allem ist die moderne Säuglingspflege heute so gut ausgeübt, daß die Säuglingssterblichkeit durch sie eine starke Herabminderung erfahren hat.

Erzeuger oder Einbringer erhoben wird. Dabei werden die Brauer die Steuer um so leichter selbst tragen können, als sie erst neulich bei Abwälzung von Reichsteuern einen großen Reiback gemacht haben. Die Schikanierung der Gastwirte durch die unständliche Kontrolle und verschiedenartige Bemessung der Steuer aber wird fortgesetzt. Nachdem sich in Berlin die Steuer von Erzeuger und Großhändler erheben läßt, muß das auch in Breslau möglich sein. Der Ertrag der Steuer in jährlicher Höhe von 1,7 Millionen braucht unter einer solchen Reform nicht zu leiden.

Wahl des Direktors der Volkshochschule.

Nachdem die städtischen Körperschaften bei den vorigen Haushaltsberatungen die bis dahin nebenamtlich verwaltete Stelle des Leiters der Breslauer Volkshochschule in eine hauptamtliche Direktorstelle umgewandelt hatten, hat nunmehr der Magistrat den bisherigen Studienrat und Leiter der Volkshochschule Dr. Alfred Mann zum Direktor der Breslauer Volkshochschule gewählt. Der neue Direktor ist 1889 in Bries geboren, studierte an den Universitäten Breslau und Berlin hauptsächlich Philosophie, Psychologie und Pädagogik, und legte kurz vor Ausbruch des Krieges die Doktorprüfung und später das Staatsexamen pro facultate doctendi ab. Im Herbst 1916 trat er nach seiner Entlassung vom Militär an der damaligen städtischen Realschule IV (jetzigen Gerhart-Hauptmann-Oberrealschule) in den Vorbereitungsdiens für das höhere Lehramt. Ostern 1919 wurde er daselbst zum Studienrat befördert und bald darauf mit den Vorbereitungen zur Begründung der Breslauer Volkshochschule betraut und schließlich zu deren Leitung beurlaubt. Seine Veröffentlichungen betreffen vorwiegend in philosophischen und pädagogischen Arbeiten.

Kommunalpolitischer Kursus.

Fortgang des Kursus Sonnabend, den 26. Februar, abends 8 Uhr, im Zimmer 11 des Gewerkschaftshauses. Erster Vortrag von Genossen Stadtrat Tisch. Die Kursusteilnehmer werden gebeten, dies zu beachten und pünktlich zur Stelle zu sein.

Die russische Bartholomäusnacht „Der schwarze Sonntag“ läuft heute und morgen, den 24. und 25. Februar, 5 und 8 Uhr, in den Gewerkschaftshaus-Vorstellungen. Erwerblos bis 6 1/2 Uhr Ermäßigung 25 Pf., für die Jugend verboten! Erwachsene 50 Pf. Vorher: 6 1/2 bis 8 1/2 Uhr. 11a-Weekend * Zum Schneegipfel Wirtes Russisches Balalaika-Orchester (14 Mann). Das Arbeiter-Sport-Partei (S. P.)

Die Nahrungsmittelkontrolle

Durch die Ueberwachungsstelle für Lebens- und Gebrauchsmittel am hiesigen Polizeipräsidium wurden im Monat Januar von 55 zur Untersuchung angekauften Proben von Vollmilch, Weisbrot, Knoblauchwürst, beanstandet: eine Probe Vollmilch, weil zu wenig Fettgehalt.

Auf Sauberkeit wurden 75 Fleischereibetriebe, 102 Schankwirtschaften und 280 andere Lebensmittelgeschäfte befragt. Wegen gesundheitlicher Uebelstände mußten 4 Gewerbetreibende, wegen anderer Vergehen bzw. Uebertretungen 14 Gewerbetreibende zur Anzeige gebracht werden. Polizeilich eingezogen wurden 191 Kilogramm Fleisch, weil es nicht tierärztlich untersucht und von auswärts eingeführt war. Nach tierärztlicher Untersuchung wurden davon 166 Kilogramm freigegeben und 25 Kilogramm zum menschlichen Genuß tauglich gemacht und der städtischen Fleischbank überwiefen. Die Bürgerchaft der Stadt Breslau wird gebeten, nach wie vor Mißstände im Nahrungsmittelverkehr dem Polizeipräsidium, Abteilung IV, mündlich oder schriftlich möglichst unter Abgabe der gekauften beanstandeten Nahrungsmittel zur Anzeige zu bringen.

Militärische Geheimnisse verraten.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte das Große erweiterte Schöffengericht gegen den Haushälter Alois Viola, den Stellenbesitzer Remane aus Frenhan bei Müllsch, die Arbeiter Josef Bisiolka Paul Weber und Otto Weber, sowie gegen den Uhrmacher Heinrich Silberbach, letzterer aus Beuthen, wegen Verrats militärischer Geheimnisse, bzw. Beihilfe dazu. Die Straftat soll zugunsten Polens begangen worden sein. Nur Remane und Otto Weber befanden sich auf freiem Fuße. Die Strafen, die verhängt wurden, waren recht hoch, wemgleich auch nur auf Gefängnis erkannt wurde. So erhielt Remane 2 Jahre Gefängnis, bei sofortiger Befreiung, Bisiolka 1 Jahr 10 Monate, Paul Weber 1 Jahr 9 Monate und Bisiolka 1 1/2 Jahr Gefängnis. Otto Weber und Silberbach wurden zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Untreue gegen die Stiefkinder.

Der Arbeiter Sch. hatte eine Witwe mit zwei Kindern geheiratet. Diese Kinder bezogen eine monatliche Rente als Waisengeld, das ihnen von der Landesversicherungsanstalt und vom Versorgungsamt gezahlt wurde. Sch. soll nun diese Waisengelder in Höhe von 1360,80 Mark, die in einem Zeitraum von mehreren Jahren gezahlt wurden, für sich verbraucht haben. Sch. hat aus der Ehe mit der Witwe ebenfalls zwei Kinder. Er gab vor Gericht, wo er sich am Dienstag wegen Untreue zu verantworten hatte, sofort zu, das Geld verbraucht zu haben. Er erklärt dies aber damit, daß er in sehr bedrängte Verhältnisse geraten war. Durch mehrere Todesfälle in der Familie, die durch Abzehrung erfolgt waren, hatte er große Ausgaben, und in ihm sein Hausstand vor einigen Jahren durch Feuer vollständig vernichtet worden. Obwohl das Große erweiterte Schöffengericht alle diese Umstände während in Betracht zog, erkannte es doch auf vier Monate Gefängnis.

4. Breslauer Scholagerennen.

Der letzte Tag der langen Fahrt brachte noch eine große Ueberraschung. Allgemein galt es schon als eine ausgemachte Sache, daß das Paar Tonant-Knappe des 4. Breslauer Scholagerennens nach Hause fahren würde. Daran wäre unter normalen Verhältnissen auch nicht zu rütteln gewesen, denn der Italiener war in zu guter Form. Durch den kurz vor der Rekrutierung erfolgten Sturz Knappes sind die Hoffnungen zu nichte geworden, denn es stellte sich heraus, daß Knappes Verletzung erheblich größer war, als man ursprünglich annahm. Die Königen-Durchleuchtung ergab einen Hüftknorpelbruch. An ein Weiterfahren war unter diesen Umständen nicht zu denken. Die bis dahin nicht gerade günstige Situation der Franzosen für den ersten Platz war dadurch gestiegen. Und daß beide dazu den festen Willen hatten, bewiesen schon die Nachmittags-Spurts. Sieben erste Spurts waren ihre Sache, so daß sie mit Abbruch der Nachmittags-Wertung mit ihren Punktzahlen nur noch mit vier gegenüber dem besten Paar Koch-Niethe im Rückstande waren. Tonant, der von 12 Uhr Mittags an als Ersatzmann weiterfuhr und wiederholt das Feld durch Ausreißversuche beunruhigte, wurde nachmittags aus dem Rennen genommen. Seine Ausreißversuche machten dem stark besetzten Haupte viel Spaß, führten aber zu Protesten der Fahrer, weil vornehmlich eines einzelnen Jahres die Stellungnahme der Fahrer, und es sollte ein fast ohrenbetäubender Standal, ein. Die Spurts der Nachmittags-Wertungen hielten sich: 1. Wambst, Thollembeck, Tieg, van Kempen; 2. Lacquehan, Bauer, Nielsens, Kroll; 3. Wambst, Junge, Thollembeck, Niethe; 4. Lacquehan, Stupinski; 5. Wambst, Junge; 6. Wambst, Thollembeck, Tieg; 7. Junge, Wambst, Nielsens, Tieg; 8. Wambst, Kroll, Feja; 9. Stupinski, Lacquehan, Niethe, Bauer; 10. Wambst, Junge, Tieg, van Kempen; 11. Niethe, Stupinski, Lacquehan, Thollembeck; 12. Wambst, Junge, Mühlabach, Feja.

Nach Schluß der Nachmittags-Wertungen waren noch 9 Paare im Rennen, die sich durch schnelles Fahren für den Endkampf nicht überanstrengten. Bis zur 10-Uhr-Wertung ist ruhige Fahrt. Um 10 Uhr wurden die Mühlabach-Seifert aus dem Rennen genommen, nicht ohne vorher noch einmal gehörig anzutreten und ihre Fahrgenossen etwas schneller zu bewegen. Dann begann die letzte Runde und damit die Wertungen. 10 Spurts wurden ausgetragen, die sich wie folgt verteilten: 1. van Kempen, Lacquehan, Bauer, Stupinski; 2. Junge, Wambst, Nielsens, Tieg; 3. van Kempen, Lacquehan, Stupinski, Niethe; 4. Tieg, Wambst, Nielsens, Thollembeck; 5. van Kempen, Stupinski, Bauer, Lacquehan; 6. Junge, Nielsens, Wambst, Kroll; 7. van Kempen, Feja, Lacquehan, Stupinski; 8. Thollembeck, Wambst, Nielsens, Junge; 9. van Kempen, Niethe, Lacquehan, Stupinski; 10. Tieg, Wambst, Kroll, Nielsens; 11. van Kempen, Lacquehan, Feja, Bauer; 12. van Kempen, Tieg, Schmer, Lacquehan; 13. Feja, Bauer, Junge, Kroll; 14. Schmer, Lacquehan, van Kempen, Kroll; 15. Longardt, Bauer, Lacquehan, van Kempen; 16. Longardt, Thollembeck, Lacquehan, Bauer; 17. Stupinski, Thollembeck, Tieg, Wambst; 18. van Kempen, Feja, Junge, Lacquehan; 19. Stupinski, Thollembeck, Wambst, Behrendt; 20. van Kempen, Feja, Bauer, Lacquehan.

In der letzten halben Stunde vor Beendigung des Rennens gab es noch eine nicht erwartete Sensation. Longardt-Schmer, die bis dahin sich plötzlich vom Felde los und konnten sogar trotz anfänglicher Verfolgung durch die Kanonen noch eine Runde nachholen. Da Kroll-Niethe abgetrennt waren und den Franzosen nicht mehr gefährlich werden konnten, waren die Wertungen eigentlich noch eine Art Pflichtarbeit. Abgesehen von van Kempen, der seinen guten Ruf als Spürer auch hier wieder bewahrte. Daß die Franzosen den ersten Platz belegen konnten, ist, wie schon betont, nur dem Umstande zu danken, daß Knappe stürzte und dadurch ausfallen mußte. Und wenn die Strafrunden nicht die Paare van Kempen-Nielsens und Bauer-Tieg zurückgeworfen hätten, dann wären die Franzosen wahrscheinlich an anderer Stelle gelaufen. Hervorgehoben werden muß noch das verhältnismäßig gute Fahren der Mannschaft Kroll-Schmer, die ihr erstes Scholagerennen nicht nur durchschickten, sondern noch bei einem der letzten Spurts den Weltmeister van Kempen abhängten. Zurückgelegt wurden insgesamt 3559,440 Kilometer.

Gesamtergebnis:

1. Wambst-Lacquehan 591 Punkte
2. Kroll-Niethe 400 Punkte
- 1 Runde zurück:
3. Bauer-Tieg 392 Punkte
- 2 Runden zurück:
4. van Kempen-Nielsens 742 Punkte
5. Stupinski-Junge 520 Punkte
6. Longardt-Behrendt 357 Punkte
- 3 Runden zurück:
7. Feja-Thollembeck 478 Punkte
- 4 Runden zurück:
8. Kroll-Schmer 247 Punkte
- 6 Runden zurück:
9. Mühlabach-Seifert 246 Punkte.

Kroll-Niethe ist die rein deutsche Mannschaft die beim Scholagerennen am besten abschnitt und deshalb auch den Ehrenpreis der Schlesischen Funktionäre erhielt. Groß war der Jubel, als Tonant-Knappe erschienen und der erstere auf stürmischen Verlangungen die Ehrenrunde fuhr. Die anderen Siegerpaare folgten, nur die eigentlichen Sieger, die Franzosen, ließen lange auf sich warten und wurden erst geholt. Hatten sie etwa das Empfinden, daß ihr Sieg doch ein nicht so ganz vollkommener war? Das Schauspiel, das jeden Abend viele Tausende nach der Jahrhunderthalle zog, war aus.

Das große Los in Breslau.

Wie uns mitgeteilt wird, fiel das große Los der Preussisch-Schlesischen Klassenlotterie in Höhe von 500 000 Mark in Auszahlung II auf Nr. 239 783 nach Breslau. Das Los wird in zwei halben Abschnitten gespielt, und zwar ist der eine der glücklichen Gewinner ein mittlerer Beamter, die andere Hälfte wird von einer Witwe gespielt. Als Kuriosum sei noch bemerkt, daß das Stammlas des einen Hauptgewinners mit einem Gewinngewinn in den ersten Tagen der 5. Klasse gezogen war und er vor drei Tagen von dem Breslauer Lotteriesteuernehmer das halbe Los als Ersatzlos zugereicht erhalten hat.

Siehe Eltern und Kinder vom Ohlauer Tor!

Unsere Kindergruppe I vom Ohlauer Tor ladet euch für Sonntag, den 27. Februar, abends 6 Uhr, in die Opiener Lurahalle zu einem Elternabend ein. Ihr, die ihr so wenig Freude in eurem Leben habt, sollt alle mit uns ein paar frohe Stunden verbringen. Zur Beförderung gelangen Kaffee, Reigen, Rezitationen und vieles andere. Das Eintrittsgeld ist so niedrig gehalten, daß ihr alle kommen könnt, um euch mit uns zu freuen. Erwachsene 20 Pf., Kinder 10 Pf. Eintritt.

Klagen aus der Krüppel-Förge

gehen uns in größerer Anzahl zu. Der Schlesische Krüppel-Förgerverein unterhält Gärtnersweg 11 eine Anstalt, in der es ziemlich „steif deutsch“ zugehen soll. Betriebsleiter Jäschke soll vor Schlägen gegenüber den schwachen Hilfsmitteln der dortigen schwachen Jugendlichen nicht zurückbleiben. Nach acht Stunden Arbeit sollen die Lehrlinge dann noch an „Deutsches Land“, die Herr Jäschke eingerichtet hat, in denen aber die Arbeiterkinder nur zu Höchstleistungen in der Arbeit angezogen werden. Die Lehrlinge erhalten nach dem ersten halben Jahre 150 Mark, im zweiten Jahre 2 Mark und im dritten und vierten Jahre 6 Mark. Für Höchstleistungen erhalten sie eine Kapitalprämie von höchstens zehn Pfennigen. Elternlose und solche deren Eltern auswärts wohnen, sind in verschiedenen Pensionen untergebracht. Teils von den Eltern, teils von der Provinz werden monatlich 15 Mark Gehalt gezahlt. Von dem, was der Lehrling erhält, muß er sich für Heizung, Schulschulung, Körperpflege, Sachschäden usw.

selbst besorgen. Wenn Lehrlinge es in Privatunterkunft besser haben als im Hause Trebischer Straße 20, soll der Direktor mit dem Rat zur Hand sein, daß gute Konmitzist die beste für die Lehrlinge sei. Spenden für Sachen sollen zum Teil an Lehrlinge verkauft werden. Befragt wird dann, daß ein Schneider-geselle an Werkstätte sechs Lehrlinge auszubilden hat. In der Schuhmacherlei würden dreizehn Lehrlinge durch einen Meister ausgebildet, weshalb bereits zwei Lehrlinge die Prüfung nicht bestanden hätten.

Soweit die uns gegenüber vorgebrachten Klagen. Wir nehmen an, daß die in Betracht kommenden Stellen eine Nachprüfung vornehmen und bei Vorhandensein wirklicher Mängel für Abhilfe sorgen werden.

Die jüdischen Handwerker Breslaus

hielten am Montag abend in der Gerhardt Hauptmann-Loge, Am Schweißbühler Stadtgraben, eine Versammlung ab, in der der erste Verbandsvorsitzende Markus aus Berlin einen Vortrag hielt. Er befaßte sich nicht nur mit den besonderen Fragen des jüdischen Handwerks, sondern beleuchtete den ganzen jüdischen Mittelstand in seiner ganzen Struktur. Im Judentum gab es vor dem Kriege einen ausgedehnten Mittelstand, der heute sehr stark zurückgegangen ist. Das jüdische Proletariat ist zahlreicher denn je; mittellose Existenzen fallen immer mehr der jüdischen und allgemeinen Wohlfahrtspflege zur Last.

Trotz Revolution und Republik ist dem Juden der Zugang zur Beamtenschaft noch immer fast verschlossen. Die Zahl der jüdischen Beamten ist sehr gering. Auch in die Landwirtschaft, die ja im wesentlichen völkisch-national eingestellt ist, kann der Jude nicht eindringen. Großkapital, Großindustrie und Warenhäuser sind der Ruin vieler kleiner Kaufleute und Handwerker und augenblicklich ist die Lage des Handwerks genau so trübselig, wie die des kleinen Kaufmanns. Ist es unter diesen Umständen berechtigt, die jüdische Jugend weiter dem Handwerk zuzuführen? Der Redner bejahte diese Frage, fügte aber hinzu, daß die Eltern für ihre Söhne ein Handwerk wählen sollten, das die beste Möglichkeit einer späteren Existenz bietet. Der Bauerzweig zum Beispiel bietet eine solche Möglichkeit.

Herr Markus besprach des weiteren den großen Wert der jüdischen Mittelstands- und Darlehnskassen, die die Kreditwierigkeiten beheben und Strauchende stützen helfen. Der jüdische Zuwandererstrom aus dem Osten hat auch das jüdische Handwerk benachteiligt. Neuerdings wird aber dieser Strom zurückgehalten durch die von der Sowjetregierung geschaffenen jüdischen Siedlungen in Palästina, die eine ungeheure Bedeutung hätten. Die Zahl der Selbstmorde von jüdischen Handwerkern, die aus Not nicht mehr ein- und aus-wissen, ist besonders in Berlin sehr groß. Der Vortragende wies auch auf den Wert der Lehrlingsgruppen hin, gab richtige Fingerzeige auf dem Gebiet der Selbsthilfeeinrichtungen.

Die niederschlesischen Kleingärtner, die im Verband Niederschlesischer Kleingärtner E. V. zusammengeschlossen sind, werden sich am kommenden Sonntag zu ihrer Hauptversammlung, die mit einer öffentlichen Rundgebung verbunden werden soll, in Breslau treffen. Das Hauptreferat wird Reichstagsabg. M o l e s - Berlin halten. Er wird über Volksgesundheit und Kleingartenbau sprechen. Der Verband ist dem Reichsverband der Kleingärtnervereine Deutschlands angeschlossen.

Seinen 75. Geburtstag feiert heut der Gastwirt Matthias Paritz, Löschstraße 43. Die „Volkswacht“ liegt schon seit fast 30 Jahren in seinem Lokale aus. Wir gratulieren!

Die Feuerwehre mußte gestern, nachmittags gegen 14 Uhr nach Wilsmannstraße 10 ausrücken. Durch Unvorsichtigkeit beim Durchschneiden von Gasrohrleitungen war ein Balkenbrand entstanden, der mit der Eimerpritze gelöscht werden konnte. Abends gegen 17 Uhr war Albrechtstraße 15 in einem im zweiten Stock gelegenen Wohnhause durch fehlerhafte bauliche Anlage ebenfalls die Balkenlage in einem Umfange von 6 bis 8 Quadratmetern in Brand geraten. Nach Abtragen der Stubenofens konnte das Feuer mit der Eimerpritze gelöscht werden. Die Feuerwehre hatte fast fünf Stunden mit dem Ab-lächen des Brandes zu tun.

12. Ziehungsstag Preussisch-Schlesische Klassenlotterie, uns die Lotteriebaut Nr. 21, Breslau 5, Edhaus Tauenberg, mittelt, wurden folgende Gewinne gezogen: 10 000 Mark auf Nr. 179 735; 3000 Mark auf Nr. 2464 21 218 171 492 240 510 250 535; 2000 Mark auf Nr. 26 771 28 890 95 116 87 245 180 542 151 083 160 957 200 447 200 567 218 342 222 207 227 589 240 600 255 345; 1000 Mark auf Nr. 20 529 22 189 47 110 50 248 61 884 75 107 101 279 105 897 121 744 129 697 147 167 185 529 198 774 248 681 260 731 263 711 268 371 281 780 301 431 323 638 334 835 348 823

13. Ziehungsstag Preussisch-Schlesische Klassenlotterie, uns die Lotteriebaut Nr. 21, Breslau 5, Edhaus Tauenberg, mittelt, wurden folgende Gewinne gezogen: 500 000 Mark auf Nr. 239 783; 50 000 Mark auf Nr. 22 703; 25 000 Mark auf Nr. 323 056; 10 000 Mark auf Nr. 3645; 5000 Mark auf Nr. 42 105 50 546 83 805 114 403 159 080 291 682 340 918; 3000 Mark auf Nr. 54 668 61 874 100 010 129 335 187 287 248 552 240 217 317 698 314 104; 2000 Mark auf Nr. 189 107 147 654 178 728 201 678 235 543; 1000 Mark auf Nr. 39 865 44 612 51 356 64 993 98 599 110 556 117 358 151 106 168 149 182 517 192 059 211 222 630 254 010 257 845 282 936 288 859 308 045 317 071 334 133 335 672. (Ohne Gewähr.)

Wegen Ausführung von Pflasterarbeiten wird die Körnerstraße von der Vogelweide bis zur Woggenstraße vom 1. März bis einschließlich 9. April für Fahrzeuge aller Art gesperrt. Der Fahrverkehr nach Beerbeutel wird während dieser Zeit durch die Friedrich-Ebert-Hindenburgstraße geleitet.

Eine schlichte, aber erhebende Bestattungsfeier veranstaltete die Katholiken-Mädchen-Mittelschule auf Anregung ihres Leiters Herrn Rektor K o j o g, am 16. Februar im Saale der Witwenanstalt in Form eines Elternabends. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Wiedergabe der schönsten Musikstücke „Liedhafte und Gertrud“, dargestellt von Fräulein W a d e i n mehreren Schülerinnen. Herr K i n g e l zeichnete im ersten Teil seiner Festrede ein anschauliches Bild von dem Leben und Wirken des ehelichen, selbstlosen Menschenfreundes, während er im zweiten Teile seine Bedeutung namentlich für unsere Zeit wirkliche. In der dritten Darstellung und Festrede von Gedichten und Gesängen unter Leitung des Herrn K o b e l. Die Feyer hinterließ bei allen Anwesenden einen tiefen und nachhaltigen Eindruck. Herr Rektor K o j o g hat mit dieser Veranstaltung wieder einmal bewiesen, wie sehr ihm daran liegt, das gute Einvernehmen zwischen Schule und Elternschaft nicht nur zu befestigen, sondern auch vor allem der Elternschaft Gelegenheit zu geben, mit der Schule in Fühlung zu treten.

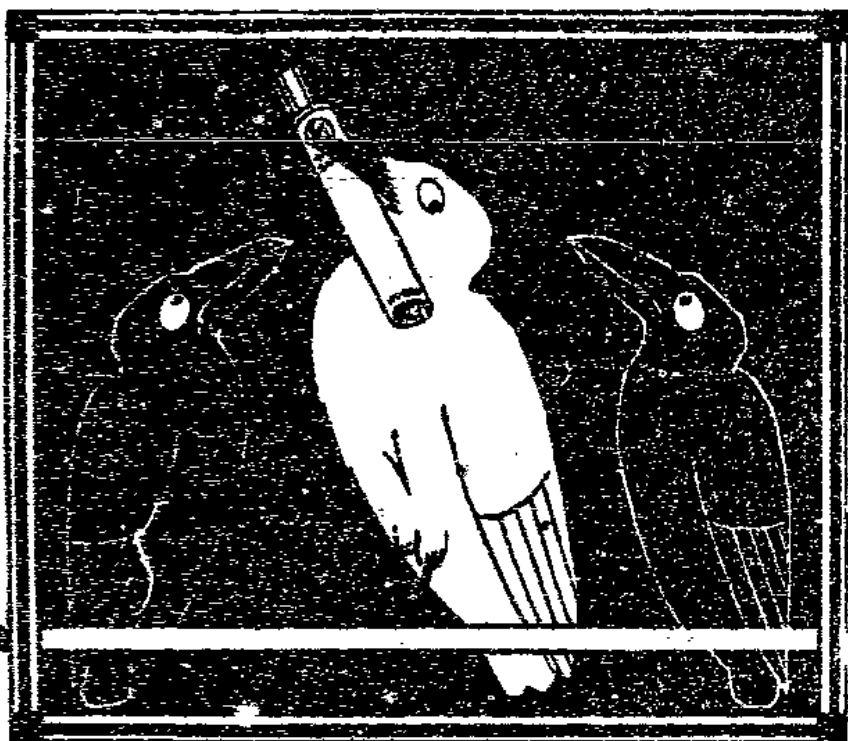
Fünf obdachlose Männer wurden am 20. Februar wegen Verdachts des Einbruchdiebstahls festgenommen. Sie hatten an dem Schrebergartengelände an der Wenzelstraße mehrere Laubbäume erbrochen und in denselben genächtigt.

Umbenennung der Viehweide. An dem nordwestlich der Verbindungseisenbahn östlich von der Glogauer Straße sich ziehenden Wege sind seitens des städtischen Wohlfahrtsamts mehrere Wohnbaracken errichtet worden, so daß die Verengung des fraglichen Strahenganges notwendig ist. Da er die planmäßige Verlängerung der Langen Gasse bis an die Dammschloßstraße, legt der Polizeipräsident diesem Wegestück ebenfalls den Namen Lange Gasse bei. Der Weg liegt im Bereiche des 28. Polizeireviere.

Gestohlen wurde in einem Geschäft auf der Gräbischen Straße am 18. Februar, nachmittags, von zwei Männern ein Kupon blauer Anzugstoff. Die Männer ließen sich Anzugstoff vorlegen und verließen das Geschäft, ohne zu kaufen. Beschreibung: Alter etwa 23 Jahre, 1,68-1,70 Meter groß, beide trugen dunklen Anzug und Mantel, der eine war glatt rasiert, der andere hat Anflug von dunklem Bart. Angaben erbittet die Kriminalpolizei Zimmer 55.

Wasserstand

	24. Februar.	
Rathor.	1,32	Kamern (Unter-Vogel)
Niessle (Stadt) v. 23. 2.	- 0,53	Dobermuth
Niessmündung (Unter-Vogel)	1,30	Abflurmerie (etwa 1/2) 194 cm
Beleg (Maitenram)	2,48	Wüstendern v. 23. 2.
Tielchen	1,06	Waherwärme + 0,0



HALPAUS RARITÄT
der weisse Rabe unter den 4 Pfg. Cigaretten.

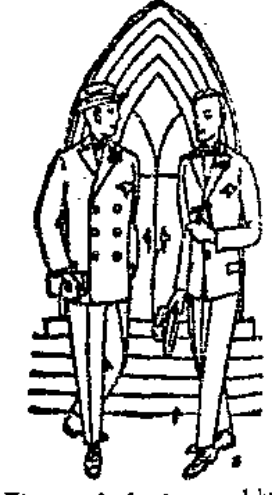
Warum?
Weil sie trotz täglich neuer Konkurrenzmarken immer mehr an Nachfrage gewinnt.

HALPAUS RARITÄT
Nr. 200

ist die meistgerauchte, weil weitaus beste 4 Pfg. Cigarette Deutschlands.

Maler-Rittel
Koch- und Kellner-Job
Zeichen u. Arbeits-Mittel
billig
Adolf Malinowitz
Klosterstraße 23

Konfirmanden Anzüge



Eigene Anfertigung, daher sehr preiswert, in großer Auswahl
Oskar Dehmel
Breslau, Neumarkt 45

Torpedo 12.45, Bab
Modell 2b, 9.4

Nur bessere, neue
Räder

extra gute Marken
58, 68, 78, 89, 98, 110
Reifen
35, 28, 25
Reife 1.25, Ballas 1.25
Bedale 1.45, Reife 1.25
Center 1.35, Oberger. 1.25
Reife 95, Kranzöl, 5.80
Gattel 2.95 Reife 1.45
Bohmann, Bedale 2.50
Borderrad 1.45 gelb 3.90
Laternen 1.35, Torpedo
3.25, Conti 4.50, Draht-
Schlauchreifen 1.90, 6.75
Glocke 25, Speiche 2, Reife
Bahn, Katharinenstr. 1

Berücksichtigen unsere Inserenten!

Aus Schlesien.

Demonstrationen der ausgesperrten Textilarbeiter in Langenbielau.

Zu einer Massendemonstration der im Ausstand und in der Aussperrung befindlichen Arbeiter von Langenbielau kam es am Montag. Es versammelten sich gegen viertausend Arbeiter und Arbeiterinnen aus dem vom Ausstand und der Aussperrung betroffenen Fabriken an verschiedenen Stellen der Stadt und zogen unter Vorantritt mehrerer Kapellen nach Dinters Etablissement, wo eine Massenkundgebung für die Arbeitseinstellung bis zu ihrer für die Arbeitnehmer siegreichen Durchführung veranstaltet wurde. Das Referat hielt Landtagsabgeordneter Genosse Lang, der die Einzelheiten der gegenwärtigen Bewegung und ihre Bedeutung nicht allein für Schlesien, sondern für ganz Deutschland darlegte, mit der Betonung, daß die Textilarbeiter Schlesiens nicht mehr länger die Leidträger für die übrige deutsche Textilarbeiterchaft sein wollen. Deshalb sei die jetzige Bewegung für weite Kreise von ausschlaggebender Bedeutung. Er wandte sich vor allem gegen die vielfachen falschen Darstellungen, die von Arbeitgeberseite in die Presse lanciert werden. Im Anschluß an die Versammlung formierte sich ein nach Tausenden zählender Demonstrationzug, der sich durch die Stadt und namentlich an den Textilfabriken vorbeibewegte. Er verlief ohne jegliche Störung.

Ein Versuch rechtsradikaler Terrorisierung der polnischen Minderheit.

Wird von unserer Hindenburgzeitung, dem „Volkswacht“, gemeldet. Der Beuthener „Katholik Codzienny“ teilte in seiner Sonntag-Ausgabe mit, daß einer der auf der polnischen Liste stehenden Kandidaten zur Stadverordnetenwahl folgende Karte erhielt:

„Herr Großpape Sch., seit wann bist du Pole in Deutschland? Du bist doch nicht in Polen geboren und hast auch keine polnische Schule besucht. Wie kannst du dich als Pole nennen und in polnischer Partei aufgestellt sein. Du polnisches Schwein, da geh nach Polen und friß nicht deutsches Brot. Alle, die nach Polen ausgereicht sind, möchten gerne zurück, weil sie schon Polen satt bekommen haben und ihr alle in Deutschland gehts auch zu gut, da wählt ihr noch polnisch! Ihr polnischen Schweine, euch kriegen wir raus. Nach dich gefaßt, das werden wir dir beibringen. Sch dich bloß vor.“

Die schwarze Hundert.
(Hakenkreuz).

Unser Parteiblatt knüpft daran folgende Bemerkungen: Es gibt wohl kaum einen einzigen vernünftigen Hindenburgzeitung, der einen derartigen Terror — denn es handelt sich um nichts anderes — billigen wird. Diese ominöse „Schwarze Hundert“, deren angebliche Existenz nur ein verächtliches Rächeln verdient, besteht tatsächlich aus ein paar verurteilten Hakenkreuzlern, die im übrigen lieber erst einmal ordentlich deutsch lernen sollten. Gerade jene Leute sind es, die am ersten schreien, wenn drüben in Ostpreußen ein Deutscher schlecht behandelt wird. Daß die edlen Herren mit dem Hakenkreuz hier daselbe tun, was sie drüben verurteilt, ist ein, kommt ihnen gar nicht zum Bewußtsein.

Der Herr Oberpräsident, der erst vor kurzem gegenüber amtlichen internationalen Stellen versichert hat, daß die polnische Minderheit in Deutsch-Ostpreußen frei von jeder Drohung und jedem Druck leben kann, wird gut daran tun, sich einmal um die Angelegenheit zu kümmern.

Das Urteil in dem großen Hindenburg-Prozess gegen die Diebesbande.

Der umfangreiche Prozeß gegen den Hindenburgzeitung Einbrecher Paul Schneider und seine Helfer wurde am Sonntag

abends zu Ende geführt. Die Zeugenvernehmung fürbeite noch manche interessante Einzelheiten aus der Tätigkeit Schneiders zu Tage. Seine Mitangeklagten hatten sich an den Spießbüchereien beteiligt, zum größten Teil aber kamen sie als Helfer in Frage. Eine der mit am meisten beteiligten Frauen befand sich unter den Zeugen. Es wurde mehrfach bestätigt, daß sie in Männerkleidung selbst Einbrüche ausgeführt und auch Diebesgut weitergegeben hat. Sie blieb deshalb unvernommen. Es wird ein gesondertes Verfahren gegen sie eingeleitet. Einige Zeugen bestätigten, daß Schneider mit seiner Ehefrau auf dem Lande umherzog und Wäsche als Altware zu sehr billigen Preisen anbot. Neben Schneider, der übrigens mit sieben Jahren im Zuchthaus verurteilt war, wurde die Familie Kionczyk stark belästigt, bei der Schneider ein förmliches Warenlager unterhielt.

Am späten Nachmittag verurteilte der Vorsitzende das Urteil, das nur mäßig von den Anträgen des Staatsanwalts abwich. Es wurden verurteilt: Paul Schneider aus Hindenburg zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus, Inhaberin Marie Kionczyk aus Zaborze (mehrfach vorbestraft) zu einem Jahr Gefängnis, Arbeiter Viktor Kionczyk aus Kottbusch zu fünf Wochen Gefängnis, Pauline Potlik, Inhaberin aus Hindenburg, zu vier Monaten Gefängnis, Witwe Anna Kionczyk aus Mathesdorf zu sechs Monaten Gefängnis, die Ehefrau Anna des Hauptangeklagten Schneider zu drei Monaten Gefängnis und der Arbeiter Johann Potlik aus Zaborze zu drei Monaten Gefängnis. Gegen eine Angeklagte wurde das Verfahren vertagt, gegen die übrigen lautete das Urteil auf Freispruch.

Landeshut. Von der allgemeinen schlesischen Textilarbeiteraussperrung sind 4500 hiesige Textilarbeiter betroffen worden. Ihnen ist der Aussperrungsschluß zum 4. März, von den Unternehmern zugestimmt worden. Durch die Aussperrung werden auch 860 Textilarbeiter in Vorkampn arbeitslos, desgleichen mehrere hundert Textilarbeiter in Wersdorf, Kreis Vorkampn.

Friedland. Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich auf dem hiesigen Ring. Der Kutscher E. der Firma S., dessen Schlitten mit Maschinenteilen beladen war, fuhr über den Ring. In der Ecke der Braunauer Straße kam das Gespann ins Rutschen, wodurch der Kutscher unter die umgekehrte Ladung zu liegen kam. Der Berührung wurde blutüberströmt unter dem Schlitten hervorgezogen.

Hirschberg. Tot in seinem Bette aufgefunden wurde hier im Hause Seckstädter 44a der 51 Jahre alte frühere Sattler W. Die Hausbewohner, die den Mann schon mehrere Tage nicht gesehen hatten, benachrichtigten die Polizei, die die von innen verriegelte Wohnung öffnete. Altem Anschein nach ist der Tod des Mannes schon vor einigen Tagen eingetreten. Man vermutet, daß W. einem Schlaganfall erlegen ist.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Itzehoe. SPD-Mitgliederversammlung am Freitag, 25. Februar, abends 7 Uhr, bei Gastwirt Herrmann-Groß-Itzehoe. Genosse Scholz spricht über: „Die bevorstehende Eingemeindung“. Interessenten, erheben sie in Massen! Gäste willkommen. Die Vorstandsmitglieder und die Vereinsvorsitzenden erscheinen Punkt 6 Uhr zur vorherigen Besprechung.

Brosau. Die Bedeutung der Eingemeindung für Brosau. Wir erhalten aus Brosau folgende Zuschrift: Die schicksalsschwere Frage, ob unser Ort, der einen ausgesprochen kädtlichen Charakter trägt, eingemeindet wird oder beim Landkreise verbleibt, ist nun entschieden, und zwar zugunsten des Landkreises. Alle Hoffnungen, die wir Brosauer, vom höchsten Beamten bis zum letzten Arbeiter, auf die Eingemeindung setzten, sind an der kühl rechnenden Art und Weise, wie die zuständigen Behörden, solche Fragen behandeln, zer-

schellt. — Brosau, ein Ort von circa 8000 Einwohnern, mit dem größten Wohnungselend und der relativ höchsten Erwerbslosigkeit, ist verdammt, weiterhin als Landgemeinde zu verbleiben. Was bedeutet das für die Bürgerchaft Brosaus? Wir stellen fest, daß dieser, jeden sozialen Empfindens bare Beschluß die Bedürfnisse Brosaus auf das Empfindlichste trifft. Die Wohn- und Lebenskosten sind hier teurer als in der Großstadt, und die Beamtenchaft wird ihre Bezüge weiter nach Ortsklasse B erhalten. Ebenso müssen die Erwerbstätigen weiter auf die Vorteile der städtischen Wohlfahrtsvereinigungen verzichten. Obgleich die Gewerbetreibenden und Grundbesitzer höhere Abgaben an Grund- und Gewerbesteuer, Kanal- und Wassergebühren, Licht usw. als in Breslau bezahlen müssen, ist die Gemeinde nicht in der Lage, der sozialen Not in gleichem Maße zu steuern, wie es die Stadt tut. Brosau ist nur lebensfähig auf Kosten der Minderbemittelten. Daß es jemals anders werden könnte, scheint nach den letzten Beschlüssen unserer Gemeindevertretung kaum möglich. Die Sünden, die in bezug auf die Eingemeindung begangen wurden, sind nicht wieder gut zu machen. Nicht zuletzt tragen der Gemeindevorstand und die Gemeindevertretung Schuld an der, für uns so ungünstigen Entscheidung. Die in letzter Zeit betriebene Politik, welche sich „wer kann“, maasschlagend für den Entschluß des Magistrats gemessen sein. Wir erinnern an den Vertrag „Brosauer Zeitungsgemeinde“ usw. Dazu kommt noch die Einstellung einzelner Gemeindevorstandsmitglieder, die ihre Eingemeindungsfrage in Neuforderungen, wie: „Nur Schulden können uns vor der Eingemeindung retten“, zum Ausdruck brachten. Die Art und Weise, wie diese Frage behandelt wurde, gibt uns zu denken. Warum wurde die Eingemeindungskommission nicht ein einziges Mal zusammengerufen? Warum wurde die Kommission über den Stand der Verhandlungen nicht informiert und auf dem Laufenden erhalten? Warum diese schwerwiegende, alle interessierende Frage so hinter den Kulissen behandelt werden? Einzelne Vorstandsmitglieder scheinen nicht objektiv genug, um überhaupt an dieser Angelegenheit mitarbeiten zu dürfen. Wir glauben aber, daß in dieser Frage noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Brosaukundgebungen aller Bürger ohne Unterschied der politischen Anschauung müßten die beteiligten Instanzen zwingen, ihren Spruch zu revidieren. Deputationen zur Regierung müßten sie von der Stimmung der Bevölkerung überzeugen. Vielleicht kommen wir dadurch zu unserem Recht!

Groß-Machern. Achtung Radfahrer! Sonnabend den 26. Februar, abends 7 Uhr, findet unsere Monatsversammlung statt. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Groß-Machern. SPD-Mitgliederversammlung am Sonntag, den 27. Februar, nachmittags 2 Uhr, findet im Lokal Schreier, hier eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Wir haben sehr wichtige Angelegenheiten zu besprechen. Daher muß jeder Genosse und jede Genossin ganz bestimmt erscheinen. Gäste können mitgebracht werden. Redner ist Genosse Schiffer.

Neutitz. Öffentliche Versammlung am Sonntag, den 27. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, spricht im Lokal Guderlich in Neutitz die Reichstagsabgeordnete Frau Maria Anzorge aus Waldenburg in einer öffentlichen Versammlung. Die augenblicklichen Zeitverhältnisse müssen jeden Klassengenossen und jeden Klassengenossin wachrufen. Es darf aus dem Grunde niemand diese wichtige Versammlung veräumen. Auch die Einwohner der umliegenden Dörfer sind hierzu eingeladen.

Enschwid. SPD-Monatsversammlung am Sonntag, den 26. Februar, abends 7 1/2 Uhr findet im Lokal Böhld unsere fällige Monatsversammlung statt. Kein Parteigenosse darf diese Versammlung veräumen. Gäste können mitgebracht werden. Referent Genosse Schiffer.

Samilien-Anzeigen

Am 22. Februar, nachm. 3 1/2 Uhr, verschied plötzlich und unerwartet meine liebe Frau, unsere gute Mutter Schwester, Schwägerin und Schwiegertochter 129

Frau Berta Wagner

geb. Irion
im Alter von 41 Jahren.
In tiefer Trauer
Breslau, den 24. Februar 1927
Kreuzburger Straße 15

Hermann Wagner

nebst Kindern.
Die Einäscherung findet Freitag, den 25. Februar, nachmittags 1 Uhr, im Krematorium Gräbschen statt.

Am 22. Februar starb nach einer schweren Operation unsere langjährige Genossin

Berta Wagner

im Alter von 41 Jahren. 5154
Ihr Andenken werden in Ehren halten
Die Genossinnen u. Genossen des Distrikts 21 des Sozialdemokratischen Vororts.
Die Einäscherung erfolgt Freitag, den 25. Februar, nachmittags 1 Uhr im Krematorium in Gräbschen.

Am 22. Februar verschied plötzlich unser langjähriger Mitglied

Frau Berta Wagner

im Alter von 41 Jahren. 5152
Ehre ihrem Andenken!
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsgruppe Breslau.
Einäscherung: Freitag, 25. Februar, nachmittags 1 Uhr, im Krematorium in Gräbschen
Trauerhaus: Kreuzburger Straße 15. Distrikt 21.

Jedem ein Fahrrad

Abgabe ganz nach Wunsch
Größe Taschewahl von 65 cm an. Zubehör gratis.
R. Mühlle & Sohn
Levetzowstraße 55, Nähe Taschenstraße.

Nach schweren Leidenstagen verschied am 19. Februar unser lieber, guter Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Textilarbeiter 5153

Max Güttler

im Alter von 39 Jahren 9 Monaten.
Peiskersdorf-Breslau, 24. Febr. 1927.
In tiefstem Schmerz:
Die trauernden Eltern
Geschwister u. Anverwandten.

Einäscherung: Freitag, 25. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium in Gräbschen. Trauerhaus: Leuthenstr. 17.

Am 21. Februar verschied nach schwerer Krankheit infolge Magen-Operation mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater

Karl Schulz

im Alter von 57 Jahren. 157
Dies zeigt schmerzhaft an
Die trauernde Gattin
Auguste Schulz, geb. Laagen
nebst Kindern und Enkelkinder.
Beerdigung: Freitag, den 25. Februar, nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle II des Oswitzer Friedhofes.

Deutscher Verkehrsbund.

Am 22. Februar verstarb unser wertvolles, aus wahren Idealismus für die Bewegung tätiges Mitglied, die Trägerin in den „N.N.“

Frau Emma Wistuba

im Alter von 55 Jahren.
Reich an menschlicher Güte und Verstandes verlieren die Zeitungsträgerinnen eine ihrer Besten. Mag ihr, der immer Hilfsbereiten, die Erde leicht werden. 5151
Ein ehrendes Andenken werden bewahren
Die Mitglieder der Ortsverwaltung Breslau
Abteilung 7. März 1927.

Beerdigung: Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Cosel.

Achtung!

Freitag! Sonnabend!

Rindfleisch ohne Knochen	Plund	110-130
Schmalz		90-100
Deutsches frisches Speck		110
Langenloft		100
Frischer Bauch		90
Gehacktes		90
Knoblauchwurst		20
Speckwurst		35
Bratenschwiger		25
Preßwurst		25

Wurstfabrik M. Schneider

früher Felix Jacob
Matthiasstraße 177.

Berücksichtigt unsere Inferenten!

Arbeiter, Angestellte, Beamte

sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses und der Genossenschaftstage nur versichern bei dem eigenen Unternehmen der

Volkspfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft. 5149

Ankunft erteilt bzw. Material versendet kostenfrei d. Rechnungsges. in Breslau, Margaretenstr. 17, l., Zimmer 112, alle Lager des Konsumvereins „Vorwärts“, die Büros der Gewerkschaften od. d. Vorstand d. Volkspfürsorge, Hamburg 5, An d. Alster 58/59.

Ein schöner Mantel aus der Damen-Mantel-Fabrik

ist infolge Eisenfabrikation unerreicht billig

Zur Einsegnung!

Covercoat-Paletot 12 75
von 12 an
Rips-Paletot 19 75
in allen Farben, von 19 an

Wohl & Alexander

Wintersachen 30% Rabatt!

Druderei Volkswacht Ausführung aller Drucksachen
Breslau 2 Blumstraße 4/6



Ist es mir, wie man gegen Hüneraugen und Hornhaut etwas anderes benutzen kann, als das vielmillionenfach bewährte Kufirok-Hüneraugen-Pflaster! Sie wollen doch sicher Ihre Hüneraugen schmerzlos und schnell los werden? Da ist die Kufirok-Debandlung einfach selbstverständlich! Kufirok-Pflaster 75 Pfg., Kufirok-Einband 6 Stück 60 Pfg. Das Kufirok-Fußbad stärkt und erfrischt müde und schmerzende Füße. Für alle, die viel gehen, stehen und tanzen, ist es das beste Präparat, um die Füße frisch und elastisch zu erhalten. Sperpackung für 5 Bäder 1 RM., Doppelpackung für 2 Bäder 50 Pfg.
Kette und nasse Füße werden warm und trocken, wenn Sie die echten, in mehreren Staaten patentierten Kufirok-Einlegeohfen tragen. 1 Paar 1.25 bis 1.75 RM., in einfacher Ausführung 50 Pfg. bis 1.- RM. In einfacher Ausführung 50 Pfg. bis 1.- RM.
Kufirok-Fabrik Karl Kufirok, Groß-Saal bei Beudowitz
Kufirok-Vorkaufsstellen: Nordstern-Drogerie, 1. Reichenstraße 12; Optik-Drogerie, Gabelstr. 87/89; Drogerie Fritz Ochse, Weiskystr. 18; Drogerie zur Post, Poststr. 9; Reichsadler-Drogerie, Hohenzollerstr. 47/49; Reichs-Drogerie, Treibitzer Str. 46; Residenz-Drogerie, Neue Taschenstr. 17; Drogeriehaus Oskar Reymann, Neumarkt 18.

Unterhaltung

Katjas Flucht in die Schönheit.

Erzählung von Heinz Eisgruber.

Katja war 17 Jahre alt und lebte in einem Fabrikdorf der Provinz Posen. Sie wohnte mit ihren talgesehigten Eltern und zwei rachsüchtigen Geschwistern in einem windigen Lehnshaus, das tagsüber in die Fabrik. Wenn sie abends von der Arbeit kam, setzte sie sich vor ihren Lotterentisch, der aus einer geordneten Schere, Scheren alte halbblinde Spiegelscherben, in optischem Widerspiel Katja nach der Schönheit ihres optischen Anbengestriches sahnete. Mit Hilfe eines jahnächtigen Kammes, einer Schale ranzigen Deles und eines alte Modemals durchprobierte sie sich und in wangenrötendem Eifer die Gestaltungsmöglichkeiten ihrer schwarzen, dünnen Haarsträhnen.

Dann lief sie durch das Dorf, verfolgt von den Stachelreden der Surichen und Mädchen, die unter den Haustüren standen, weil sie auch getroffen von dem gitternden Blick einer kühneren, weinungsvollen Männerphantasie, und verschwand in einer neuen, banfälligen Hütte am Dorfende. Hier erwartete sie eine alte, aufgedunsene, schmiedrige und lellam angepuckte Frau, die Dorfschneiderei die „Berlinerische Berg“ genannt. Man sprach sehr leicht von ihr im Dorfe und ging ihr tagsüber aus dem Wege, aber wenn die Sonne hinter den Wäldern versank, bekam sie viel Besuch von den Ehrbaren und Durchsichtigen, denen sie ein paar Pfennige aus den Karten wahrte.

Mit Katja verband sie schon seit Jahren eine jähliche, literarische Kameradschaft. Sie liebte das schmalstrüchtige Mädchen mit der schwelenden, nachdringenden Phantasie als wäre es ihr eigenes Kind. Sie erzählte der Kleinen die zusammengekauert mit schließenden Augen in der Ecke sah, Abend für Abend von der Welt, jenseits der Dorfwälder und Fabriken. Und Katjas beängstigte, maßlose Phantasie zog willig und kühn mit fort und alle ihre zauberhaft schöne Welt zurecht, die so bunt und farbenhaft erstrahlte, wie der Delbrand über dem Lager der Meere. Katja träumte es nicht nur, daß die Welt so schön sein würde, sie wußte es auch, seit sie einmal in die Villa ihres Bräutigams geschickt worden war.

Eines Tages verlor sie die Quelle, an der sich Katjas Phantasie satt getrunken hatte: ihre alte Freundin starb. Sie starb eines natürlichen Todes. Katja fand sie bei ihrem abendlichen Besuch inmitten einer Wüstlage. Die schmutzigen Habseligkeiten der Alten waren teils umhergestreut, teils gestohlen. Man sprach von wandernden Zigeunern, die in der Gegend gesehen worden waren und verscharrte die Alte jung und klanglos.

Katja lief seit jenem Tage mit trübem Augen herum. Und eines Tages war sie verschwunden. Bald fand man Spuren, die denen man schließen konnte, daß Katja durchgebrannt war. Der Vater tobte eine Weile; aber die Mutter besänftigte ihn: „Nicht hat sie Glück da draußen. Und bald spürten beide erleichtert, daß Bett und Schnaps größer geworden waren.“

Katja aber war unterwegs nach dem Ziel ihrer Sehnsucht: nach Berlin, der Wunderstadt. So lange ihre Pfennige gereicht hatten, war sie mit der Bahn gefahren. Dann war sie auf der Landstraße weitergelaufen. Ein Wanderbusche schloß sich ihr an, er das gleiche Reiseziel hatte und die Landstraße kannte wie ein Westentasche. Sie übernachteten in Scheunen oder im Freien. Er schützte und wärmte sie, und sie bezahlte ihm seinen Phantasie glitten all die Wirklichkeiten dieser Reise ab, ohne in der Bewußtsein einzubringen. Als sie müde und zerlumpt in der Kleinstadt anlangt waren, erbrachte in Katjas Herzen das Gerüche der Millionen als Triumph-Choral erfüllter Sehnsucht. Hier spiegelte in hunderttausend Facetten all die Schönheiten der Welt, die sie geträumt hatte. Hier schienen alle Schönheiten der Welt in bester Lage zu sein, um sich über die Herzen und Leiber der Millionen zu ergießen.

Katja wanderte selbstvergessen an der Hand ihres Wanderkundes durch die blinkenden Straßen und verlor die Augen vor den Lippen. Dann mündeten die Beiden in einer dunklen, schmalen Straße, in einem von Rauch, Musik, Geruch und Dampf erfüllten Lokal. Hier sah Katja Mädchen und Männer sitzen, die ihr seitliche Zwitergesichter aus der Ferne schauten. Sie schaute in die Augen der Millionen und sah die Lippen der Mädchen warm leuchtend rot und ihre Haut samten bestäubt wie Schmetterlingsflügel; aber in ihre Augen lagen dunkle Schatten und um den Mund gruben sich bittere Linien.

Es schien Katja, als kannte ihr Wanderfreund alle, die hier waren und sich zu der aufsteigenden Musik auf der Stühlen schaukelten. Und auch diese sprachen alle vertraut miteinander und in einem Bism, das sie kaum verstand. Eine schwüle Atmosphäre umhüllte sie alle, und Katja, die noch nie so hülsenlose Kameradschaft gespürt hatte, tauchte widerstandslos in ihr unter. Als ihr Wanderfreund mit einem Mädchen kam, das so leuchtend den Namen um Katja schlang und gut zu ihr war, als Katja Körperwärme und den süßen Geruch eines betäubenden Parfüms wahrte, küßte sie sich wunderbar geborgen. Sie ging auch fest mit ihrer neuen Freundin fort und streckte sich wohligh in dem Bett, das ihr die Freundin bot.

Witten in der Nacht wurde Katja wach. Im Zimmer waren zwei Männer und lärmten. Katjas neue Freundin stand vor dem Bett, deutete auf die Männer und lachte. Katja war sehr Angst und wußte nicht, was sie tun sollte. Sie stand schließlich auf und schlüpfte in ihre Kleider. Als die Männer brutal wurden, flüchtete sie zur Freundin. Als diese sie beschimpfte, lief Katja aus dem Zimmer und auf die Straße, mit Augen, die von einem gekochten Tieres glühten.

Zwei Tage strich Katja durch die Straßen und Anlagen der großen Stadt, die ihr von Stunde zu Stunde grauer wurde und schärfer. Sie suchte Arbeit und Essen. In einer Vorstadtstraße laute ihr ein alter Arbeiter einen Teller Suppe und eine Scheibe Brot. Sie nahm es dankbar an. Sie sah ein Haus, vor dem Hunderte von Menschen warteten. Sie bekam Adressen, lief über fernere Straßen, schlich Treppen hinauf und hinauf und wurde überall abgewiesen. Am Abend stand sie wieder vor jenem Lokal, in das ihr Wanderfreund sie am ersten Tage geführt hatte. Ein junger Mann zahlte ihr Essen und Bier. Die Freundin mit den roten Lippen kam, starrte ihr ins Gesicht und ging höhnlich schweigend vorüber. Später kam ihr Wanderfreund. Er nahm sie mit sich in eine kleine, schmuckige Dachstube. Sie war müde und hungrig; sie war hungrig und ab; sie war stumpf und ertraglos.

So ging sie auch in der Nacht zum siebenten Tage ihres Aufenthaltes in der Wanderstadt mit ihrem Freunde fort, durch dunkle, menschenleere Gassen, um ihm und seinen Kumpanen bei einem Einbruch zu helfen. Katja fand fröhlich an einer Straßenecke, während die anderen über ein Gitter kletterten und in den Meo in eine Villa bahnten. Als zwei Sipos kamen, zog sie mechanisch ein Pfeifchen hervor, steckte es in den Mund und ließ das verabschiedete Signal. Da wurde es in der Straße lebendig. Katja verzagte, was ihr der Freund eingeprägt hatte und rannte schließlich über die Straße. Als sie an die nächste Straßenecke kam, sah sie sich von kräftigen Händen gepackt. Man brachte sie auf die Polizeistation. Dort gelang sie schluchzend alles ein.

Zwei Wochen später, nach qualvollen Vernehmungen und Verhandlungen, wurde Katja von einer Frau auf den Behnhof gebracht, von dem die Jüge nach dem Osten gingen. Katja sah zusammengekauert in einer Ecke des Abteils und antwortete kaum, wenn ihre Begleiterin sie fragte. In ihren Ohren erklang nur immerfort bedrückend der Name ihres Heimatsortes, den sie gehört hatte, als ihre Begleiterin mit dem Bahnbeamten gesprochen hatte. Als der Zug sich Katjas Bestimmungsort näherte, als sie durch das Fenster die Wälder ihrer Heimat aufstiegen sah — ihrer Heimat, die keine war, — da wurde sie unruhig und vor ihren weitaufernden Augen tanzten die höhnlichen und drohenden Grimassen der Dorfbewohner und der Eltern. Kurz vor der Einfahrt des Zuges öffnete Katja schnell die Wagentüre und sprang hinaus.

Sie war sofort tot. Ihr Kopf war auf einen Stein aufgeschlagen. Langsam sickerte das rote, sehnsüchtige Blut Katjas aus der klaffenden Wunde auf die Erde.

Es sah aus, als trüge sie eine rote Rose im schwarzen Haar, von der blinkende Taupen tröpfelten.

Die Hilfeleistung.

Stizze von Albert Jean.

Aus dem Französischen von Johannes Kunde.

Aus einem Einschnitt des Gebirges steigen zwei langgestreckte, niedrige Gebäude auf. Mit in der Sonne verbläuten Felsen bedeckt. In rechtwinkligen Linien schienen Kolonnen großer Steine die Dächer vom Raubgott der Stürme. Sie erschienen ganz plötzlich, an der Kehre des steilen Fabs. Harte Arbeit hat die Klanten der Gänge ringsum verbessert. Einige Sträucher und drei duftend blühende Bäume stehen auf dürftigen, von einer schmalen Wasserlinie quer durchschnittenem Ackerfeld. Beim Nahen eines Fremden flüchtet grunzend ein Mutterchwein, hinter ihm die Ferkelkinder.

Zwischen zwei Felsen duftet ein Düngerhaufen.

Ein wider, zäher, überlieferter Haß trennt die beiden Familien, welche hier eine Schicksalslaune, einander gegenüber, angeknüppelt hat. Die Fraissiaques sind Katholiken, die Vasseur Hugonotten. Und zwei ihrer Vorfahren hatten sich einst in jener hartnäckigen Feindschaften verbißen, die unter Bauern ganze Rassen vergiften können.

Dieses dauernde voreinander auf der Hut sein, verbrauchte die Kräfte beider Familien. Wenn die Vasseur die Fraissiaques trafen, kreuzten sich ihre Blicke wie Degen, und seit Menschengedenken hatten diese Einsamen die brüderliche Geste des Händedrucks vergessen.

Die in dieser Gebirgspalte haften lebten in einem Abwehrzustand. Nur am Sonntag stiegen sie ins Dorf hinab, auf einem Pfade, wo selbst die Wälder Gefahr liefen, sich alle Knochen zu brechen; wenn der Schnee die Wege verweichte, vergruben sich die Vasseur und die Fraissiaques lange Wochen in ihren dumpfen Häusern wie in der Tiefe zweier Keller.

Eines Nachts starb der älteste Sohn der Fraissiaques. Eine Biber hatte ihn beim Wachen des Grases in die Wade gestochen, und ohgleich er auf der Wunde des Mutter einer Patrone zur Explosion brachte, drang doch das Gift in sein junges Blut; er endete wie ein Tier, die Tröstungen seiner Religion konnten ihn nicht erreichen.

Bis zum dämmernden Morgen wachten der Vater und der jüngste Sohn bei der Leiche, während die Mutter, weinend, in einem Tongeschirr Kaffee kochte und eine gelbe, tröpfelnde Kerze zu Haupten des Totenbettes anzündete.

Es wurde Tag. Der Hühnerhof begrüßte ihn mit seinem fröhlichen Rhythmus. Und wäre nicht der gelochene, die Front verbüßende Laden gemeldet, man hätte geglaubt, das Gut erwache zu seinem gewohnten Leben.

Vater Fraissiaques zog sein schönstes Habit an, kurze schwarze Jacke, bräunliche Hose; quer über der Brust prangte eine schwere Silberkette. Einen schmalen Schlips hatte er nach Art eines Sankels um den Hals gebunden. So ausgestattet schritt er auf das feindliche Anwesen zu. Vasseurs Tochter — sie schweuerte gerade den Schweinetrog aus — setzte sofort ihren Vater von dem überraschenden Besuch in Kenntnis. Vasseur, der sein Gewehr polierte, stellte es beiseite und trat in das niedrige saaratische Zimmer, wo die Uhr in ihrem blühenden Gehäuse die Zeit hämmerte. Steif postierte er sich vor dem Herd. Nachdem Fraissiaques laut an die Tür geklopft, kam er herein. Er zog den Hut, blickte Vasseur gerade ins Auge und sagte:

„Der Sohn ist gestorben!“

„Ah!“

Beide schwiegen einen Moment.

„Morgen wird er heruntergeschafft?“ fragte Vasseur.

„Ja.“

„Am welche Zeit?“

„Am frühen.“

Ein Kopfnicken des Hausherrn drückt aus, daß er verstanden hat. Fraissiaques dreht sich auf den eisenbeschlagenen Abfäßen herum und geht, ohne ein Wort zu sagen.

Den ganzen Tag hobelte er im Schuppen und paßte die Sargwände zusammen. Der Geruch frischen Harzes kitzelte seine Nase. Der zweite Sohn reichte ihm stumm die großen Nägel, immer einen nach dem anderen. Abends war der Sarg fertig.

Die Wanduhr schlug sieben; da trat Vasseur und sein Sohn ins Trauerhaus. In schwarzen Feiertagsanzügen. Aber Krawatten aus feuerrottem Satin leuchteten sie sichtlich als Fremde.

Der Vater und der Sohn saßen den auf einem Schragen stehenden Sarg beim Kopfende an, Vasseur und sein Sohn unten. In einmütiger Anstrengung hoben die vier Männer die Kiste und verteilten das Gewicht gleichmäßig auf ihre Schultern. Die verjüngerte Mutter folgte und weinte still. Der am Tage zuvor von ihr verständigte Pfarrer erwartete den Zug am Dorfeingang. Der Bürgermeister, der bei Ausfertigung der Sterbekunde sehr zuvorkommend gewesen, unterließ sich eifrig mit dem Einnehmer, dem Tabakshändler und dem Brigadier. Allgemein wurde der Arzt laut getadelt, der für seine Besuche jetzt hundert Sous verlangte.

„Bei dem Preis muß man sich glatt sterben lassen.“ erklärte der mit einer vielspaltigen Familie beglückte Jüngling. Der kirchliche Akt war kurz, wie es für Zeremonien armer Leute paßt. Die Vasseur, Hugonotten, rauchten — unter dem Portal, auf das Ende wartend, eine Zigarette. Dann spuckten sie tüchtig und traten wieder als Träger zu Füßen des Sarges an.

Der Totengräber versch seinen Dienst. Wie nutzlose Saat fiel die Kiste in die Erde.

Das Trauergeleit verließ den Friedhof, der Wind rüttelte heftig am Gitter; Schlag gegen die verrosteten Eisenstäbe.

„Wir danken schön für die Hilfeleistung.“ sagte Vater Fraissiaques.

„Auf Gegenseitigkeit!“ erwiderte Vater Vasseur.

Und die feindlichen Familien ließen zu ihren Zwillingshäusern, auf getrennten Pfaden, emporn.

„Dem Leben getötet“.

„Dem Leben getötet“. Tagebuch eines Kindes Herausgegeben von J. M. Breime, Oberin im Arzullerinnenloster in Havelkine. Verlag von Herder in Freiburg.

Wohl selten hat ein Buch in der breitesten Öffentlichkeit so leidenschaftliche Auseinandersetzungen hervorgerufen, als dieses Tagebuch eines ungewöhnlich begabten, feinsinnigen Kindes, das angeblich durch einen Jugendstreik mit der Sittenpolizei in Verbindung kam und dabei durch häßliche Verdächtigungen und schamvolle Fragen über die dunkelsten Seiten des Sexuallebens aufgeklärt wurde und dann durch üble Nachrede mitleidiger Nachbarn, durch rüchichtslose, unzureichende ärztliche Behandlung mit 17 Jahren zugrunde ging, weil es nicht rechtzeitig durch gültiges Versehen Hilfe in seinem Drange nach Lebensfreude und Genug fand. Ein Sturm der Entrüstung ging vor allem durch die Frauenwelt, die durch die Schilderung dieses Einzelstoffs schlaglichtartig einen Einblick in Zustände gewann, die sonst dem allgemeinen Bewußtsein entrückt sind, und über deren Wirkungen man sich in der „guten Gesellschaft“ nicht gern Rechenschaft ablegt. — Auch als bekannt wurde, daß es sich nicht, wie zunächst behauptet worden war, um eigene Aufzeichnungen des jungen Mädchens handelte, sondern um eine nach dem Tode zur Rechtfertigung der Tochter verfaßte Darstellung der Mutter handelte, wurde das Erstaunen und die Anteilnahme nicht geringer. Die Mutter hat mit unzweifelhaft starker Begabung das Schicksal ihres Kindes künstlerisch gestaltet, um das traurige Geschehen vor sich selber und vor andern zu rechtfertigen. Die Mutter hat mit erstaunlicher Klarheit den unermeßlichen Schaden erkannt, den im Namen von Sitte und Anstand der Geist der rechtlichen und sittlichen Verfehlung von Frauen schafft, die im Verdacht stehen, ihre Frauenehre verwickelt zu haben und deren äußerer Ausdruck das bisherige Sittenpolitische Aufsicht ist. Das moralische Urteil ist über dieses System schon längst vor Erscheinen dieses Buches gesprochen worden und seine rechtliche Unterlage verliert es auf Grund des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zum 30. 9. 1927. Von diesem Zeitpunkt an ist die sittenpolizeiliche Kontrolle in Deutschland rechtsgesetzlich aufgehoben, um hoffentlich nie wieder in irgend einer Form zu entstehen. Der Wert dieses Buches liegt nicht in der „Echtheit oder Wahrheit“ von Menschen und Begebenheiten, sondern in der erschütternden Erkenntnis, daß Männer und Frauen, die diese Welt, von der man sonst nicht spricht, beurteilen können, eingestehen müssen, die geschilderten Mißstände sind noch heute trotz aller fürsorglichen Bestrebungen in vielen Städten durchaus möglich, durch die Art der polizeiarztlichen Untersuchungen von Frauen, die im Verdacht stehen, geschlechtskrank zu sein und durch die noch vielfach übliche Form der Unterbringung dieser Kranken auf besonderen Krankenstationen ohne Rücksicht auf ihr Alter und den Grad ihrer Gefährdung oder Bewahrung. — Durch das Buch ist hoffentlich das Gemissen aller Stellen, die jetzt oder in Zukunft ärztlich und fürsorglich mit der Geschlechtskrankheitsfürsorge zu tun haben, neu geschärft worden und es ist ihnen klar geworden, daß es nicht darauf ankommt, daß die Tätigkeit der Polizei dem Namen nach auf Gesundheitsbehörden übergeht und daß ein neuer Behördenapparat geschaffen wird, der nach Vorschriften „pflichtgemäß“ arbeitet, sondern daß dieses schwerwichtige Gebiet sozialer Fürsorge und Hygiene von verantwortungsbewussten, starken Persönlichkeiten getragen wird, die mit Weitblick für die großen Zusammenhänge die Fähigkeit besitzen, in jedem einzelnen Falle die besonderen Notwendigkeiten zu erkennen und ihnen sowohl bei der fürsorglichen als auch bei der ärztlichen Hilfe Rechnung zu tragen. — Denn Einzelfehler, die hier begangen werden, rächen sich schwer, nicht nur an dem einzelnen Hilfsbedürftigen, sondern auch allgemein durch die Einbuße an Vertrauen in der Öffentlichkeit, in der Menschen als Herde oder Fürsorgeorgane in der Geschlechtskrankheitsfürsorge mitzuarbeiten haben.

Besondere Erregung hat das Buch in Bremen ausgelöst, da die tatsächlichen Begebenheiten sich dort zugetragen haben. Die Bremer Frauen aller Parteirichtungen haben einmütig eine Reihe von Forderungen erhoben, die auch in anderen Städten Berücksichtigung verdienen. — Die Frauen fordern, daß bei der Polizei oder bei Gesundheitsbehörden Vernehmungen von Frauen als Beschuldigte oder Geschädigte auf Grund von Anzeigen über Geschlechtskrankheit, Gewerbsunzucht, Sittlichkeitsvergehen und wegen Kuppelei, Abtreibung und ähnliches mehr nur von Frauen durchgeführt werden; sie verlangen die beschleunigte Einführung einer weiblichen Polizei, wie sie jetzt in Preußen langsam im Aufbau begriffen ist. — In Bremen ist ferner verlangt worden, daß eine amtsärztliche Untersuchung von Frauen wegen Geschlechtskrankheit nur von weiblichen Ärzten durchzuführen ist. Auch eine eingehende Nachprüfung der ärztlichen Versorgung und des Pflegepersonals auf den offenen und geschlossenen Geschlechtskrankstationen ist durchgeführt, und die Einführung von Beschäftigungskunden durch besonders vorgebildete Kräfte beantragt worden. Schließlich wird eine Vermehrung der Zahl der Fürsorgetinnen im Pflegeamt gefordert, damit es möglich ist, eine wirklich vorbeugende und nachgehende Fürsorge für alle sittlich gefährdeten Frauen und Mädchen auszuüben. Diese Forderungen sollten sich die weiblichen Stadtverordneten überall zu eigen machen, damit bestehende Mängel rechtzeitig abgestellt werden, und es nicht erst eines einzelnen traurigen Opfers wie in Bremen bedarf, damit Fehler und Unzulänglichkeiten zugegeben werden. — Andere Forderung muß sein. Schafft schleunigst eine umfassende Geschlechtskrankheitsfürsorge, die durch Zusammenarbeiten mit Versicherungsträgern, Ärzten und Pflegeamt die Kranken rechtzeitig erfährt und kostenlose Behandlung für alle Mittellosen gewährt, wartet nicht erst, bis das Gesetz zur Durchführung der Geschlechtskrankheitsfürsorge zwingt, denn jeder Tag kann neue Opfer bringen. Die neue Organisation muß in dem Augenblick fertig sein, in dem die Verantwortung für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zum 1. Oktober dieses Jahres auf die städtischen Gesundheitsbehörden übergeht.

Merdinges dürfen wir uns keiner Täuschung darüber hingeben, daß auch eine gut ausgestattete und großartig arbeitende Geschlechtskrankheitsfürsorge und Pflegeamt, die nicht nur einen augenblicklichen einzelnen Notstand bei ihren Pflegebedürftigen beheben wollen, sondern sich bemühen, den einzelnen Menschen in seiner Umwelt zu erfassen und ihm zu helfen, nicht in der Lage sind, allein genügend Abwehrkräfte gegen die gesundheitlichen und sittlichen Gefahren zu entwickeln, die unserer jungen Frauengeneration in der jetzigen Zeit der Erwerbslosigkeit und der Wohnungsnot und den damit verbundenen Eheverwirrungen drohen. — Eine gesunde Abwehr kann nur lebendig gemacht werden durch eine zielbewusste Erziehungsarbeit in der Familie, in der Schule, und in dem Kreis der Kameraden mit freimütigem Anerkennen des Liebeslebens der Menschen als das lebenswichtigste Zentrum für ihr geistiges und körperliches Gedeihen und Stärkung des Willens der jungen Menschen, sich für ein reines, starkes Erleben gesund zu erhalten. Das Buch lehrt ungewollt, daß der tiefere Grund für den frühen Körperlichen und seelischen Zusammenbruch des Mädchens in dem Verlagen der Erziehung im Elternhaus, vor allem der Mutter, liegt. Die Mutter hat sich aus nach dem traurigen Tode des Kindes, wie aus ihrer Darstellung ersichtlich, keine Rechenschaft darüber abgelegt, daß wie sehr auch immer Polizei, Fürsorge und Krankenhaus ver-

lagt haben mögen, doch diese Fehler, die — soweit sie begangen — nicht bestrafen werden sollen, nur ein letztes Glied in einer Reihe von Verirrungen und leidenschaftlichen Ausschüben ausgemacht haben, die darauf hindeuten, daß die Grundneigung des Mädchens zum Leben ungesund war, und daß ihr offenbar viel Unrecht anhaftete. — Mutter und Lehrer haben wohl einen starken Hang nach äußerlichem Nachahmen eines „angeblühten Lebensstils“ gehabt, und die Schulbildung der verschiedenen Begabungen des noch sehr jungen Mädchens zu wechselnden Freunden deutet auf ein ungesundes Spielen mit Gefühlen, das schließlich zum Verhängnis geworden ist. Die proletarischen Mütter können aus diesem Buche lernen, wie notwendig es ist, daß sie ihren heranwachsenden Töchtern nicht sentimentale, romantische Lebensideale zeigen die einer anderen sozialen Schicht nachempfunden sind, sondern in ihnen die Kräfte entwickeln helfen zur gesunden Lebensgestaltung im Rahmen ihrer eigenen geistigen und sozialen Notwendigkeiten. — Nur so können wir das traurige Uebel der heutigen Gesellschaft, das wie ein schleimendes Gift an unserm Volkstörper zehrt, die Prostitution, und ihre vornehmlich für die proletarische Jugend gefährlichen Begleiterscheinungen allmählich zu bekämpfen hoffen. Die vom Staat und der Gesellschaft bisher angewandten Mittel der Bekämpfung wollten abschrecken und nicht heilen. Sie haben verjagt und mühten verlagen, weil sie an die niedrigsten Instinkte hemmungsloser Triebhaftigkeit, schmutzigen Eigenwunsches und unverantwortlichen Genießens anknüpften. Der damit angegriffene Charakter wird mit der Zeit bevorstehenden Veränderung des Rechtszustandes noch nicht überwunden, sondern es wird noch harter leiblicher und geistiger Kämpfe bedürfen, bis sich durch Selbsterziehung wieder ein gesundes Rechtsbewußtsein auf dem Gebiete des Sexuallebens entwickeln kann. Für die proletarischen Frauen- und Jugendbewegung liegt hier eine der wesentlichsten Aufgaben zum Aufbau einer neuen Kultur. M. G. P.

Kobespierre und die „Mutter Gottes“.

War Kobespierre aufrichtig, als er, am 7. Mai 1794, vor dem erkaunten Konvent seine berühmte Rede vom „Obersten Wesen“ hielt und der Verammlung ein „Dekret“ über die „Anerkennung Gottes und der Unterwürfigkeit der Seele“ zur Annahme vorlegte?

In seinem eben erschienenen Buch „Kobespierre und die Mutter Gottes“ gibt Lenotre eine bejahende Antwort auf diese Frage. Er behauptet, das „saturnische Element“, welches Kobespierre aus seiner Kindheit hinübergerettet hatte, sei aus seiner Seele niemals vollständig gewichen.

In den Tagen des rücksichtslossten Terrors befanden sich viele Geistliche unter Kobespierres Vertrauten. Seine Reden im Jakobinerklub über „Die uns beschützende Vorsehung“ und über den „aristokratischen Charakter des Atheismus“ zeugen deutlich genug von seinem zum Mystizismus neigenden Sinn. Dieser Mystizismus ging vielleicht jedoch noch weiter.

Lenotre stellt die Tragödie von Kobespierres Fall mit der Tragödie der „Mutter Gottes“ in Verbindung. Diese „Mutter Gottes“ war in Wirklichkeit eine gewisse Katharina Théo, ein unwillkürliches, geisteskrankes, altes Weib, dessen „Fall“ von dem Feinde Kobespierres, dem Fortkämpfer des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Badiot, auf sehr geschickte Weise ausgenutzt wurde.

Katharina Théo, eine ehemalige Köchin, unterließ sich von den anderen „Propheten“ und „Prophetinnen“, von denen es in Paris zur Zeit der Girondenherrschaft wimmelte, nur dadurch, daß sie den Gläubigen eine zu jener Zeit besonders hochgeschätzte Gabe — die der „Unterwürfigkeit“ — versprach. Badiot erfuhr von ihrer Existenz kurz nach der Rede Kobespierres über das „Oberste Wesen“. Der Vorsitzende des Ausschusses für öffentliche Sicherheit sah sofort den Entschluß, Kobespierre lächerlich zu machen, denn, wie bekannt, tötet ja die Lächerlichkeit.

Zwei erfahrene Geheimagenten, die im Dienste des Ausschusses standen, erhielten den Auftrag, die „Mutter Gottes“ zu beobachten. Es gelang ihnen bald darauf, nicht nur einer Verammlung ihrer Verehrer beizuwohnen, sondern auch der „Heben waden Gottes“, d. h. mit anderen Worten, der Heben Rüsse des verurteilten Weibes gewilligt zu werden. Sie ertrugen diese Prüfung mit Heldenmut, und nachdem sie sich am Treiben der „Adepten der „Jungfrau““ beteiligt hatten, riefen sie die Soldaten, die sich in der Nähe versteckt hielten, Hausdurchsuchung, Verhaftungen etc. Das Thema für Badiots Rede war gegeben: eine gefährliche „Verschwörung“, die die Republik bedrohte, war aufgedeckt worden. Es blieb nur übrig, der Rede einige Hindeutungen auf den „leiblichen Zusammenhang“ zwischen dem Mystizismus der „Verschwörer“ und dem „Dekret“ Kobespierres über das „Oberste Wesen“ einzufügen.

Den Mitgliedern des Konvents wurde ein seltsames Vergnügen zuteil: es ward ihnen die Möglichkeit gegeben, Kobespierre, den Allmächtigen, Furchterregenden, auszulachen. Die Rede Badiots erwähnt kein einziges Mal den Namen des Direktors, und jedoch war sie es, die am 27. Prairial dem Besten Kobespierres den ersten Stoß versetzte. Es war einem jeden vollkommen klar, daß, indem er von den „Erwählten der Mutter Gottes“ sprach, die die „irrischen Genüsse verschmähen“, der ehemalige Jünger Voltaires doch nur den „Oberpriester des Obersten Wesens“ meinen konnte. Das um so mehr, als die Freunde Badiots schon lange vorher alle Konventmitglieder auf den wahren Sinn der Rede vorbereitet hatten. Man erzählte sich, daß bei einer Hausdurchsuchung in der Matrone der Katharina Théo ein an „meinen teuren Sohn Maximilian“ gerichteter Brief gefunden worden war, in welchem die Prophetin Kobespierre als den „Erläuterer der Welt“ bezeichnete. In den Versammlungen der Gläubigen soll ja Kobespierre auf einem Thron zu Seiten der „Mutter Gottes“ gesessen haben. Ganz Paris sah die ergötliche Szene der „Einweihung“ Kobespierres, der dabei „der obligaten Heben Rüsse des verurteilten Weibes gewilligt wurde“.

Der Konvent beschloß, die Rede Badiots zu affizieren, sie in allen Distrikten und der Armee öffentlich bekanntzugeben. Kobespierre, der von dem bevorstehenden Auftreten Badiots erfahren hatte, erschien an diesem Tage nicht im Konvent.

War aber das geistige Verhältnis zwischen Kobespierre und der „Mutter Gottes“ nichts weiter als nur eine boshafte Erfindung seiner Feinde? Auf diese Frage gibt Lenotre durchaus keine bestimmte Antwort.

Bei dem „Oberpriester der Mutter Gottes“, dem Vater Gerle, wurde ein Zulässigkeitszeugnis vorgefunden, welches die Unterzeichnung Kobespierres trug. Zwar erklärt es Lenotre durch eine einfache Reibeschwörung von Seiten des „Unbeschäftigten“ gegenüber seinem Kollegen von der Konstitution. Jedoch schon für die hartnäckige Verteidigung der „Mutter Gottes“ durch Kobespierre findet er keine Erklärung. Eine solche Verteidigung aber hat unbestritten stattgefunden. Fouquier-Tinville erzählte selber im Konvent — schon nach dem 9. Thermidor — daß Kobespierre, nachdem er in einer Sitzung des Ausschusses für öffentliche Wohlfahrt von dem „Fall“ der „Mutter Gottes“ erfahren hatte, in einem plötzlichen Anfall von „Barmherzigkeit“ beschloß, die Sache auf sich beruhen zu lassen und die Verfolgung einzustellen. Fouquier soll versucht haben, sich diesem Entschluß zu widersetzen, jedoch waren seine Bemühungen vergeblich. „Kobespierre gebot ihm zu schweigen und nahm die Kappe mit den Haaren auf den Fall der Katharina Théo beziehenden Papieren an sich“. Fouquier eilte darauf zum Ausschuss für öffentliche Sicherheit. Da er wartete man ihn, um den Tag der Hinrichtung der „Mutter Gottes“ und ihrer Adepten festzusetzen. Erst war die Entschloßung, als es sich erwies, daß die Hinrichtung überhaupt nicht stattfinden wird. „Was halt?“ fragte man. „Er, er will es nicht haben“, antwortete Fouquier-Tinville.

Weshalb aber ließ Kobespierre, der Katharina Théo und ihre Anhänger vor dem Schaffot setzte, am nächsten Tage die Leberreste zur Reduktion bringen? Diese Urteile waren in einem Briefe gefaßt, welcher auf einer gänzlich aus dem Luft gegriffenen Angabe gegen Gerle Renaud, der vermeintlich Kobespierre ermorden wollte, beruhte. Unter den Zeugnissen

befanden sich ein 78jähriger Greis, ein 17jähriger Jüngling, eine 10jährige Frau.

Was bedeutet also die „Herzlosigkeit“, die Kobespierre in Sachen der Katharina Théo so unerwartet an den Tag legte?

Mit einem gewissen Unwillen berichtet Lenotre weiter von einer bisher unbekanntem Seite im Leben Kobespierres. Unter seinen nächsten Freunden befand sich ein gewisser Baugcois, der Maître des unweit von Paris gelegenen Städtchens Cholsy. Kobespierre suchte häufig Baugcois in seinem Städtchen auf. Von hier aus führen wieder geheimnisvolle Fäden, welche Kobespierre mit der „Mutter Gottes“ Katharina Théo verbinden. Eine nach dem 9. Thermidor vorgenommene Untersuchung hat ergeben, daß Katharina Théo und der Vater Gerle öfters von Baugcois und dessen Schwelger empfangen wurden. Glaubenswürdige Zeugen haben erzählt, daß Kobespierre und Baugcois von Katharina Théo die „Heben Gaben des Heiligen Geistes“ empfangen haben, und für würdig befunden wurden, das Rind der Prophetin zu küssen — erzählt Lenotre. Andere Zeugen haben festgestellt, daß Kobespierre und die anderen, darunter Gerle und Katharina Théo des öfters bei Baugcois zu Mittag gegessen haben.

Katharina Théo starb im Gefängnis nach dem 9. Thermidor. War aber Kobespierre wirklich ein Jünger dieses unwillkändigen, geisteskranken, alten Weibes?

Diese Frage bildet eines der dunkelsten Geheimnisse der bürgerlichen französischen Revolution.

Wer ist ein Proletarier?

Geplogter Zeitungsleser! Du sollst nicht nur bei der Lektüre deiner Zeitung wissen, was Konfordat, Prohibition, Zweifeltionsprotokoll u. a. noch heißt, sondern als arbeitender Mensch, als Mitglied der Arbeiterorganisationen, dich mit den Begriffen vertraut machen, die wir fast täglich in unserem Munde führen und schon so selbstverständlich erscheinen, daß wir als Proletarier — — — halt, wir haben schon das erste und scheinbar so selbstverständliche Fremdwort! „Aber Proletarier, das ist doch eben ein Arbeiter, der — — — und nun beginnt es mit den verschiedenen Deutungsversuchen und Erklärungen, die oft von einander abweichen und uns dann verwirren und uns dann nur noch ein Weg übrig bleibt, um zur Klarheit zu kommen: wir befragen die Wissenschaft. Denn diese allein ist — noch können wir es glauben — objektiv und über allen oberflächlichen Meinungen erhaben. Ehrfürchtvoll begeben wir uns in ihre Reich, uns Auskunft zu holen, was „Proletarier“ heißt.

Im Zeitalter des Lexikons greifen wir zunächst zum Taschenwörterbuch von Otto Friedrich Kammler: P. — post festum — Professor — prohibieren — Proletarier, armer, unbemittelter Bürger, dessen Beruf in vielen Ländern besteht“. Getroffen von diesem Weisheitsstrahl, stehen wir da, und haben auch noch Kenntnis von dem neuen Beruf des Kinderbetreuers erfahren.

Da wir neugierige Menschen nun auch gern wissen möchten, warum der „arme, unbemittelte Bürger“, der keine oder nur wenige Kinder besitzt, kein Proletarier sein soll, nehmen wir jetzt ein Buch des Tübinger Professor Dr. A. Basser zur Hand. Dieser „Wissenschaftler“ schreibt nun auf Seite 131 seiner „Einführung in die Pflanz- und Gesellschaftsphysiologie für die Gebildeten aller Stände“ über das Proletariat wörtlich: „Ueber die unterste Gesellschaftsklasse, das Proletariat, besteht wohl die größte Literatur. Es handelt sich um die Kategorie von Menschen, die für die Gelamtheit der Bevölkerung nichts ist, aber deren Arbeit nur schädlich wirkt, Verbrecher, Dürnen, Zuhälter, Arbeitslose usw. Diesen Abschraum menschlicher Gesellschaft fassen wir zusammen unter dem Namen „Proletariat“ — — — Die Proletarier stehen psychologisch den Naturvölkern näher als den übrigen Gesellschaftsklassen der eigenen Nation.“

Wir müssen es nun! Die Wissenschaft hat's uns gelehrt. Wir, du und alle, die wir eben nur Arbeiter, unterste Gesellschaftsklasse sind, und „von Gottes Frons sind, das Proletariat“, — Verbrecher, Zuhälter — — — Uns laubert sich professorale Weisheit, und wir verstehen nur den letzten Satz, daß wir tatsächlich psychologisch den Naturvölkern näher stehen, als den übrigen Gesellschaftsklassen, zu denen ja auch unser Tübinger Professor gehört.

Wir haben nun erfahren, daß es doch eine recht eigentümliche Sache mit dem objektiv wertenden, über allen Parteilichkeiten stehenden Wissenschaftler ist. Aber noch ist unser Wissensdurst ungestillt geblieben. Nach dem Ausfluge in diesen heiteren Teil bürgerlicher Wissenschaft befragen wir uns wieder unserer Fragestellung.

Proletarier. Der Ausdruck ist nicht neu, nannte man doch schon im alten Rom aller die Bürger Proletarier, die unter dem niedrigsten Vermögensstande standen. Ihre nützliche Stellung in der feudalen, römischen Gesellschaft, sah man nur in der Fähigkeit, recht viele Kinder (proles) in die Welt zu setzen. So im alten Rom.

Andersen haben Wirtschaftsformen sich geändert; Klassen der Gesellschaft ein anderes Gesicht bekommen. Früher die Unterste der römischen, desorganisierten Bestohlen, heute Lohnarbeiter, in moderner Arbeiterbewegung zusammengefaßt. Der Ausdruck Proletarier überdauerte diesen Wandel, galt im alten Rom und auch noch in heutiger moderner Wirtschaft, abgesehen er heute eine wesentlich andere Bedeutung hat.

Die heutige kapitalistische Wirtschaft ist durch die Polarität zweier Klassen bestimmt: der einen Klasse, die im Besitze, der für die heutige Wirtschaft notwendigen Werkzeuge, Maschinen,

Fabriken, also der Produktionsmittel ist, und einer Klasse von Menschen, die eben nichts weiter besitzen, als die Fähigkeit zu arbeiten, also die Lohnarbeiter oder die Proletarier. Nun wissen wir es schon genauer, und keine neue Frage stellt sich, denn schon Engels gab diese präzise Auslegung, ehe das „kommunistische Manifest“ die Arbeiterklasse aufklärte, und den ersten Siegesruf des deutschen Bürgertums gedämpft stimmte. Aber ein bürgerlicher Professor weiß noch nichts von alledem. Für ihn ist eben das Proletariat ein faulender Gesandtschaftsdiener, jenseits Degradierter und Aufsteiger der Gesellschaft, die (ach hätte dieser Herr nur ein wenig in betreffende Literatur hineingeblickt!) schon vor vielen Jahrhunderten als Lumpenproletariat seine Bezeichnung zuordnung erhielt.

Proletarier, also der Mensch, der nur durch seine Existenz als Lohnarbeiter seinen Lebensunterhalt hat; Proletariat, Gesamtheit dieser, kein Produktionsmittel besitzender Menschen. Der Fabrikbesitzer, selbst wenn er vor dem Kontrakte keine Handwerksmeister, vielleicht nur noch eine Hungerlöhner der Art, selbst wenn er nur ein ganz geringes Einkommen hat, sind keine Proletarier im Sinne dieser schärften Begriffsprägung: Proletarier = Lohnarbeiter ohne Produktionsmittel. Die „Lohnarbeiter“ der Gesellschaft wird immer größer, als die Zahl dieses Proletariats.

Selbstverständlichkeiten? Und doch! Welche Sprachbegriffserweiterungen finden wir noch bei unseren Auseinandersetzungen und Diskussionen.

Wenn du, nun mit solcher Weisheit besetzter Lehrer, manchen Vertreter der Wissenschaft ein lehrerliches Urteil für mußt, so kann ich nichts dafür.

Der blinde Präsident.

Von Hermann Schühinger.

Ein komisches Nest war diese schlesische Stadt. Die Mädchen nach Feierabend in langen Brautrocken und mit feierlichen Mienen durch die engen Straßen, in die das Gulgengebirge seinen gelbrotten Telleraugen herunter sah, und die Frauen starrten in ihren reißenden Kostümen unter den Türen, als ob sie die Augenblid den „Berggeist“ Nüßelgast beschwören und mit ihr Theateraufführung beginnen wollten. In den Schenken aber, die ich kam, erzählten sie mir immer wieder von neuem die Geschichte von „Wollgramm“, dem närrischen Händler, der über Erfindung des mechanischen Webstuhls, der seine Kunden, armen Weber an den Bettelstab gebracht hatte, verrückt geworden war.

Das erzählten sie mir an die zwanzig mal; dann gingen in die „Versammlung“, in irgendeinem Aufzug, als wenn Zunftmeister und Gesellen zur Kirche zögen. Den Vorsitzenden Vereins aber nannten sie nicht „Genosse“ oder „Kamerad“ oder „Freund“ oder Herr X, sondern ehrfürchtig und respektvoll „Präsident“.

Dieser „Präsident“ war Schullehrer und dann Gemeindevorstand gewesen und war im Begriff sich zum reichsten Manne der Gegend heraufzuarbeiten, da wurde er plötzlich blind. Nachts Die Ärzte kritzten sich monatelang über den außerordentlichen Fall; keiner konnte ihm jedoch das Augenlicht wieder geben. Seitdem ist der Präsident ein „Präsident“. Er leitete den Wahlversammlung der Historischen und den monistischen Verein und dem großen Kriege ist er Passivist.

Ein junger Kamerad führt ihn ans Rednerpult. Als er Hand erhebt, liegt eine Kirchenstühle über dem Saal. Aus dem magerten, kaltheiligen Gesicht leuchtet eine sanftliche Feiertags- und der pastorale Ton seiner Rede ist durchschauernd von Haß gegen das Tier im Menschen, gegen Ausbeutung und Unterdrückung gegen den Krieg. Er kann es nicht begreifen, daß man sich ihm willig das antun kann, was er als eine Fügung des Schicksals mit geballten Fäusten und zusammengekniffenen Zähnen tut. Er spricht bellend und doch vernehmend, wie Thomas Müntzer, Matthias Weibel oder Johannes Sus und die Sage vom Wollgramm, dem verrückten Weber, liegt wie eine Raubfahne über dem Saal.

Da plötzlich erlischt das Licht. Warum, weiß kein Mensch. Kurzschluß oder ein bösscher Lubenstreich? Kurz und gut, Saal liegt plötzlich in tiefster Finsternis. Und da tritt der schauerliche ein: Der Präsident spricht weiter — unentwegt! sieht ja nicht, daß der Saal im Dunkeln liegt! Er hört, daß er leise Unruhe über die Reihen der Hörer kühlt, lechrt sich nicht daran und redet weiter, unentwegt! Niemand wagt ihm stören; er steht ja ganz vorn am Rednerpult; niemand wagt von seinem Platz zu erheben und so hämmert sich das Glend „Präsidenten“ mit aller Unmittelbarkeit in unsere Seelen hinein.

Wir sehen plötzlich die ungeheure Finsternis mit ihren endlichen Weiten um diesen Mann gelagert, der da so einleuchtend ohne Sonne und Licht, im Leben steht und so padt uns allen ein riesiges Grausen vor der Unmöglichkeit dieses Menschentums und vor sozial Seelennot. Plötzlich bricht der Ruf „Der Wollgramm“ aus der gelähmten Masse empor und saßt uns an die Kehle in dieser erstickenden Finsternis.

„Herr Präsident, das Licht ist aus!“ ruft erdblich eine herzte Seele.

„So? Dann wollen wir eine kleine Pause machen!“ schreit es milde zurück — und schon ist das Licht wieder da.

Die Versammlung läuft weiter und kurze Zeit darauf werden niemand mehr, daß wir eben erst durch die Türe des Schicksals einen Blick in das Innere des blinden Präsidenten getan haben. Der Mittag liegt wieder grämlich und unzufrieden über dem komischen Nest.

Minarett wanken.

Von Robert Michel.

Erdbeben in Bosnien und Herzegowina — mein erster Gedanke geht dem schiefen Minarett der uralten Dozardoltsche in Mostar, die am Ausgang zum parabolischen Rabodoltsche zwischen zwei ungeheuren, vom Alter schier versteinerten Aufbauten verdeckt steht. Schief wie sein berühmter christlicher Bruder in Pisa, hat dieser islamitische Turm eine weit geringere Basis, und während des Erdbebens dürfte sein Schwerpunkt einige Male außerhalb dieser Basis verriert worden sein. Trotzdem ist er nicht hingefallen in diesen märchenhaft verwachsenen Tärkenriedhof, in dem schon viele der schlanken Grabsteine, die selbst wie kleine Minarette sind, hingefallen liegen, überwuchert von Efeu, wilden Rosen und Granatapfelgebüsch.

Ich erinnere mich des unbehaglichen Gefühls, als ich einmal bei Wind des Minarett der Saricowitsche am Südrand von Mostar betrug. Schon auf der dunklen, halbschattigen Wendeltreppe im Schiffe des Turmes merkte man eine Bewegung in den Steinen und oben auf dem engen Ballon des Muezzins erkante man deutlich, daß dieser pflanzenhafte Steinbau im gleichen Ächthum den Windböhen nachgab wie die greise Jopresse, die neben ihm anfragt. Nun ist aber keines der dreißig Minarettets von Mostar dem Erdbeben zum Opfer gefallen und man darf wohl hoffen, daß auch der wunderwollste Bau von Menschenhand, die alte Türkenbrücke über die Neretva, die wie ein gewichtloser Halbmond von einem Hellenort zum andern über das grüne, gurgelnde Wasser gelegt ist, unversehrt geblieben ist. In diesem hochgeschwungenen Steinbogen ist die Festigkeit des Steines mit der Leichtigkeit des Vogelfluges ein geworden. Und wenn diese Brücke und die schlanken Minarette das Erdbeben überstanden haben, ohne Schaden zu nehmen, glaubt man gerne daran, daß in der Architektur Schönheit und Kraft ein geheimnisvolles Bündnis eingegangen vermögen, das den zerstreuten Gebilden eine Festigkeit verleiht, die weit über die vom Baumstamm erreichte Sicherheit hinausgeht. Auch beim Anblick unserer gotischen Kirchtürme mag sich dieser Glaube einstellen.

Die Nachrichten von Mostar melden nur den Einsturz der Tabakfabrik. Das war ein nächster großer Ziegelfeld, den die k. u. k. Tabakregie hatte errichten lassen, und kein Grund

der Schönheiten des Landes wird diesem Verlust nachtrauert. Offenbar sind auch die in Serajewo eingeführten Häuser und den europäischen Fiegelbauten zu suchen, die dort äußerst fremdartig wirken. Die guten alten Steinhäuser der Herzegowina, die wie organische Gebilde aus diesem fastigen Steinbau hervorgegangen sind, haben offenbar ebensowenig Schaden gelitten wie die heimischen Häuser Serajewos und des ganzen Balkandes Bosnien, die vollkommen aus Holz erbaut sind und von einem starken Holzgerippe getragen werden; diese haben gewiß den Stößen der Erde elastisch nachgegeben.

Der Herd des Bebens war einige vierzig Kilometer südlich von Mostar, also in den Bezirken von Dilac, Ljubinje und Stetac und in dem Gebiete des merkwürdigen Popovo Polje. Das sind unwirtliche, wenig besiedelte Hochgebirgsstriche, wo sehr großer Schaden angerichtet werden konnte. Freilich längs des Popovo Polje sind die Ortlichkeiten ziemlich dicht. Dieses breitt gewundene Tal zwischen Ostkarpaten ist im Winter weithin von einem langegezogenen See ausgefüllt. Im Frühjahr schrumpfen die Ufer des Sees unter den Strahlen der südlichen Sonne rasch ein, bald trocken die sumpfigen Gründe und bauen gehen die Bauern daran, den fruchtbareren Boden zu pflügen und anzubauen. Zwischen den üppigen Feldern ganz verlor sich längelt sich nur ein schmales Flußwasser hin, die Trebnica, und verliert sich schließlich durch einige Parklöcher in das Innere der Erde, von wo es erst weit in Dalmatien als Omblafluß wieder zu Tage tritt.

In dieser unerforschten unterirdischen Grottenwelt der Herzegowina, aus der auch der zauberhafte Brunnen bei Mostar und die kristallene Rabodoltsche hervorspringen, in der dürfte das Erdbeben einige Veränderungen hervorgerufen haben, und es wird sich nicht wundern dürfen wenn pätere Nachrichten von Aufstauen eines neuen Sees oder vom Durchbruch eines neuen Flusses aus einer Kaskad melden sollten.

Bei den Herzegowinern wird das Erdbeben den Glauben an die überirdischen Mächte und Geister noch verstärkt. Seit Urzeiten glauben sie an übernatürliche Wesen und jeder Berg im Fluß, jeder Baum und Stein ist für sie von einer Seele bewohnt, die sich manchmal in Menschengestalt als Wila löst und Abenteuer geht. Und da gab es wohl einen glücklichen Kameraden der Geister unter der Erde. Oder war es vielleicht nur ein heiteres Feit, dessen Fröhlichkeit sich für die armen Menschen eine Katastrophe auswirkte.

Dienen und verdienen.

Wange Fragen der christlichen Arbeiter.

Der deutsch-nationale „Reichsbote“ hat in Gellend berichtet, daß der Minister Koch in einer Verammlung „deutsch-nationaler Arbeiter“ von Arbeit und Dienen sprach. Die deutsch-nationale Parteikorrespondenz behauptet, Koch habe „verdienen“ gemeint. Die „Deutsche Tageszeitung“, das deutsch-nationale Agrarblatt, bestätigt über den Bericht des „Reichsboten“, indem es sagt, „jeder“ dürfe „nicht als Arbeit und Dienen“ kennen.

Ein kurzes Wort hat oft mehr in sich als ein langer Aufsatz. Die Zentrumskolon des Reichstags hat, bevor sie sich mit den deutsch-nationalen zum Bürgerblock paarte, ein Manifest herausgegeben, in dem dieses und schönes über die Republik und deren Verfassung stand und das in einem Anhang ein ganzes sozial-politisches Programm mit sich führte. Und dann kam die Programmklärung des Reichstags und dann kamen die Programmpunkte der hinter der neuen Regierung stehenden Parteien: ein großes Füllhorn von Versprechungen wurde da über die veränderte Hörschaft ausgeschüttet. Bis der christliche Arbeiterführer Koch, Doktor ehrenhalber, von deutsch-nationalen Gnaden Reichsminister des Verkehrs, kurz und schroff erklärte: „Arbeiten und verdienen ist zunächst das, was die deutsche Arbeiterschaft braucht.“ Die Entwicklung zur Demokratie steht also nicht still, wenigstens so, wie es die Deutsch-nationalen aussagen. Ehedem hat ein katholischer Bischof das Wort geprägt: „Wer knecht ist, soll knecht bleiben.“ Heute sagt das gleiche, wenn auch mit einigen anderen Worten, ein christlicher Arbeiterführer.

Der Arbeiter soll dienen, der Kapitalbesitzer soll verdienen, so will es die Weltordnung, zu deren Schutze der Bürgerblock beistehen wird. Die Illustration dazu ist kürzlich von einer Zeitschrift der christlichen Arbeiter geliefert worden, von der „Deutschen Arbeit“. In Nummer 2, 1927, finden wir einen Artikel von Hans Jakob, in dem die folgenden Tatsachen festgelegt werden: Seit 1921 sehen wir ein ständiges Abwärts-gleiten der Rohstoffpreise. Seht man den Preis für 100 gleich 100, so ergeben sich für eine Reihe wichtiger Rohstoffe in den Jahren 1924, 1925 und 1926 folgende Prozentwerte:

	Nett-lohne	Braun-lohne	Stab-ellen	Baum-schrott	Eisen-wolle	Ellen-baumst.
1. Januar 1924	172	220	163	114	273	187
1. März 1924	172	187	134	94	127	172
1. Oktober 1924	125	170	122	97	211	140
1. Juni 1925	125	170	137	121	184	140
1. Januar 1926	124	169	126	71	174	140
1. August 1926	124	139	126	78	152	140
27. Dezember 1926	121	139	133	102	99	140

Die Senkung der Preise für diese Rohstoffe war zum Teil eine Folge der Rationalisierung der Betriebe und der Steigerung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter; zum Teil folgten sie der Bewegung auf dem Weltmarkt, ohne ganz auf dessen Preisniveau hinabzugehen. Haben sich nun die Preise der fertigen Waren dieser Entwicklung angeschlossen? Wir sehen das Gegenteil. Während die Preise für die Rohstoffe hinabgingen, sind die Meßzahlen des Großhandels, des Lebensnotwendigen und der Ernährung, in die Höhe geklettert. Der Verfasser gibt darüber folgendes Bild, wobei er wiederum 1913 gleich 100 fest:

	Großhandel	Lebenshaltung	Ernährung
Januar 1924	117,8	125,9	141,1
Oktober 1924	131,2	134,9	145,8
Juni 1925	133,8	143,5	150,5
Januar 1926	120,9	139,8	143,3
Oktober 1926	130,2	142,2	145,4
November 1926	131,6	143,4	146,2

Die Kosten der gesamten Lebenshaltung sind also erheblich gestiegen, obwohl sich die Produktionsgrundlage verbilligt hat, und zwar nicht nur durch Senkung der Rohstoffpreise, sondern

auch durch Ermäßigung der finanziellen Produktionslasten wie zum Beispiel der Zinskosten, und, was der Verfasser nicht erwähnt, der Besitzsteuern. Der Verfasser wirft nun die Frage auf: wo sind die Ersparnisse geblieben, die in der Produktion durch die Senkung der Produktionskosten und Verbilligung, teils sogar Erhöhung der Preise, erzielt worden sind? In den Löhnen stecken diese Ersparnisse nicht, denn sie sind in den drei Jahren 1924 bis 1926 nur um 14 Prozent gestiegen, bei gleichzeitigem Anbau der überzulebenden Löhne, während die Preise für industrielle Zulieferwaren um rund 20 Prozent in die Höhe gegangen sind, die Preise der Agrarprodukte sogar um mehr als 30 Prozent. Aus seinen Feststellungen zieht der Verfasser das Ergebnis, daß alle Voraussetzungen für eine erhebliche Herabsetzung der Preise bei uns zutreffen. „Steuern, Kräfte, Anstrengungen sind gesunken, die Produktion ist gestiegen, die Rationalisierung hat sich in vielen Gewerbezweigen durchgesetzt und das Preisniveau ist... gestiegen!“

Die Frage, wo die Ersparnisse geblieben sind, die durch die Senkung der Produktionskosten erzielt wurden, wird einmal beantwortet durch einen Blick auf den deutschen Kapitalmarkt, wo der Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot wieder völlig hergestellt ist, trotzdem seit der Stabilisierung der Währung erst drei Jahre vergangen sind. Zum zweitenmal erhält man die Antwort darauf aus der kürzlich dem Reichstag zugegangenen Denkschrift des Reichswirtschaftsministers über die Konzernbildung in Deutschland, aus der sich ergibt, daß sich von dem 20,4 Milliarden Mark betragenden Nominalkapital der deutschen Aktiengesellschaften 12,2 Milliarden, also zwei Drittel, in den Händen von Konzernen und Interessengemeinschaften befinden. Ein kleiner Kreis von Kapitalmagnaten beherrscht also das deutsche Wirtschaftsleben, er sorgt für die Hochhaltung des Unternehmensprofits, er herrscht diktatorisch über den Warenmarkt. Nun fragt Hans Jakob weiter:

„Was haben alle Parteien, die unsere Bevölkerung, unsere Arbeitnehmerschaft, in Verfolg der Rationalisierungsmaßnahmen und dergleichen auf sich genommen, was die Steuerentlastungen für die Produktion, die doch zu Lasten der Einkommensteuer gingen, indem diese, die vor allem den Kleinen und Kleinsten trifft, unverändert hoch blieb, für einen Zweck, wenn die alleinigen Nutznießer die Unternehmer sind, wenn alle Ersparnisse, die zwangsweise erzielt werden, lediglich einen Mehrgewinn für das Kapital bedeuten?“

Auf diese Frage weiß der Artikelschreiber keine Antwort, er begnügt sich mit einem Appell an die „Wirtschaftskapitäne“, entweder die Preise zu senken oder die Löhne zu erhöhen, damit die Kaufkraft der breiten Massen der Bevölkerung gestärkt werde. Wir wissen, daß dieser Appell ungehört verhallen würde. Das Unternehmen läßt sich im allgemeinen nicht durch moralische Vorstellungen, sondern nur durch die Kampfmaßnahmen der Arbeiterorganisationen dazu nötigen, die Forderungen der Arbeiterklasse und der Wirtschaft zu erfüllen. Auch bei seinen deutsch-nationalen Parteifreunden werden Herr Jakob und die Leiter seines christlichen Blattes kein Glück haben, denn gerade diese Partei ist es ja in allererster Reihe, die die Wirtschafts- und Steuerpolitik der vergangenen Jahre, über deren Folgen der Artikelschreiber jetzt so sehr entsetzt ist, am eifrigsten betrieben hat. Und vom Bürgerblock ist das Heil überhaupt nicht zu erwarten. Er verlangt nach dem Worte des deutsch-nationalen Verkehrsministers Koch, daß der Arbeiter diene, damit der Unternehmer um so mehr verdiene. Der deutsch-nationale Reichstags-abgeordnete Lambach hat kürzlich ausgeführt: würde nach reinen Klasseninteressen gewählt, so hätte die „Arbeitnehmerschaft“ die absolute Mehrheit. Die christlichen Arbeiter werden sich dieses Wort merken und danach handeln müssen, wenn sie endlich eine gründliche Aenderung der auch von ihnen in der jüngsten Zeit häufig beklagten wirtschaftlichen und sozialen Zustände in Deutschland ändern wollen.

Stundgebung der Landarbeiter.

Am kommenden Sonntag findet in Breslau (Provinzial-Landtagsgebäude) eine große Stundgebung der Deutschen Landarbeiterverbände statt, bei der zum Tarifstreik in der schlesischen Landwirtschaft Stellung genommen wird.

Zur Beilegung des Tarifstreiks mit der eigentlichen Provinzialarbeitgeberorganisation (Großagrarien) soll ein neues Schlichtungsverfahren eingeführt werden. Die Landarbeiterorganisationen sind, wie wir hören, damit einverstanden. Das neue Verfahren wird an den Tarifvertrag anknüpfen, der bereits zwischen den Landarbeitern und Bauernorganisationen abgeschlossen war.

Der Kampf in der schlesischen Textilindustrie geht weiter.

Die am Mittwoch in der schlesischen Textilindustrie zur Beilegung des Konflikts geführten Verhandlungen mühen ergebnislos abgebrochen werden.

Schiedspruch im ober-schlesischen Bergbau.

Ab 1. September nächsten Tag. Gestern fanden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über den Manteltarif im ober-schlesischen Bergbau statt. Die Bergarbeiter forderten die Wiederherstellung des Achtstundentags. Nach langwierigen Verhandlungen, die sich bis in die späten Abendstunden hinzogen, wurde schließlich vom Schlichter ein Schiedspruch gefällt, wonach für die Untertagearbeiter ab 1. März die Arbeitszeit um eine Viertelstunde, ab 1. September um eine weitere Viertelstunde verkürzt wird. Danach würde ab 1. September für die Untertagearbeiter der Achtstundentag wieder hergestellt sein.

Erheblich unbefriedigend ist der Schiedspruch für die Ubertagearbeiter und für die Betriebe mit durchgehender Arbeitszeit. Für die Ubertagearbeiter blieb der Zehnstundentag oder die zwölfstündige Schicht bestehen. Es trat nur für Sonnabend eine Verkürzung der Arbeitszeit um zwei Stunden ein. Es ist unerträglich, daß heute noch Schiedsprüche mit solchen Arbeitszeiten gefällt werden dürfen. Bei den Betrieben mit durchgehender Arbeitszeit tritt mit der neunten Stunde der tarifmäßige Zuschlag ein, der 25 % beträgt. Auch dieses Ergebnis ist unbefriedigend. Im übrigen ist der Manteltarifvertrag wieder hergestellt. Es wäre wirklich an der Zeit, daß der Reichsarbeitsminister seine Schlichter dahin instruiert, die Schiedsprüche den gesetzlichen Bestimmungen anzupassen, d. h. nicht Schiedsprüche zu fällen, die den Achtstundentag beseitigen.

Eine Konferenz der schlesischen Chauffeurwärter.

Für den 26. und 27. Februar d. Js. hat der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter eine Konferenz nach Breslau der Chauffeurwärter von ganz Schlesiens einberufen. Die Konferenz soll eine wichtige Tagesordnung erledigen, wie Bildungsbeiträge, die neuzeitliche Straßenbefestigung unter Berücksichtigung des zunehmenden Autoverkehrs, Obstbaumkultur und Obstbaumkultur an den Landstraßen, was soll der Arbeiter vom Arbeitergeschick wissen, Lohn- und Tarifpolitik, Schaffung einer Ruheordnung.

Die Konferenz hat deshalb eine größere Bedeutung, weil es sich hier um eine Gruppe von Arbeitern handelt, die über die ganze Schmalprovinz einzeln zerstreut wohnt und arbeitet und erst durch die Umwälzung im November 1918 die Freiheit erlangte, sich organisieren zu dürfen.

Die Chauffeurwärter Schlesiens gehören zu den bestorganisierten Deutschlands und unterziehen mit ihrem Lohn- und Arbeitsverhältnis durchweg korporativen Tarifverträgen. Möge die Konferenz bei ihren ernsten Beratungen einen Erfolg erzielen.

Die Kommunisten auch aus der Hamburger Ortsleitung des Holzarbeiterverbandes herausgewählt. Bei der Neuwahl der Hamburger Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes erlitten die Kommunisten eine schwere Niederlage. Die Liste der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung wurde mit 706 gegen 351 Stimmen der Kommunisten gewählt.

In der Krisenfürsorge befinden sich gegenwärtig rund 135 448 Arbeitslose. Die Zahl der dazu gehörigen Zuschlagsempfänger beträgt 144 470. Die Zahl der Ausgeschiedenen betrug vom 15. Dezember bis 15. Januar rund 60 000. Täglich scheiden also aus der ordentlichen Erwerbslosenfürsorge ungefähr rund 2000 Arbeitskräfte aus. Die Kosten der Krisenfürsorge betragen im letzten Monatsdurchschnitt 5 323 043 Mark.

Teilweise verbindlicher Schiedspruch in der Herrenkonfektion. Das Reichsarbeitsministerium hat den Schiedspruch für die Herrenkonfektion, inwieweit er die Lohnerhöhung betrifft und eine Lohnerhöhung von 5 Prozent bis zum 31. März und von da ab von 8 Prozent für alle Beschäftigten vorsieht, für verbindlich erklärt. Nicht für verbindlich erklärt wurde der Teil des Schiedspruches, der sich auf die Staffelung der Frauenlöhne und auf die Zulassung von Ferien bezieht.

Der Zentralverband der Restaurant- und Caféhäuser-Angestellten hat vor wenigen Tagen den noch bis zum April laufenden Manteltarif gekündigt und verlangt, daß den Kolonnen anstatt des bisherigen Dienstvertrages von 10 Prozent ein Satz von 15 Prozent gezahlt wird. Der Satz soll nach wie vor 10 Prozent betragen, während die restlichen 5 Prozent dem Inhaber des Betriebes zur Last fallen sollen. Außerdem wird eine Herabsetzung der üblichen Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden auf 8 Stunden gefordert. Die Arbeitgeber haben diese Forderungen bereits abgelehnt.

Die Zahl der Arbeitslosen in Polen stieg in der ersten Februarwoche um 2083 gegenüber der Vorwoche auf 208 320 (während sie sich in der ersten Januarwoche auf 242 816 belief). In den einzelnen Bezirken machte sich diese Zunahme wie folgt bemerkbar: Gdynia 198 Personen, Radom 343, Sosnowitz 149, Lublin 298, Bialystok 317, Krakau 696, Lemberg 290, Ostpreußen 697. Eine Abnahme ist dagegen in Warschau um 270 und in Lodz um 1115 Personen zu verzeichnen. Die Zahlen umfassen, worauf wir bereits mehrfach hingewiesen haben, nur die amtlich registrierten Arbeitslosen. Die gesamte Arbeitslosenziffer ist nach den amtlichen Schätzungen um 45 Prozent höher.

Rumänien's Außenhandel im Jahre 1926 schließt nach den vorläufigen Daten des Finanzministeriums mit einem Ueberschuß von 3910 Millionen Lei ab, während bekanntlich im Vorjahre ein Passivum von 1078 Millionen Lei zu verzeichnen war. Die gesamte Einfuhr belief sich im Jahre 1926 auf 34 101 Millionen Lei (gegenüber 30 993 Millionen Lei im Jahre 1925), die Ausfuhr auf 35 011 Millionen Lei (gegenüber 29 025 Millionen Lei im Jahre 1925).

Nützliche Dividenden der Berliner Börse

vom 22. Februar.

	100 Mk. Aktien	100 Mk. Bonds	100 Mk. Staatsanleihen
1. Bund-Stetling	20,424	160 Mk. Anleihen	16,495
1. Döcker	4,2185	100 Mk. Anleihen	12,479
100 holl. Gulden	168,72	100 holl. Anleihen	51,936
100 Belg. = 500 Franken	88,60	100 holl. Anleihen	70,96
100 nord. Kronen	169,34	100 holl. Anleihen	112,65
100 Döcker Gulden	81,70	100 holl. Anleihen	73,65
100 Fr.	24,45	100 holl. Anleihen	88,75
100 holl. Kronen	113,01	100 holl. Anleihen	48,91

Gebt Eure Anzeigen der Volkswacht.

Sinkende Reallöhne im Jahre 1926.

Die vom Statistischen Reichsamt herausgegebene Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ bringt die Zusammenstellung der Reallohn für das Jahr 1926. Es geht daraus hervor, daß die tarifmäßigen Stundenlöhne für Gelehrte im Verlauf des Jahres 1926 sich nur um 0,9 Prozent (gegen 18,8 Prozent im Vorjahre), für Angelernte um 1,1 Prozent (gegen 18,5 Prozent im Vorjahre) erhöhten. In den Produktionsmittelindustrien sind die tarifmäßigen Stundenlöhne von Januar bis Dezember 1926 für Gelehrte und Angelernte gleichmäßig um je 0,9 Prozent gestiegen, in den Verbrauchsgüterindustrien dagegen im Laufe des ganzen Jahres nur um 0,1 Prozent für Gelehrte, 0,6 Prozent für Angelernte. Das heißt, die Löhne sind auf der ganzen Linie fast unverändert geblieben; die geringfügige Steigerung von weniger als ein Prozent kommt gar nicht in Betracht. Nach Feststellungen des Statistischen Reichsamts hat sich die Indexziffer der Lebenshaltungskosten von 139,8 Prozent im Januar 1926 auf 144,3 Prozent im Dezember, d. h. um 4 1/2 Prozent erhöht. So hat das Statistische Reichsamt die Angaben dafür geliefert, daß die Löhne in diesem Jahr in geringerem Maße gestiegen sind, als die Lebenshaltungskosten, mit anderen Worten: die Reallohn sind im Jahre 1926 gesunken. Der Druck der arbeitslosen Massen, die infolge der Rationalisierung der Industrie freigesetzt wurden, hat eine wirksame Lohnsteigerung verhindert.

Der ADB. zur Frage der Beamtenbefoldung.

Der Vorstand des „Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes“ hat am 23. Februar folgende Entschlüsse angenommen: „Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat zur Befoldungsfrage der Beamten Stellung genommen und den Beschluß gefaßt, nochmals Schritte bei den maßgebenden Stellen zur Erhöhung der Bezüge der Beamten der unteren und mittleren Gruppen zu unternehmen. Da es auch nach der Rede des Herrn Reichsfinanzministers noch völlig ungeklärt ist, wann die schon oft angekündigte Befoldungsreform durchgeführt wird und in Kraft tritt, hält es der Vorstand des ADB. in Uebereinstimmung mit den überall in Lande lautgewordenen Wünschen der Beamten-schaft für unbedingt nötig, vom neuen Etatsjahr, also vom 1. April 1927 ab, eine Erleichterung der schweren wirtschaftlichen Lage der genannten Beamtengruppen eintreten zu lassen.“

„Der Bundesvorstand des ADB. erhebt nochmals die Forderung nach Wiedereinführung der 48 stündigen wöchentlichen Dienstzeit für die Reichs- und Reichsbahnbeamten. Er verlangt zu diesem Zwecke Aenderung der entsprechenden Bestimmungen für die Reichsbeamten und der Dienstvorschriften für die Reichsbahnbeamten. Darüber hinaus verlangt der Bundesvorstand zur gesetzlichen Regelung der Dienstzeit, daß in Aenderung des Entwurfs eines Arbeitszeitgesetzes die Beamten aller Kategorien den Schlußbestimmungen dieses Gesetzes, das im übrigen wesentlicher Verbesserungen bedarf, unterstellt werden. Die Erhaltung eines Berufsstandes Beamtenums verlangt, daß die Beamtenhaft in der sozial und kulturell so wichtigen Frage der Dienstdauer nicht schlechter gestellt wird als die Arbeiter und Angestellten.“

Keine Holzarbeiter-Ausperrung in Württemberg.

Stuttgart, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die vom Verband der württembergischen Holzindustriellen für Mittwoch, den 23. Februar, angekündigte Ausperrung sämtlicher württembergischer Holzarbeiter ist im letzten Augenblick abgewendet worden. Beide Parteien haben folgenden, vom Vorsitzenden des Stuttgarter Schlichtungsausschusses unterbreiteten Vergleichsvorschlag bindend angenommen:

„Bis zur Schaffung eines neuen zentralen Lohnabkommens für die Holzindustrie des ganzen Reiches wird für Württemberg die Vereinbarung getroffen, daß die seit dem Abbau bestehenden Löhne sofort wieder in Kraft gesetzt werden. Die sich hieraus ergebenden Zulagen auf die bestehenden Stundenlöhne von 8 Pf. in der Spitze werden in zwei Raten, 5 Pf. sofort und 3 Pf. vom 17. März ab, gewährt. Die beiderseitigen Kampfmaßnahmen werden sofort abgestellt. Die Arbeit wird in den betroffenen Betrieben am Donnerstag früh wieder aufgenommen.“

Damit sind die Forderungen des Holzarbeiterverbandes in vollem Umfange erfüllt worden.

Die Rechte der Notstandsarbeiter

Auf Drängen der Gewerkschaften hat der Reichsarbeitsminister in der Frage der Gleichstellung der Notstandsarbeiter mit den anderen Arbeitern neue Weisungen an die obersten Landesbehörden herausgegeben.

Wenn sich die Notstandsarbeiter auch nicht in einem regulären Arbeitsvertragsverhältnis befinden — ein solches wird erst durch die Arbeitslosenversicherung geschaffen — so sollen sie doch schon jetzt praktisch die Rechte der anderen Arbeiter besitzen. Ebenso ist es der Wunsch des Reichsarbeitsministers, daß die Notstandsarbeiter zur Wahrnehmung ihrer Rechte besondere Vertreter ernennen und die Betriebsleiter sollen diese Vertreter — eine Art Betriebsrat — anerkennen. In der Entgelt-Frage muß nach der Auffassung des Reichsarbeitsministeriums den Notstandsarbeitern grundsätzlich der tarifliche und ortsübliche Lohn gezahlt werden; nur in Ausnahmefällen darf eine oberste Grenze festgesetzt werden. Das richtet sich vor allem gegen das Landesarbeitsamt Baden, das den Ausnahmefall zum Grundsatz machen wollte. Bei Beschwerden wegen Entgeltunterschieden steht den Notstandsarbeitern zwar kein eigentliches Klagerrecht, aber die Beschwerde beim Arbeitsnachweis zu.

Verlängerung des Reichstarifes im Malergewerbe.

Der nun schon seit 1910 bestehende, inzwischen natürlich wiederholt reformierte Reichstarifvertrag im Malergewerbe, der am 15. Februar abgelaufen war, ist soeben vom gleichen Zeitpunkte an bis 15. Februar 1928 verlängert worden. Dabei wurde ein Nachtrag vereinbart, durch den unter anderem gewissen Umständen infolge Beschäftigung ungeweigter, ungelerner Arbeiter beim Anstrich von Eisenkonstruktionen arbeiten gestattet werden soll. Weitere Vereinbarungen betreffen die Einigungsfrist gegen tarifwidrige Lohnberechnungen, die Funktionen der örtlichen Tarifinstanzen ohne Unparteiliche, die Bezahlung der mit Maler- und Anstreicherarbeiten in nicht zum Malergewerbe gehörenden Betrieben Beschäftigten usw. Auch zur Lohnfrage wurde Stellung genommen und dabei vereinbart, daß zwar zunächst das bestehende Lohnabkommen nicht seiner Klausel, die unter gewissen Umständen eine Erhöhung der Tariflöhne vorsieht, bestehen bleibt. Jedoch soll besonders auch die kommende Mieterhöhung berücksichtigt werden und darum demnach eine weitere Regelung der Löhne durch das Haupttarifamt erfolgen.

Wirtschaft.

Erhöhte Einnahmen der Landwirtschaft.

Die getreideproduzierenden landwirtschaftlichen Unternehmer vornehmlich die Großgrundbesitzer und ihre Organisationen — fesseln sich mit lauten Tönen darüber, daß das letzte Wirtschaftsjahr nach trostloser gewesen sei als das vorhergehende. Durch die letzte Veröffentlichung des Instituts für Konjunkturforschung, welche die Mengen und den Wert der deutschen Roggen- und Weizernte im Reich und in zwölf Markbezirken untersucht, werden diese Behauptungen völlig gestraft. Aus diesen Untersuchungen geht nämlich hervor, daß das letzte Wirtschaftsjahr gegenüber dem vorhergehenden sowohl für Roggen wie für Weizen eine erhebliche Besserung aufweist.

Die Weizernte im Vergleich mit 1924/25 betragen: bei Roggen etwa 113 Millionen, bei Weizen 227, zusammen 340 Millionen. Der Rohertrag pro Hektar war im Wirtschaftsjahr 1925/26 bei Roggen um 3 Mark, bei Weizen um 125 Mark größer als 1924/25. Der Wert der deutschen Weizernte im Wirtschaftsjahr 1925/26 übertraf sogar den Durchschnittswert der Jahre 1908 bis 1911.

Im Lichte der erwähnten Untersuchungen erscheint auch die Klage der schlesischen Unternehmer, die die angeblich ungünstige Wirtschaftslage des Getreidebaues und die Unmöglichkeit, den Landarbeitern einen einigermaßen zeitgemäßen Lohn zu zahlen, besonders stark betonen, völlig grundlos. Wenn auch der durchschnittliche Wert der schlesischen Roggenernte 1925/26 um etwa vier Millionen Mark niedriger gewesen ist als im vorhergehenden Jahre, so war dagegen der Wert der schlesischen Weizernte um 10 1/2 Millionen Mark größer. Sollen die Behauptungen der landwirtschaftlichen Unternehmer ernst genommen werden, so müssen sie sich zu den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung äußern und ihre Unrichtigkeit durch stichhaltiges Material beweisen.

Das Subventionsmanöver der Ufa.

Die alarmierende Nachricht, wonach die von der Deutschen Bank beherrschte Ufa (Universal-Film) vom Reich, entweder auf trümmern oder auf geradem Wege, eine Subvention erreichen wolle, hat jetzt die Spitzenorganisation der deutschen Filmindustrie auf den Plan gerufen, um diese nach ihrer Meinung falschen Behauptungen richtigzustellen. In einer Pressebesprechung am Montag führte ihr Direktorium aus, daß der Filmindustrie in keiner Weise an irgendwelchen Subventionen gelegen sei, sondern daß sie in der Hauptsache mit der Regierung über zwei Punkte verhandelt, die die Filmindustrie auf der einen Seite finanziell entlasten und ihr auf der anderen Seite einen größeren Absatz verschaffen sollen. Die heute noch 13 bis 25 Prozent aller Theatererlöse aufzählende Luftverkehrssteuer wirke wie eine die Filmindustrie belastende Umsatzsteuer; denn um die Steuerbeträge würden die Kasseneinnahmen der Theater gekürzt. Diese Kürzung der Kasseneinnahmen wirke außerordentlich drückend auch auf die Filmproduktion und die Möglichkeit des Filmparats. Bei 240 Millionen Gesamterlösen aus sämtlichen Lichtspieltheatern müßten 40 Millionen für Luftverkehrssteuern abgeführt werden. In der Filmproduktion fliehe aus diesem Gesamtertrag nur die Summe von 18 Millionen ab, wozu noch etwa 12 Millionen Erlös aus dem Filmparats zu rechnen wären. Um die Umsatzsteuerfreiheit der Filmindustrie zu steigern, wünsche die Filmindustrie für die Lichtspieltheater entweder Steuerfreiheit oder zum mindesten eine wesentliche Herabsetzung der heutigen Steuerlast.

Eine Hauptforderung der Filmindustrie richtet sich auf die behördliche Förderung des Exportes von Filmen. Gerade in diesem Punkte wurde aber klar, daß es der Filmindustrie sehr viel mehr auf eine, wenn auch verhältnismäßig geringe Subvention ankommt als auf die Verhinderung von Exportförderungen oder mit Staatsgarantien zu verhandelnde Filmparats. Einmal hat die Filmindustrie nämlich gar keine in ähnlicher Weise verkäuflichen Waren, wie sie etwa bei dem Ausfuhrkredit in Frage kommen. Andererseits handelt es sich in ihren Ausfuhrgeschäften um Lizenz- und Verleihverträge, für die nicht die geringste Möglichkeit besteht, etwa durch Kreditversicherungen das Risiko zu vermindern. Es kann sich also nur darum handeln, daß die Filmindustrie vom Staate entweder offene Produktionskredite erhält oder besondere Vorteile, die ihr die Erlangung von Krediten unter günstigeren Bedingungen ermöglichen.

Es bleibt also dabei, daß die deutsche Filmindustrie der Besenständigkeit gegenüber ein unzureichendes Spiel besitzt. Dabei mag es bedauerlich sein, daß das Hafardspiel deutscher Banken mit der Ufa auch den Kredit anderer Filmgesellschaften geschädigt hat. Jedenfalls besteht nach wie vor nicht der geringste Anlaß, mit öffentlichen Mitteln oder dem Ansehen des Staates Unternehmungen zu helfen, die offensichtlich durch spekulierende Großaktionäre in die heutige schwierige Lage gekommen sind.

Mäßiger Verlauf der Königsberger Messe.

Der Verlauf der Königsberger Messe hat, wie unser Königsberger Mitarbeiter meldet, nicht den Erwartungen entsprochen. Es fehlte sowohl an Besuchern wie auch an Käufern. Es mag sein, daß die große Kälte (10 bis 12 Grad unter Null) dabei eine Rolle gespielt hat. Selbst in der Halle I, im Reiche der Textilien, wo man sonst den lebhaftesten Kaufbetrieb fand, ging das Geschäft nur trübselig vor sich. Eine Reihe ständiger Aussteller aus dem Reich fehlte gänzlich. Ausländische Käufer waren nur in geringer Anzahl aus dem Remelland und Litauen erschienen. Selbstverständlich war das Geschäft im Textilfach nicht einheitlich. Trotzdem kann betont werden, daß es nirgend mehr als ein Mittelgeschäft war. Die Aufträge beschränkten sich in der Hauptsache auf Sommerwaren, Mützen, Hofentwäger usw.

Auch die Stände für Lederwaren haben sich gegen früher verringert. Die meisten Käufer disponierten bereits früher für das

kommende Frühjahr. Deshalb sind auf der Messe in der Hauptsache nur Nachordern aufgegeben worden. Das Geschäft war im allgemeinen flau. Man spürt auf Schritt und Tritt die fehlende Kaufkraft der Massenkonumenten. Nicht viel anders war das Geschäftsbild in den Abteilungen für Haus- und Küchengeräte, Papierwaren und Bürobedarf, Schmuckwaren, Musikinstrumente, Möbel und Radiogeräte. Trotzdem in der Abteilung für Haus- und Küchengeräte außerordentlich praktische Neuerungen vorgeführt wurden, blieben die Umsätze unbefriedigend. Lebhafter wurde in den Abteilungen für Porzellan, Spiel- und Sportartikel und Galanteriewaren getauft. Aber auch hier kam das Geschäft nicht über „mittel“ hinaus.

Gegen früher war diesmal auch die technische Messe verkleinert. Im großen und ganzen boten die Fabrikanten praktische Hilfsmaschinen und Geräte für die Landwirtschaft an; aber die Masse der Käufer blieb aus. In anderen Maschinenbranchen, die stark vertreten waren, wie z. B. Holzbearbeitungsmaschinen, war das Geschäft ein wenig besser. Man sieht gerade hier in vielen gebotenen Neuheiten den Zug zur Rationalisierung.

Mangelhafte Kaufkraft der großen Massen spiegelt sich vor allen Dingen in der Abteilung für Nahrungs- und Genussmittel wieder. Es wurden wohl Geschäfte getätigt, aber immer nur zögernd, weil sich keiner festlegen will. Lebhafter ging es schon in der russischen Landesausstellung für Nahrungs- und Genussmittel zu. Deutsche Kaufleute zeigten hier zum erstenmal russische Waren und zwar im Einverständnis und unter Mithilfe der Berliner Handelsvertretung der Sowjetunion und verschiedener Moskauer Organisationen, namentlich des Gostorg (Staatliches Export- und Import-Kontor beim Handelskommissariat). Das Interesse an dieser Ausstellung ist durchaus berechtigt, denn sie befördert die russische Landwirtschaft, die sich Export bereitstellen kann und zum Teil besser und billiger liefert als andere Länder. Es besteht durchaus die Möglichkeit, mit Russland umfangreichen Handel zu betreiben und Königsberg als Transit- und Stapelplatz für den russischen Lebensmittelexport auszugestalten. Hier den Hebel anzusetzen und durch vernünftige Zoll- und Transportregelungen Erleichterungen zu schaffen, muß Aufgabe der Regierungsstellen sein.

Steigende Arbeitslosigkeit in Ostpreußen.

Nach dem letzten Wochenbericht für die Zeit vom 9. bis 16. Februar ist in Ostpreußen eine weitere Zunahme der unterjährigberechtigten Arbeitslosen um 508 Personen zu verzeichnen und beträgt jetzt die Gesamtzahl 46 578, wovon 13 247 Grundbesitzer, 4982 Hütten-, 3331 Metall-, 2122 Bau- und 16 998 nichtqualifizierte Arbeiter sind. Außerdem sind 3070 Stellungslose registriert. Die Arbeitslosen verteilen sich auf folgende Bezirke: Rastowik Land 12 355, Rastowik Stadt 4210, Schwentowik 5543, Tarnowik 1585, Königsberg 2795, Lublin 974, Bieh 4520, Rybnik 10 796, Bielek 2246 und Tschern 1645.

Aus dem Kreise Nimptsch.

Die Notwendigkeit eines Arbeiter-Sportvereins.

Es ist nun einmal so! Für die Arbeitersportbewegung ist hier am Ort bis jetzt wenig getan worden. Die hiesige Ortsgruppe des Arbeiter-Radsportvereins hat bis jetzt mutig und mit Erfolg den Gedanken der Loslösung vom bürgerlichen Sport in die Tat umgesetzt und als einzige Organisation am Ort die Idee des Arbeitersportes gepflegt und vertreten. Aber jeder ist nun einmal nicht Radler und vor allen Dingen nicht im Besitz eines Rades, sondern schwärmt für eine andere Sportart, deren es ja so viele gibt. Man nehme nur die verbreitetsten: Turnen, Fußball und Scherathletik. Gegenüber diesen Sportlern ist bis jetzt gesündigt worden. Die bürgerlichen Kreise haben die Sportbegeisterung besonders der jungen Arbeiterschaft längst erkannt und diese durch ihre Turn- und Sportvereine zu sich herüber gezogen. Welche Gefahr dies für einen jungen Arbeiter bedeutet, braucht wohl hier nicht besonders erwähnt werden. Die „unpolitischen“ bürgerlichen Sportvereine sind ja alle längst erkannt. Bei uns zeigt sich dies wohl auch deutlich genug. Es sei nur an das letzte Bezirksturnfest hier erinnert, wo der Umzug unter Vorantritt der Drehsorgelkapelle des Stahlhelms erfolgte. Man betrachte sich nur den Vorstand und besonders den Vorsitzenden selbst, um über die Unmöglichkeit einer unpolitischen Leitung durch diese Herren vollkommen überzeugt zu sein. Über diesen Vereinen stellt das Proletariat seine besten Kräfte. Denn das steht doch außer Zweifel, daß die besten Kräfte jedes bürgerlichen Sportklubs aus der Arbeiterschaft stammen, oder aus der Arbeitersportbewegung hervorgegangen sind. Daß uns unsere Jugend wirtschaftlich wie politisch entfremdet wird, liegt ebenso klar auf der Hand. An uns liegt es nun, diesem Uebel nicht länger stillschweigend zuzusehen, sondern wir haben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, hier Abhilfe zu schaffen. Je eher, desto besser! Schon ist die Kreisportleitung von Brieg aus auf weitere Maßnahmen aufmerksam gemacht worden, um so dafür Sorge zu tragen, daß unsere Arbeitersportler bald zu eigenen Vereinen kommen. Die Frage der Gründung eines Arbeiter-Fußballklubs dürfte besonders akut sein. Auch hier haben die bürgerlichen Sports, in Erkenntnis der herrschenden Begeisterung für diesen Sport, den Rang durch Gründung einer Fußballabteilung des R.-L.-B. abgelassen. Wollen wir immer nachhinken? Wollen wir uns unsere Jugend im bürgerlich reaktionären Sinne erziehen lassen? Wollen wir unsere Jungen als Massenware für den bürgerlichen Reformismus ausbilden lassen,

oder wollen wir sie lieber in edlem Wettbewerb ihren Körper ausbilden lassen? Die Antwort darf uns nicht schwer fallen. Wenn nur der Ruf an euch, Arbeitersportler, ergeht, dann hinfür in unsere Sportvereine, wo wir für unsere Ziele und unsere Ideen unseren Körper erlichtigen wollen!

Postfach. Die Postagentur Nieder-Langfetterdorf ist dem Postamt Heiderdorf, Kreis Nimptsch, angegliedert worden. Der Postverkehr wird durch die Kraftpost Heiderdorf, Nieder-Langfetterdorf geregelt.

Der Landwirtschaftliche Kreisverein hielt am vergangenen Sonnabend im „Schwan“ eine Sitzung ab. Den Vorsitz führte Dr. Ehrenberg-Breslau.

Gortau. Parteigenossen, Gewerkschafter! Jeder war es üblich, daß an Orten, in denen ein Konsumverein vorhanden ist, Einkäufe dort gemacht werden. Im übrigen kann man bei Geschäftsleuten, die der Partei und Gewerkschaft wohlgesinnt sind, oder mindestens nicht den Versuch machen, die Organisation zu schädigen. Niemals dürft ihr euer Geld in die Hände von Leuten tragen, die bei jeder sich bietenden Gelegenheit unter Organisation herunterreißen! Wer solchen Leuten am Zahlungstisch sein teuer verdientes Geld hinträgt, liefert seinen Feinden das Mittel aus, mit dem dieser uns bekämpfen kann. Stellt das eure Frauen vor, wenn sie aus Unkenntnis den Gegner küssen. Die Arbeiterschaft wird nicht eher über die Gegner siegen, bis sie weiß, daß sie diesen die Waffen nicht in die Hand geben darf, während sie selber wehrlos ist. Männer und Frauen von Gortau! Übt Solidarität!

Ämtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes.

Hauptmarkt am 16. Februar.

Der Auktionsbezirk 1001 Rinder 124, Kalber 428 Schafe, 7036 Schweine überhand vom vorigen Markte waren 10 Rinder - 1 Rinder - 600 23 Schweine.

I. Rinder.		1011 Stück	Es wurde bezahlt für 60 Millionen Mark
a) vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwerts	1 junger 2 Stiere	171	62-66
b) sonst vollfleischige	1 junger 2 Stiere		57-59
c) fleischige			41-46
d) geringe Renderte			28-34
B. Kühe:		261 Stück	19-24
a) jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts			53-59
b) sonstige vollfleischige oder ausgewählte			44-48
c) fleischige			35-38
d) geringe Renderte			
C. Kähe:		427 Stück	
a) jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts			60-63
b) sonstige vollfleischige oder ausgewählte			40-44
c) fleischige			26-32
d) geringe Renderte			17-20
D. Heulen (Kälber):		118 Stück	
a) vollfleischige ausgewählte höchsten Schlachtwerts			92-96
b) vollfleischige			42-46
c) fleischige			30-36
d) geringe Renderte			
E. Profier:		31 Stück	
Mählgewandertes Jungvieh			36-40
II. Kalber.		1242 Stück	
a) Doppelte oder dreifache			
b) Zweifache und Saugfäher			72-76
c) Mittlere Maß- und Saugfäher			62-66
d) Geringere Kalber			43-54
III. Schafe.		478 Stück	
a) Marktämmer und jüngere Stammel: 1 Weibchen 2 Stammel			60-64
b) Mittlere Marktämmer ältere Marktämmer und junger			50-53
c) Kleines Marktämmer			30-40
d) Geringere Marktämmer			
IV. Schweine.		7036 Stück	
a) Fettfleischige über 150 kg (3 feintere) Lebendgewicht			66-67
b) vollfleischige Schweine von ca. 200 bis 250 kg Lebendgewicht			62-67
c)			64-65
d)			60-61
e) fleischige			55-57
f) Sauen			55-60

Die Preise sind Marktpreise für nächsten gewogene Eier, um 100 Stück, umschließt diesen des Handels ab Stahl für Markt, um Verkaufsfähigkeit, umschließt sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein mühen die alle verfahren über die Stückpreise erheben.

Geheirsauna Kalber und Schafe gut Rinder mittel, Schweine (schlecht)

Breslauer Produktenbörse.

Ämtlich: Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 23. Februar abgegebener Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (um die Kartons für den Erzeugerpreis) ab einschließlich Verladung in volle Waggonsladungen mit Ausnahme von Futtermitteln und Samen, die sich nachstehend Breslau befinden: London: 6/- eide Ruhlg., Delfaaten: Ruhlg., Samen: Unverändert - Mehl: Ruhlg.

Getreide	amtlich	Notierungen in kg	Dehaaten	amtlich	Notierungen in kg
Weizen 75 kg	27.10	27.11	4. Winter ar-	34.00	
Weizen 71	26.40	26.41	Seitnamen	37.00	
Roggen 71	25.90	25.91	Seitnamen neu	40.00	
Roggen 68	25.10	25.11	han'au	25.00	
Hafer	19.20	19.11	Blau Mohr	86.00	
Braugerste	24.00	24.01			
Wintergerste	19.00	19.00			
Wintergerste	19.10	19.10			

SS Jahre Ware über Notiz

Samen (für 50 kg).		Landware (für 50 kg).	
geringe	mittlere	geringe	mittlere
Kaffee		Timothy	20-27
Weißklee	130-135		
Schweid. Klee	60-90	Wuzerne, Prov.	116-125
Gelbklee	110-160	Rangras	30-45
Infarnat, neu	60-75	Serabella	16-18

Kaffee polnische 120-140
Samen ein in besserer Körnung, Farbe, sowie mit gewähltester Reinheit und Reimfähigkeit entsprechend höher. Alles letzte Ernte.

Ämtlich: Notierungen: 100 kg		Mehl (100 kg)	
geringe	mittlere	geringe	mittlere
Weizenmehl (70%)	34.75	39.75	23.
Roggenmehl (70%)	37.75	37.75	22.
Ausgummi:		44.75	44.75

Keiner Sotter werden dabei bezahlt

Treue Freunde!

der Hausfrau

Oetker-Fabrikate.

Als zuverlässig, erstklassig und preiswert sind sie in der einfachen und feinen Küche hochgeschätzt. Sie sind stets am Platze, wenn es gilt, die Lebens- und Genussfreude zu erhöhen. - Viele ganzlich neue Anregungen zum Backen von Kuchen, Torten und Kleingebäck aller Art und zur Herstellung von Süß- und Geleespeisen finden Sie in dem neuen farblich illust. Oetker-Rezeptbuch, Ausgabe F, das Sie für 15 Pfg. in den Geschäften erhalten. Sie erfahren darin auch Näheres über den vorzüglichen Backapparat „Küchenwunder“, mit dem Sie auf kleiner Gaskocherflamme backen, braten und kochen können. Ist das Buch vergriffen, dann erhalten Sie dasselbe gegen Einsendung von Marken von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Ladenverkaufspreise: Backpulver „Backin“ 1 Stck. 10 Pfg., 3 Stck. 20 Pfg., Puddingpulver Vanille-Mandel 8 Pfg., Vanille-Zucker 5 Pfg., Vanille-Schokoladen-Puddingpulver 15 Pfg., Schokoladenspeise mit gehackten Mandeln 20 Pfg.

Frankfurter Kranz 2 Marmorkuchen
3 Gala-Schokoladen-Pudding 4 Götterbeere 5 Vanille-Pudding



Dr. Oetker's Backpulver Backin



Dr. Oetker's Pudding-Pulver VANILLE-Geschmack